76. Jahrgang, 46/2026, 7. November 2026

bpb:

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Atomare Abschreckung

Luc-André Brunet
EINE KURZE GESCHICHTE DER NUKLEAREN BEWAFFNUNG UND ABSCHRECKUNG

Karl-Heinz Kamp
LOGIKEN UND DILEMMATA DER ATOMAREN ABSCHRECKUNG

Olaf L. Müller
KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUR ABSCHRECKUNGSLOGIK

Frank Sauer
DAS DRITTE NUKLEARZEITALTER UND DIE GLOBALE ORDNUNG

Barbara Kunz
EUROPÄISCHE NUKLEARE SICHERHEIT: ES IST KOMPLIZIERT

Oliver Meier
DER IRAN-KRIEG UND DIE NUKLEARE ORDNUNG

Andreas Lutsch
WARUM WURDE DEUTSCHLAND NICHT ATOMMACHT?

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT

Atomare Abschreckung
APuZ 46/2026

LUC-ANDRÉ BRUNET
EINE KURZE GESCHICHTE DER NUKLEAREN BEWAFFNUNG UND ABSCHRECKUNG
Die atomare Abschreckung ist untrennbar mit den Anfängen des Kalten Krieges verbunden. Als zentrale Strategie der NATO und der Sowjetunion sorgte sie über Jahrzehnte hinweg dafür, dass es nie zu einem Atomkrieg kam. Doch wie tragfähig ist das Konzept heute?
Seite 04–09

KARL-HEINZ KAMP
LOGIKEN UND DILEMMATA DER ATOMAREN ABSCHRECKUNG
Die nukleare Abschreckung ist wieder ganz oben auf der politischen Agenda. Doch bereits im Kalten Krieg offenbarte die Strategie der Abschreckung zahlreiche Widersprüche, die ihr Sicherheitsversprechen auch heute unabwägbar machen.
Seite 10–15

OLAF L. MÜLLER
KRITISCHE ANMERKUNGEN ZUR ABSCHRECKUNGSLOGIK
Nicht nur der Einsatz, auch der Besitz von Atomwaffen sollte ein Tabu sein. Denn bei der Strategie der atomaren Abschreckung von rationalen, gut informierten Akteuren auszugehen, wäre naiv; und die Gefahr einer zivilisationsbedrohenden Krise ist zu groß.
Seite 16–21

FRANK SAUER
DAS DRITTE NUKLEARZEITALTER UND DIE GLOBALE ORDNUNG
Nuklearwaffen haben international wieder an Bedeutung gewonnen. Das ohnehin diffizile Geschäft der nuklearen Abschreckung wird im Lichte einer sich wandelnden internationalen Ordnung komplizierter. Eine aufgeklärte Öffentlichkeit muss deshalb ihren nuklearen IQ erhöhen.
Seite 22–27

BARBARA KUNZ
EUROPÄISCHE NUKLEARE SICHERHEIT: ES IST KOMPLIZIERT
Seit Russlands Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 ist nukleare Abschreckung in Europa kein Tabu mehr. Angesichts schwindenden Vertrauens in US-Garantien sucht Europa nach neuen Wegen. Strategische Stabilität sollte dabei jedoch nicht aufs Spiel gesetzt werden.
Seite 28–33

OLIVER MEIER
DER IRAN-KRIEG UND DIE NUKLEARE ORDNUNG
Der Krieg der USA und Israels gegen Iran hat vielfältige nukleare Facetten. Bisher scheint er die Welt weiter von einer nachhaltigen Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm entfernt und Proliferation langfristig befördert zu haben.
Seite 34–39

ANDREAS LUTSCH
WARUM WURDE DEUTSCHLAND NICHT ATOMMACHT?
Deutschland verzichtet bis heute auf eine nationale Nuklearbewaffnung und setzt auf die erweiterte atomare Abschreckung der USA im Rahmen der NATO. Diese Position ist das Produkt historischer Umstände und Entwicklungen.
Seite 40–46

EDITORIAL

Die Idee, Kriege durch die glaubwürdige Androhung eines Atomwaffeneinsatzes zu verhindern, ist unmittelbar mit dem Kalten Krieg verbunden. Unter dem Eindruck der Zerstörungskraft der Atombomben, die die USA am 6. und 9. August 1945 über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen hatten, wähnte sich die Menschheit nur einen Knopfdruck entfernt von der Apokalypse. Mit dem Wettrüsten im Ost-West-Konflikt etablierte sich die Logik der Abschreckung. Diese bestand in der sogenannten Zweitschlagkapazität: Der Schaden, den ein Aggressor durch eine nukleare Vergeltung erleiden würde, wäre stets größer als jeder Nutzen eines Angriffs. Anders ausgedrückt: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter.

Deutschland ist selbst nie Atommacht geworden. Durch das Arrangement der nuklearen Teilhabe, dem der Deutsche Bundestag 1958 zustimmte, entfielen – in Verbindung mit US-amerikanischen Sicherheitsgarantien – die Anreize für die Bundesrepublik, nach eigenen Nuklearwaffen zu streben, ebenso wie für viele andere NATO-Partner. Ab Ende der 1980er Jahre lag der Fokus vielmehr auf Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle.

Doch spätestens mit der russischen Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 und angesichts eines Vertrauensverlusts zwischen den USA und Europa hat sich die Lage grundlegend geändert. Ein neuer nuklearer Rüstungswettlauf ist bereits im Gange, und die Kontrolle von Atomwaffenarsenalen wird in der heutigen multipolaren Welt, in der mächtige Staaten aus internationalen Abkommen ausscheren, sowie unter dem Eindruck eines atemberaubenden technischen Fortschritts deutlich schwieriger. Dabei waren und sind die Gefahren, sollte die Abschreckung versagen, unermesslich.

Julia Heinrich

EINE KURZE GESCHICHTE DER NUKLEAREN BEWAFFNUNG UND ABSCHRECKUNG

Luc-André Brunet

Während des Kalten Krieges herrschte beständig die Angst vor einem unmittelbar drohenden Atomangriff. Der vielleicht wichtigste Grund dafür, dass es nie dazu kam, war die nukleare Abschreckung. Wie und warum entwickelte sich die nukleare Abschreckung während des Kalten Krieges? Warum besteht sie bis ins 21. Jahrhundert fort? Und welche Lehren lassen sich heute aus der Geschichte ziehen?

KALTER KRIEG UND NUKLEARE ABSCHRECKUNG

Die nukleare Abschreckung ist untrennbar mit den Anfängen des Kalten Krieges verbunden. In den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs warfen die USA Atombomben über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki ab – das einzige Mal, dass Atombomben in einem Krieg eingesetzt wurden. Die neue „Superwaffe" verstärkte das Misstrauen der Sowjetunion gegenüber den USA, weshalb Moskau die Entwicklung eigener Atomwaffen vorantrieb. Fortan war der Kalte Krieg in den Folgejahrzehnten von einem atomaren Wettrüsten geprägt, in dem jede der beiden Supermächte bestrebt war, die andere in Hinblick auf die Qualität und Quantität ihres Atomwaffenarsenals einzuholen und zu übertreffen.

Die nukleare Abschreckung entstand infolge der sicherheitspolitischen Situation im Europa der Nachkriegszeit. Die Spannungen zwischen Ost und West nahmen stetig zu: Im Februar 1948 kam die Kommunistische Partei (KSČ) in der Tschechoslowakei durch einen Staatsstreich an die Macht, und nur vier Monate später begann die Sowjetunion mit der Berlinblockade, die den Status Westberlins bedrohte. Auf das Ende der Blockade im Mai 1949 folgten schon bald die Gründung der NATO sowie die der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Damit war die Teilung Europas im Kalten Krieg zementiert. Im Sommer desselben Jahres, am 29. August 1949, testeten die Sowjets ihre erste Atomwaffe. Das Atomwaffenmonopol der Vereinigten Staaten war beendet – und die Bedrohung durch einen nuklearen Konflikt zwischen Ost und West wurde sehr real.

Doch auch die anderen militärischen Kapazitäten der Sowjetunion sorgten bei den westlichen Entscheidungsträgern für Beunruhigung. Selbst nach der erheblichen Demobilisierung nach dem Zweiten Weltkrieg zählte die sowjetische Armee Ende der 1940er Jahre noch immer 2,8 Millionen Soldaten. In Hinblick auf die Größe ihrer konventionellen Streitkräfte, zu denen noch die Streitkräfte der anderen sozialistischen Republiken hinzukamen, war die Sowjetunion eindeutig im Vorteil. Um mögliche Absichten der Sowjetunion in Bezug auf Westberlin oder andere Gebiete zu unterbinden, waren Atomwaffen nach Meinung der US-amerikanischen Entscheidungsträger unverzichtbar.

Entsprechend spielte die nukleare Abschreckung von Anfang an eine zentrale Rolle in der Strategie der NATO. Das Herzstück des Bündnisses bildet die gegenseitige Sicherheitsgarantie – laut Artikel 5 wird ein Angriff auf einen Mitgliedstaat als Angriff auf alle Mitgliedstaaten betrachtet – einschließlich der USA mit ihren Atomwaffen. Die nukleare Dimension der NATO wurde in ihrem ersten Strategischen Konzept von 1949 bekräftigt, in dem festgelegt wurde, dass das Bündnis „die Fähigkeit sicherstellen" werde, „unverzüglich strategische Bombardements mit allen möglichen Mitteln und ausnahmslos mit allen Arten von Waffen durchzuführen".[01] Damit legte die NATO ihren Schwerpunkt auf eine „erweiterte Abschreckung" – US-amerikanische Atomwaffen konnten auch zum Schutz von Drittländern eingesetzt werden – und sandte eine

unmissverständliche Botschaft an Moskau: Wer NATO-Gebiet angriff, riskierte einen nuklearen Vergeltungsschlag.

Mit dem Ausbau des Atomwaffenarsenals auf beiden Seiten trat die Logik der nuklearen Abschreckung in den 1950er Jahren immer deutlicher hervor. Wenn eine Seite einen nuklearen Angriff (einen sogenannten Erstschlag) wagte, würde die andere mit einem Zweitschlag von ähnlich verheerender Wirkung reagieren. Die Zweitschlagkapazität – eine ausreichende Anzahl und Auswahl an Atomwaffen, die nach einem Erstschlag noch eingesetzt werden konnten – wurde zur Grundlage der nuklearen Abschreckung. Sie untermauerte das Tabu des Einsatzes von Atomwaffen, da jeder Versuch die gegenseitig garantierte Vernichtung („mutually assured Destruction", MAD) nach sich ziehen würde. Dieses Gleichgewicht des Schreckens sorgte für eine beunruhigende Stabilität, in der die Gefahr der nuklearen Vernichtung allgegenwärtig war – und gleichzeitig sicherstellte, dass die Atomwaffen niemals eingesetzt wurden.

NUKLEARES WETTRÜSTEN

In den Jahren nach der Gründung der NATO schritt die technologische Entwicklung der Atomwaffen rasant voran. Nach dem ersten erfolgreichen Atomwaffentest der Sowjets 1949 verstärkten die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen zur Entwicklung einer thermonuklearen Waffe, der sogenannten Wasserstoffbombe, die über eine wesentlich größere Sprengkraft als die Atombombe verfügt. 1952 wurde sie von den USA erstmals erfolgreich getestet. Zwei Jahre später folgte mit dem „Bravo"-Test im Rahmen der Operation „Castle" die stärkste thermonukleare Kernexplosion, die jemals von den USA gezündet wurde – fast tausendmal stärker als die Atombombe, die 1945 Hiroshima zerstört hatte. Um im eskalierenden nuklearen Wettrüsten nicht auf der Strecke zu bleiben, entwickelten die Sowjets ihre eigene Wasserstoffbombe, die sie im November 1955 erfolgreich testeten.

01 NATO, The Strategic Concept for the Defence of the North Atlantic Area, 1. 12. 1949, NATO Strategy Documents 1949–1969, S. 57–64, hier S. 61, www.nato.int/content/dam/nato/webready/documents/Archives/stratdoc/eng/a491201a.pdf (alle Zitate nach eigener Übersetzung).

Doch nicht nur die Sprengkraft der jeweiligen Sprengköpfe nahm zu, auch die Zahl der Atomwaffen stieg auf beiden Seiten immer weiter. Während die USA 1950 über schätzungsweise 300 Atomwaffen verfügten und die Sowjetunion nur über fünf, waren es 1960 ungefähr 18 000 auf Seiten der USA und circa 1600 auf sowjetischer Seite. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges Mitte der 1980er Jahre verfügte allein die Sowjetunion über rund 40 000 Atomwaffen. Die Waffen blieben jedoch nicht auf US-amerikanisches oder sowjetisches Territorium beschränkt. Im September 1954 wurden erstmals in Westeuropa US-amerikanische Atomwaffen stationiert. Mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik 1955 entwickelte sich auch Westdeutschland zu einem wesentlichen Baustein in der nuklearen Abschreckungsstrategie der NATO. Nachdem der Bundestag 1958 der Stationierung von US-Atomwaffen auf deutschem Territorium zugestimmt hatte, befanden sich 1960 bereits 1500 Atomwaffen im Land – so viele wie im gesamten restlichen Westeuropa.

Während die Supermächte ihre Arsenale ausbauten, entwickelten andere Länder ihre eigenen Atomwaffen. Das Vereinigte Königreich, das im Zweiten Weltkrieg bei der Atombombenentwicklung mit den USA zusammengearbeitet hatte, testete 1952 seine erste eigene Atombombe. Frankreich folgte 1960, die Volksrepublik China 1964. Zusammen bildeten diese fünf Länder bis zum Ende des Kalten Krieges die anerkannten Atomwaffenstaaten. Im Gegensatz zu den Supermächten USA und Sowjetunion mit ihren umfangreichen Atomwaffenarsenalen und der MAD-Doktrin verfolgten die drei Nachzügler jedoch eine andere Strategie und setzten auf das Prinzip der minimalen Abschreckung – also auf gerade so viele Atomwaffen, wie nötig waren, um einen potenziellen Feind von einem Angriff abzuhalten. Entsprechend blieben ihre jeweiligen Arsenale deutlich kleiner, keines überschritt während des Kalten Krieges die Zahl von 500.

Auch die Entwicklung der für den Atomwaffeneinsatz erforderlichen Technologien schritt rasch voran. Ursprünglich für den Abwurf aus Flugzeugen gebaut, setzte man im Laufe der 1950er Jahre zunehmend auf Raketen, die deutlich schneller und weniger anfällig für Flugabwehrmaßnahmen waren. Der Erfolg der Sowjets beim Start von „Sputnik 1", dem ersten künstlichen Erdsatelliten, löste im Oktober 1957 in den westlichen Hauptstädten eine tiefe Verunsiche-

rung aus – auch bekannt als Sputnikschock. Die Sowjets hatten zum einen ihren technologischen Vorsprung in der Raumfahrttechnik demonstriert, zum anderen war die Sorge groß, dass mithilfe der Raketentechnologie Atomwaffen von der Sowjetunion auf Ziele in Westeuropa und Nordamerika abgefeuert werden könnten. Die für Sputnik verwendete Rakete war faktisch die weltweit erste Interkontinentalrakete (ICBM). Bis 1960 zogen die USA nach und entwickelten drei zuverlässige Trägersysteme für Atomwaffen, die als „nukleare Triade" bezeichnet wurden: Bomber, Interkontinentalraketen und U-Boote. Diese Vielfalt an Trägersystemen stellte sicher, dass die USA ihre Zweitschlagfähigkeit aufrechterhalten konnten, die als unverzichtbar angesehen wurde, um die Sowjetunion von einem Angriff auf die USA oder ihre Verbündeten abzuhalten.

Die technologische Entwicklung ging Hand in Hand mit der Entwicklung einer Strategie der Abschreckung. Im Oktober 1953 wurde unter Präsident Dwight D. Eisenhower (1953–1961) die Strategie der „Massive Retaliation" entwickelt: Auf jede Form einer sowjetischen Aggression würden die Vereinigten Staaten mit einem Vergeltungsschlag reagieren, der auch den Einsatz von Atomwaffen umfasste.[02] Unter Präsident John F. Kennedy (1961–1963) gingen die USA zur Strategie der „Flexible Response" über: Die USA und ihre Verbündeten wollten damit auf ein breiteres Spektrum aus konventionellen und kleineren, sogenannten taktischen Atomwaffen zurückgreifen, ohne sich zwingend für den Einsatz größerer strategischer Atomwaffen zu entscheiden, obwohl sie weiterhin eine Option blieben. Jeden Angriff würde man mit einer robusten Reaktion kontern, dabei aber eine deutlich stärkere Kontrolle darüber behalten, wie weit man den Konflikt eskalieren lassen wollte.

Die Grundsätze der Flexible Response wurden 1967 durch die NATO im Harmel-Bericht bekräftigt.[03] In diesem wurde die Strategie der nuklearen Abschreckung kombiniert mit einem politischen Dialog mit der Sowjetunion zur Beilegung von Spannungen und Vermeidung von Konflikten. Tatsächlich bildeten der Ost-West-Dialog und die Verhandlungen zur Rüstungskontrolle während des gesamten Kalten Krieges – und insbesondere nach der Kubakrise im Oktober 1962 – einen entscheidenden Bestandteil der Nukleardiplomatie. Parallel zur Abschreckung ermöglichte der Dialog Rüstungskontrollverträge wie das Moskauer Atomteststoppabkommen (Partial Test Ban Treaty, PTBT von 1963), den Atomwaffensperrvertrag (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, NVV von 1968) und den bilateralen Vertrag über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT-I Abkommen von 1972).

ABSCHRECKUNG IN ZEITEN DER FRIEDENSBEWEGUNG

Trotzdem ging das Streben nach einer glaubhaften nuklearen Abschreckung weiter. Dass etwa die Sowjetunion ab 1976 begann, Mittelstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen des Typs SS-20 in Europa zu stationieren, löste eine der größten Krisen der NATO während des Kalten Krieges aus. Als Reaktion auf die Stationierung beschloss die NATO, ihre eigenen Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu modernisieren. Der sogenannte NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 sah vor, dass die USA fast 600 neue Raketen in Westdeutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien und Italien stationierten. Die Pläne fielen in eine besonders heiße Phase des Kalten Krieges nach dem Scheitern der Entspannungsbemühungen der 1970er Jahre. Unter US-Präsident Ronald Reagan (1981–1989) bauten die USA ihre Atomwaffenarsenale massiv aus, wodurch es zu einem neuen atomaren Wettrüsten kam. Die Reagan-Administration wandte sich von der Prämisse ab, dass man einen Atomkrieg nicht gewinnen könne, und beschwor damit das Schreckgespenst eines katastrophalen atomaren Schlagabtauschs herauf.

Millionen Menschen in Europa und Nordamerika wurden nun aktiv und protestierten gegen Atomwaffen und insbesondere gegen die geplante Stationierung von Pershing-II-Raketen, auch bekannt als Euromissiles. Bei einer Demonstration im Herbst 1981 im Bonner Hofgarten versammelten sich 250 000 Menschen, im Oktober 1983 nahmen in der gesamten Bundesrepublik mehr als eine Million Menschen an Demonstrationen gegen die Stationierung dieser nuklearen Mittelstreckenwaffen teil. Dennoch stimmte der

02 Vgl. US National Security Council, NSC 162/2, Washington D.C., 30.10.1953, https://irp.fas.org/offdocs/nsc-hst/nsc-162-2.pdf.

03 Vgl. NATO, Harmel Report 1967, 1.7.2022, www.nato.int/en/about-us/official-texts-and-resources/harmel-report.

Bundestag am 22. November 1983 der Stationierung in Westdeutschland zu.

Angesichts der wachsenden Friedensbewegung Anfang der 1980er Jahre und der ihr zugrundeliegenden Angst vor einem Atomkrieg wurden schließlich auch innerhalb der NATO Stimmen laut, die auf eine Überprüfung der Strategie des Bündnisses drängten. So forderte etwa Robert McNamara – der Architekt der Flexible Response-Strategie in der Ära Kennedy – die NATO auf, sich zu einem „Verzicht auf den Ersteinsatz" zu bekennen, was bedeutete, dass der Westen in einer militärischen Auseinandersetzung nicht als erste Konfliktpartei Atomwaffen einsetzen würde. Diese Überlegung fiel bei einigen Staatschefs auf fruchtbaren Boden. Der kanadische Premierminister Pierre Trudeau ging noch weiter und lehnte nicht nur die Erstschlag-Strategie, sondern auch die Flexible Response der NATO ab. Hinter den Kulissen setzte er sich bei mehreren westeuropäischen Staats- und Regierungschefs dafür ein, die NATO-Strategie zu überdenken. Nach Gesprächen mit Trudeau im November 1983 schlug der belgische Außenminister Leo Tindemans, unterstützt von seinem italienischen Amtskollegen Giulio Andreotti, im Dezember 1983 eine solche Überprüfung vor, die dann auch stattfand, am Ende jedoch folgenlos blieb.[04] In Anbetracht der Überlegenheit des Ostblocks bei konventionellen Waffen beruhte die Sicherheit Westeuropas weiterhin auf der nuklearen Abschreckung.

Zu Beginn der 1980er Jahre wurde die Logik der Abschreckung noch von einer anderen Seite infrage gestellt. In einer Fernsehansprache im März 1983 fragte US-Präsident Reagan die amerikanische Bevölkerung: „Was wäre, wenn (…) wir strategische ballistische Raketen abfangen und zerstören könnten, bevor sie unser eigenes Territorium oder das unserer Verbündeten erreichen?" Eine solche Technologie, so Reagan, würde Atomwaffen „wirkungslos und überflüssig" machen.[05] Reagan bezog sich in seiner Rede auf die „Strategic Defence Initiative" (SDI, auch „Star Wars" genannt), ein Raketenabwehrschild, der die USA und ihre Verbündeten vor einem möglichen sowjetischen Atomangriff schützen sollte. Obwohl Reagan einräumte, dass die Entwicklung eines solchen Verteidigungssystems „Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte" dauern könnte, wurde damit die Logik der nuklearen Abschreckung untergraben. Wenn die USA anfliegende sowjetische Raketen zerstören könnten, wäre ein sowjetischer Zweitschlag wirkungslos. Da eine gegenseitige garantierte Vernichtung nicht mehr gegeben wäre, könnten die USA theoretisch einen Atomangriff gegen die Sowjetunion starten und eine Vergeltungsmaßnahme überleben – und damit einen Atomkrieg gewinnen. Es überrascht nicht, dass die sowjetische Führung heftige Einwände gegen SDI erhob, weshalb auch die eigentlich vielversprechenden Abrüstungsgespräche beim Gipfel von Reykjavik im Oktober 1986 scheiterten. Die europäischen Verbündeten hegten ebenfalls Vorbehalte, weil sie befürchteten, dass SDI der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa die Grundlage entziehen, die Ost-West-Beziehungen in einer ohnehin heiklen Phase destabilisieren und die Kluft im Bereich Hightech zwischen den USA und Europa weiter vergrößern würde. Am Ende blieb SDI weit hinter Reagans Vorstellungen zurück und wurde nie umgesetzt – die USA blieben weiterhin verwundbar in Hinblick auf einen Nuklearangriff und hielten auch weiterhin an der Strategie der nuklearen Abschreckung fest.

NUKLEARE RÜSTUNGSKONTROLLE

Das Jahr 1987 markiert den Beginn eines Goldenen Jahrzehnts der nuklearen Rüstungskontrolle. In der nun einsetzenden Phase der Entspannung und dem später folgenden Ende des Kalten Kriegs wurden mit dem bilateralen INF-Vertrag (1987), START I (1991) und START II (1993) sowie dem multilateralen „Vertrag über den Offenen Himmel" (1992) und dem Umfassenden Atomteststoppvertrag (1996) bedeutende Durchbrüche in der Rüstungskontrolle erzielt. Südafrika (das unter dem Apartheid-Regime heimlich Atomwaffen entwickelt hatte) sowie die postsowjetischen Republiken Ukraine, Belarus und Kasachstan (auf deren Territorien sich bei der Unabhängigkeit sowjetische Atomwaffen befanden) gaben ihre Atomwaffen ab. Im Mai 1997 wurde die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet, die eine beispiellose Zusammenarbeit begründete und in der bekräftigt

04 Vgl. Luc-André Brunet, Unhelpful Fixer? Canada, the Euromissile Crisis, and Pierre Trudeau's Peace Initiative, 1983–1984, in: The International History Review, 6/2019, S. 1145–1167.

05 Ronald Reagan, Address to the Nation on Defense and National Security, 23.3.1983, www.reaganlibrary.gov/archives/speech/address-nation-defense-and-national-security.

wurde, dass „die NATO und Russland einander nicht als Gegner betrachten".[06] Da die Zahl der Länder mit Atomwaffen abnahm und die bestehenden Atomwaffenstaaten sich auf einen Abbau ihrer Arsenale einigten, schien die Aussicht auf einen Atomkrieg so gering wie nie zuvor seit 1945.

Warum hielt sich die Strategie der nuklearen Abschreckung über das Ende des Kalten Krieges hinaus? Ein entscheidender Faktor war die US-Präsidentschaft von George H. W. Bush (1989–1993). Als Michail Gorbatschow gegen Ende des Kalten Krieges dazu aufrief, ein neues „gemeinsames Haus Europa" jenseits der NATO und des Warschauer Pakts zu errichten, hielt Bush unbeirrbar an der NATO fest. Angesichts der unsicheren Lage 1989, den Revolutionen in zahlreichen Ländern und des anschließenden Zusammenbruchs der Sowjetunion, strebte Bush nach Stabilität und Kontinuität in Form von Institutionen wie der NATO.[07] Die westeuropäischen Staats- und Regierungschefs wiederum verließen sich weiterhin auf die USA und deren Nuklearschirm als Sicherheitsgaranten. Die „Friedensdividende" nach dem Kalten Krieg ermöglichte den europäischen Staaten eine erhebliche Senkung ihrer Verteidigungsausgaben, doch letztlich wurde ihre Sicherheit durch eine Form der erweiterten Abschreckung gewährleistet. Als der deutsche Außenminister Joschka Fischer im Dezember 1998 eine „No First Use"-Strategie (kein Erstschlag) für die NATO vorschlug, wurde der Vorstoß wie bereits 15 Jahre zuvor auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges abgelehnt.[08] Die Sicherheit Europas sollte weiterhin über eine erweiterte Abschreckung sichergestellt werden.

Darüber hinaus bot die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung selbst in den 1990er Jahren, als die Beziehungen zu Russland relativ gut waren, Schutz vor einer möglichen künftigen russischen Aggression. Denn mit der Erweiterung der NATO um die Staaten des ehemaligen Ostblocks hatte das Bündnis nun Mitglieder, die einst Opfer des sowjetischen Imperialismus gewesen waren und die durch nukleare Abschreckung untermauerte Beistandsklausel der NATO als unverzichtbar erachteten.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat die nukleare Abschreckung angesichts der zunehmend antagonistischen Haltung Russlands erneut an Bedeutung gewonnen. Putins Krieg gegen Georgien (2008) und sein Angriffskrieg gegen die Ukraine (seit 2014) unterstreichen den Schutz, den Staaten unter dem nuklearen Schirm der USA genießen. Gleichzeitig wird die moralische Rechtfertigung der Abschreckung und der Atomwaffen hinterfragt. Der UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen aus dem Jahr 2017 verbietet die Entwicklung und den Besitz von Nuklearwaffen, wurde jedoch von keinem Atomwaffenstaat und keinem NATO-Mitglied unterzeichnet. Im Jahr 2019 bezeichnete Papst Franziskus Atomwaffen als „himmelschreiendes Unrecht" und forderte „eine Welt des Friedens, frei von Atomwaffen".[09] Ungeachtet dieser moralischen Haltung dürfte die nukleare Abschreckung in der Praxis noch einige weitere Jahrzehnte Bestand haben.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Aus dieser kurzen Geschichte der Abschreckung lassen sich drei wichtige Lehren ableiten.

Die erste betrifft die Rolle der USA: Der vielleicht auffälligste Unterschied zwischen früheren und der derzeitigen US-Regierung besteht in der unklaren Haltung der USA hinsichtlich ihres Engagements für eine erweiterte Abschreckung. Seit der Berliner Luftbrücke haben US-Regierungen immer wieder unmissverständlich klargemacht, dass die USA sowjetische beziehungsweise russische Angriffe in Europa nicht tolerieren. Die Strategie der nuklearen Abschreckung, die das Herzstück der NATO bildet, untermauert dieses Engagement. Doch unter der derzeitigen Regierung wurde die selbstauferlegte Verpflichtung wiederholt vom Präsidenten infrage gestellt. Mit Äußerungen, es gebe zahlreiche Definitionen von Artikel 5, die NATO sei ein „Papiertiger" oder Russland könne mit den europäischen Verbünde-

06 NATO, Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security Between NATO and the Russian Federation, 27.5.1997, www.nato.int/en/about-us/official-texts-and-resources/official-texts/1997/05/27/founding-act.

07 Vgl. Mary Sarotte, Not One Inch? America, Russia, and the Making of Post-Cold War Stalemate, New Haven 2021.

08 Jack Mendelsohn, NATO's Nuclear Weapons: The Rationale for „No First Use", Juli/August 1999, www.armscontrol.org/act/1999-07/features/natos-nuclear-weapons-rationale-no-first-use.

09 Papst Franziskus, Address of the Holy Father on Nuclear Weapons, 24.11.2019, www.vatican.va/content/francesco/en/messages/pont-messages/2019/documents/papa-francesco_20191124_messaggio-arminucleari-nagasaki.html.

ten machen, was es wolle, wenn diese ihre Verteidigungsausgaben nicht deutlich erhöhten,[10] hat Präsident Trump die gegenseitige Sicherheitsgarantie der NATO-Mitglieder rhetorisch untergraben. Unterdessen sind zunehmend hybride Kriegsaktionen Russlands auf EU-Territorium zu verzeichnen, nicht zuletzt im August 2026 mit dem Einsatz einer mit Sprengstoff beladenen Drohne am Leipziger Flughafen.[11] Die gemeinsame Abschreckung hat an Wirkung eingebüßt, dabei ist Europa mehr denn je darauf angewiesen. Es ist daher sinnvoll, verschiedene Ebenen einer erweiterten Abschreckung in Europa zu prüfen. Mit einer stärkeren, das bestehende Engagement der USA ergänzenden Rolle der französischen und britischen Nuklearwaffen, könnte eine verstärkte europäische Zusammenarbeit und Koordination in größerem Maße zur Sicherheit Europas beitragen als es während des Kalten Krieges der Fall war.

Die zweite Lehre betrifft die Bedeutung von Dialog und Verhandlungen: Die nukleare Abschreckung ist seit den Anfängen des Kalten Krieges ein fester Bestandteil der internationalen Beziehungen. Doch selbst in besonders angespannten Momenten, als sich das gegenseitige Misstrauen auf einem Höhepunkt befand, wurden der Dialog zwischen Washington und Moskau fortgesetzt und sinnvolle Verhandlungen zur Rüstungskontrolle geführt. Es war kein Zufall, dass der große Durchbruch in der Rüstungskontrolle – das Moskauer Atomteststoppabkommen von 1963 – weniger als ein Jahr nach der Kubakrise, in der es fast zu einer nuklearen Konfrontation gekommen wäre, zustande kam. Der kontinuierliche Dialog und die unermüdlichen Bemühungen um Rüstungskontrolle trugen dazu bei, eine Eskalation oder tragische Fehleinschätzungen im Zusammenhang mit Atomwaffen zu verhindern. Heute hingegen haben sich sowohl Washington als auch Moskau aus praktisch allen bedeutenden Abkommen zur nuklearen Rüstungskontrolle zurückgezogen, und der Dialog ist faktisch zum Erliegen gekommen. Ungeachtet der erheblichen Differenzen in zahlreichen kritischen Punkten ist eine Wiederaufnahme der Gespräche zur nuklearen Rüstungskontrolle dringend erforderlich und sollte unbedingt erfolgen. Immerhin gibt es ein gemeinsames Ziel, auf das sich alle Parteien einigen können: nämlich den Einsatz von Atomwaffen zu verhindern.

Drittens war die nukleare Abschreckung im 20. Jahrhundert in erster Linie eine bilaterale Angelegenheit zwischen Washington und Moskau. In den 2020er Jahren ist die Lage deutlich komplexer. Mittlerweile verfügen auch Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea über Atomwaffen, gleichzeitig haben die bisherigen Atommächte ihre Atomwaffenarsenale weiter ausgebaut. Besonders deutlich fiel der Ausbau des chinesischen Arsenals aus, das sich seit 2020 mehr als verdoppelt hat und nun bei über 600 liegt, womit die Volksrepublik China nach den USA und Russland weltweit die drittgrößte Zahl an Atomwaffen besitzt.[12] Bis zum Ende dieses Jahrzehnts wird die Zahl voraussichtlich die 1000er Marke überschreiten. War die nukleare Abschreckung als bilaterales Thema schon schwierig, ist sie heute noch deutlich komplizierter. Multilaterale Gespräche zur nuklearen Rüstungskontrolle sind dringend geboten. Mit den französischen und britischen Nuklearwaffen im Rücken kann Europa eine wichtige Rolle dabei spielen, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten.

In seiner Rede auf dem Atom-U-Boot-Stützpunkt Île Longue im März 2026 warnte der französische Präsident Emmanuel Macron, dass „das kommende halbe Jahrhundert ein Zeitalter der Atomwaffen“ sein wird.[13] Vor diesem Hintergrund ist eine Neubewertung der nuklearen Abschreckung – mit einem klaren Verständnis ihrer Geschichte als Grundlage für die Bewältigung aktueller Herausforderungen – von entscheidender Bedeutung, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim

LUC-ANDRÉ BRUNET
ist Co-Direktor des Peace and Security Project an der London School of Economics und lehrt zeitgenössische internationale Geschichte an der Fernuniversität The Open University in Milton Keynes, England.

10 Zit. nach Philip Gordon, „Trump is putting European security in peril“, Financial Times, 7.9.2026, www.ft.com/content/3fd1541c-7e1f-44c0-bd10-0d94174e5c0a.

11 Vgl. Mona Jaeger/Eckart Lohse/Matthias Wyssuwa, Diesen Preis soll Russland bezahlen, 1.9.2026, www.faz.net/201180607.

12 Vgl. Shizuka Kuramitsu, Pentagon Says Chinese Nuclear Arsenal Still Growing, Januar/Februar 2025, www.armscontrol.org/act/2025-01/news/pentagon-says-chinese-nuclear-arsenal-still-growing.

13 Emmanuel Macron, Discours du Président de la République sur la dissuasion nucléaire de la France, 2.3.2026, www.elysee.fr/emmanuel-macron/2026/03/02/deplacement-sur-la-base-operationnelle-de-lile-longue.

BOSTON FÜR BERLIN?

Logiken und Dilemmata der atomaren Abschreckung

Karl-Heinz Kamp

Im September 2022, etwa ein halbes Jahr nach der russischen Vollinvasion in der Ukraine, erhielt der gut in Russland vernetzte US-amerikanische Geheimdienst verlässliche Informationen darüber, dass man in Moskau ernsthaft über den Einsatz einer Atomwaffe nachdenke. Denn statt die Ukraine in wenigen Tagen zu überrennen, war der russische Angriff festgefahren und das Wort „Niederlage" machte in den Fluren des Kremls bereits die Runde. Das brachte die russischen Generäle auf den Gedanken, mit dem Einsatz einer Kernwaffe auf ukrainischem Territorium das Blatt wenden zu können. In diesen Tagen stand die Welt so nah vor einer nuklearen Katastrophe wie lange nicht. Internationale diplomatische Bemühungen und deutliche Warnungen der USA, aber auch Chinas und Indiens konnten Moskau offenbar von dem Vorhaben abbringen.[01]

Szenenwechsel: Im Januar 2025 trat Donald Trump seine zweite Amtszeit als US-Präsident an und nutzte gleich die ersten Wochen im Amt, um seine Verachtung für Verbündete im Allgemeinen und für die Europäer im Besonderen kundzutun. Da die US-Bündnisverpflichtungen auch die nukleare Abschreckung eines Angriffs auf Europa beinhalten, begann in den europäischen NATO-Hauptstädten eine hektische Debatte, wie man denn reagieren solle, falls Trump den amerikanischen Nuklearschirm über Europa schließen würde.

Eine dritte Szene: Im Juni 2025 führte Israel im sogenannten Zwölftagekrieg mit Unterstützung der USA einen militärischen Angriff auf unterirdische Bunkeranlagen in Iran und weitere strategische Ziele durch. Das Land, in dem seit Jahren an der Entwicklung von Kernwaffen gearbeitet wird, sollte der Trump-Administration zufolge daran gehindert werden, in die Gruppe der Atomstaaten aufzusteigen. Wenn aber Nordkorea, als Kernwaffenbesitzer, sich wiederholt offene Drohungen ohne Konsequenzen gegenüber den USA erlauben kann, dürfte aus Sicht des Mullah-Regimes die Schlussfolgerung naheliegen, dass nur der Besitz von Kernwaffen vor derartigen Angriffen schützt. Sofern das iranische Regime überlebt, sollte die künftig noch energischere Entwicklung der eigenen Atombombe als mögliches Szenario ernst genommen werden.

So unterschiedlich diese drei Episoden auch sind, so verdeutlichen sie doch eines: Die nukleare Abschreckung ist wieder ganz oben auf der politischen Agenda, und Atomwaffen sind wieder ein sichtbares Element der Weltpolitik. Vorbei die Träume einer nuklearwaffenfreien Welt, die wohl ohnehin nie Aussicht auf Erfolg hatten, obgleich der amerikanische Präsident Barack Obama sie sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit zu Eigen gemacht hatte. Stattdessen ist die dauerhafte nukleare Bedrohung wieder Realität, mitsamt den Widersprüchen und Dilemmata, die der Logik der Abschreckung innewohnen.

Einerseits kann die Abschreckungsidee Konflikte verhindern und hat dafür gesorgt, dass aus dem Kalten Krieg kein heißer wurde. Die Erkenntnis, dass derjenige, der als erster schießt als zweiter stirbt, hatte die Supermächte damals zur Zurückhaltung gezwungen, auch wenn sie sich in tiefer ideologischer Feindschaft gegenüberstanden. Andererseits ist die nukleare Abschreckung ungemein gefährlich, denn sie darf nicht versagen. In Hiroshima und Nagasaki wurde die ungeheure Zerstörungskraft von Atomwaffen deutlich. Nach wie vor werden – je nach Zählweise – rund 12 000 Kernsprengköpfe von den Nuklearmächten weltweit bereitgehalten. Der Einsatz eines Bruchteils dieser Waffen würde ausreichen, um die Erde dauerhaft unbewohnbar zu machen.

Drei Fragen drängen sich deshalb in den Vordergrund: Erstens, wie funktioniert die Abschreckung, und was ist die Logik hinter diesem Konzept? Zweitens, warum streben Staaten nach Atomwaffen, und warum weigern sich die Nuklearmächte, ihre Kernwaffen trotz aller Gefahren wieder abzurüsten? Und drittens, welche Dilem-

mata sind mit der Idee der erweiterten Abschreckung verbunden, in der eine Atommacht wie die USA ein nukleares Sicherheitsversprechen für seine nicht-nuklearen Verbündeten, wie etwa Deutschland, gibt?

LOGIK DER ABSCHRECKUNG

Abschreckung ist kein ausschließlich militärisches oder politisches Konzept, sondern zunächst eine Alltagserfahrung, in der durch Strafandrohung Wohlverhalten erzielt wird. Wer mit Sanktionen oder nachteiligen Konsequenzen rechnen muss, verhält sich tendenziell regelkonformer. In diesen Fällen basiert Abschreckung auf einem einfachen Mechanismus: Die zu erwartenden Kosten eines bestimmten Verhaltens übersteigen den möglichen Nutzen, sodass auf die Handlung verzichtet wird – ein Prinzip, dass sich tagtäglich findet, vom Straßenverkehr bis zur Kindererziehung.

Mit Beginn des Atomzeitalters 1945 erhielt der Begriff der nuklearen Abschreckung sein Alleinstellungsmerkmal – durch die ungeheure Zerstörungskraft von Kernwaffen, die alle bisherigen Dimensionen sprengte. Als wären die Millionen Toten und die Verwüstungen zweier Weltkriege nicht schon genug gewesen, stand auf einmal die Auslöschung der gesamten Menschheit als Möglichkeit im Raum. Die Szenarien wurden immer apokalyptischer, je mehr Kernwaffen die beiden Supermächte im Kalten Krieg in ihren Arsenalen anhäuften. Zum Höhepunkt des Ost-West-Konflikts Anfang der 1980er Jahre verfügten die USA und die Sowjetunion zusammen über die unglaubliche Zahl von rund 70 000 Atomwaffen.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Bernard Brodie formulierte als einer der ersten, dass angesichts der Zerstörungskraft von Kernwaffen Begriffe wie „Sieg“ oder „Niederlage“ neu definiert werden müssten. Ging es in der vor-nuklearen Zeit darum, mit dem Sieg auf dem Schlachtfeld politische Ziele zu erreichen, wurde diese Logik mit dem Aufkommen der Atomwaffen als „absolute Waffen“ obsolet.[02] Einen Nuklearkrieg könne niemand gewinnen. Im Atomzeitalter müsse es nur noch darum gehen, Kriege zu verhindern. Mehr noch: Durch die glaubwürdige Androhung eines Kernwaffeneinsatzes sollte ein Gegner mit der Gefahr gewaltiger Verheerungen konfrontiert werden und damit von jeglichem Angriff absehen – ob nuklear oder konventionell. Die Botschaft an einen potentiellen Angreifer müsse lauten: Der Schaden, den er durch eine nukleare Vergeltung erleiden würde, wäre stets größer als jeder Nutzen, den er sich von einem Angriff versprechen könnte.

Damit war die Idee der Kriegsverhinderung durch gegenseitige Abschreckung geboren. Sie war weniger ein militärisches Instrument als ein vor allem politisch-psychologisches Mittel, das Angst erzeugen und Vorsicht erzwingen sollte. Militärische Macht hatte somit nicht mehr nur mit reinem Kampf zu tun, sondern auch mit Diplomatie und Kommunikation, also der Fähigkeit, dem Gegner die eigene Entschlossenheit zu vermitteln und ihn dadurch zur Zurückhaltung zu bewegen.

So plausibel das klingen mag: Der Abschreckungsgedanke ist von immanenten Schwächen und Widersprüchen gekennzeichnet, die stets Zweifel an seiner Zuverlässigkeit wecken.

Damit Angreifer und Verteidiger die wechselseitig gesandten Abschreckungssignale nicht missverstehen, müssen die beteiligten Politiker, Diplomaten und Militärs auf beiden Seiten rational handeln. Entscheider müssten dieser Logik zufolge vor allem am eigenen Überleben und am Erhalt des eigenen Staates interessiert sein. Was zunächst banal klingt, ist bei genauer Betrachtung aber weit weniger offensichtlich. Dies wurde der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt, als am 11. September 2001 eine Gruppe islamistischer Selbstmordattentäter des Terrornetzwerks al-Quaida amerikanische Zivilflugzeuge in ihre Gewalt brachte und unter anderem in die Doppeltürme des World Trade Centers in New York steuerte. Diese Islamisten waren nicht nur bereit, für ihre Überzeugungen zu sterben, sondern wurden in ihrer Logik dadurch sogar zu ewigen Helden, denen ein besonderer Platz im Paradies zuteilwerden würde. Wer aber den eigenen Tod nicht nur nicht fürchtet, sondern sogar als erstre-

01 Vgl. Paul Sonne/John Hudson, U.S. Has Sent Private Warnings To Russia Against Using A Nuclear Weapon, 22.9.2022, www.washingtonpost.com/national-security/2022/09/22/russia-nuclear-threat-us-options/. Der ehemalige Unterstaatssektretär für Verteidigungspolitik, Colin Kahl, erläutert die Hintergründe der Aktion in dem Podcast „World Class“ der Stanford University, 15.10.2019, www.youtube.com/watch?v=yRExL0xu86w.

02 Bernard Brodie, The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order, New York 1946.

benswert für eine glorreiche Zukunft im Jenseits betrachtet, lässt sich nicht mit einer Atomdrohung abschrecken. Käme eine solche Gruppe in den Besitz von Kernwaffen, würde sie vor einem Einsatz sicher nicht zurückschrecken – ungeachtet möglicher Vergeltungsschläge.

Auch muss man, damit Abschreckung funktioniert, nicht nur über eine ausreichende Anzahl von Kernwaffen verfügen, sondern glaubhaft machen, diese im Konfliktfall auch einzusetzen. Hierfür braucht es klare Strategien, Verfahren und Pläne, die in regelmäßigen Manövern zu erproben und einzuüben sind – nicht nur für sich selbst, sondern auch als Demonstration der eigenen Ernsthaftigkeit an den Gegner. Das führt zu der paradoxen Situation, dass Kernwaffen einsetzbar sein müssen, um nicht eingesetzt zu werden. Dieser Widerspruch ist in der Öffentlichkeit nur schwer zu vermitteln, fürchtet doch mancher, dass erhöhte Einsetzbarkeit einen wirklichen Atomwaffengebrauch letztlich wahrscheinlicher macht. Der Einwand, dass Kernwaffen seit Hiroshima und Nagasaki nicht mehr eingesetzt wurden, verfängt nur bedingt, da nicht garantiert ist, dass dies auch so bleibt.

Mehr noch, zu einer glaubwürdigen Abschreckung gehört, dass man den Atomwaffeneinsatz nicht nur können, sondern auch wollen muss. Wie glaubwürdig ist es, dass man bei einem gegnerischen Angriff zu Kernwaffen greift, wenn man gleichzeitig mit der nuklearen Vergeltung des Angreifers und damit mit der weitgehenden Zerstörung des eigenen Territoriums rechnen muss? Wie groß ist die Gefahr der Selbstabschreckung – also die Furcht vor der nuklearen Eskalation –, wenn der Gegner nur einen sehr begrenzten Angriff durchführt? Was läge also näher, als möglichst viele und vor allem auch „kleine“ Atomwaffen zu stationieren, um dem Gegner stets auf Augenhöhe zu begegnen und ihm dadurch die Hoffnung zu nehmen, er könne mit einem begrenzten Angriff Erfolg haben?

Nun braucht es nicht allzu viel Phantasie, um sich die Folgen dieser rein rational betrachtet nachvollziehbaren Abschreckungslogik vorzustellen. Indem man den Gegner unmissverständlich und durch klare Signale – wie etwa militärische Übungen und Verfahren – wissen lässt, dass man ihn nuklear bedroht, passiert genau das: Er fühlt sich bedroht und handelt entsprechend. Er baut seinerseits ebenfalls eine glaubwürdige Drohkulisse auf, indem er seine Fähigkeit und Bereitschaft zur nuklearen Eskalation demonstriert und durch regelmäßige Übungen zur Schau stellt. Das ist die Situation, die allgemein als das klassische Sicherheitsdilemma bezeichnet wird: Ein Staat ergreift Maßnahmen, um den eigenen Schutz zu verbessern, die aber vom Gegenüber als Bedrohung empfunden werden und ihn dazu bringen, selbst weiter aufzurüsten. In diesem Pingpong versuchen beide, ihre Sicherheit zu erhöhen, was aber letztlich zu ständig wachsenden Arsenalen gerade der Waffen führt, die man eigentlich gar nicht einsetzen wollte.

Bei allen Bedenken gegenüber diesen Widersprüchen mussten sich während des Kalten Krieges auch die Zweifler der Abschreckungslogik eingestehen, dass Kernwaffen einen mäßigenden Effekt auf die politischen Entscheider in Ost und West hatten. Zwar führten sowohl die Sowjetunion als auch die USA Kriege in ihren eigenen Hinterhöfen, sie verzichteten aber auf Gewaltanwendung gegeneinander, weil dies stets die Gefahr nuklearer Eskalation mit sich gebracht hätte. Bis heute bewegt sich das Konzept der nuklearen Abschreckung in diesem Spannungsfeld zwischen der Möglichkeit, große Kriege zu verhindern und den unermesslichen Gefahren, sollte die Abschreckung versagen. Atomare Abschreckung ist keineswegs so sicher, wie sie von ihren Unterstützern oft dargestellt wird, aber angesichts der bisherigen Erfahrung auch nicht so apokalyptisch, wie Kritiker immer wieder hervorheben. Stattdessen ist sie voll von Unwägbarkeiten, die ein breites Verständnis erschweren und sie in der Öffentlichkeit schwer vermittelbar machen. Darüber hinaus sind Kernwaffen Teil der weltpolitischen Realität und Abschreckung, so scheint es, alternativlos.

FASZINATION DES NUKLEAREN

Als Indien in den 1960er Jahren sein Atomwaffenprogramm begann, schwor der spätere pakistanische Premierminister Zulfikar Ali Bhutto in einer Pressekonferenz: „Wir werden Gras fressen und hungern, aber wir werden unsere eigenen Atomwaffen bauen.“[03] Das Regime in Nordkorea hat diese grimmige Ankündigung sogar in die Tat umgesetzt und reale Hungersnöte in Kauf ge-

03 Feroz Hassan Khan, Eating Grass: The Making of the Pakistani Bomb, Stanford 2012, S. 7.

nommen, um insbesondere sein Kernwaffenprogramm zu realisieren. Iran strebt seit vielen Jahren nach Kernwaffen und hat härteste Sanktionen sowie wirtschaftlichen Abstieg bis hin zu direkten Bombenangriffen durch die USA in Kauf genommen, ohne von seinen nuklearen Ambitionen abzuweichen.

Was ist also so Besonderes an Atomwaffen, dass Staaten solch hohe Lasten und Leiden in Kauf nehmen, um über sie zu verfügen? Nimmt man einmal alle regionalen Unterschiede heraus und konzentriert sich auf das Wesentliche, dann findet sich die Antwort in drei Schlagworten: Sicherheit, Status und Handlungsfreiheit.

Staaten streben nach Kernwaffen, weil sie dadurch ihre Sicherheit erhöhen wollen. Die nukleare Zerstörungskraft, so die Annahme, würde sich automatisch in militärische und daraus folgend auch in politische Macht übersetzen. Der neue Nuklearstaat wäre stärker als seine Nachbarn und Gegner, und niemand würde es wagen, ihn anzugreifen. Dies gilt wohl am ehesten für Staaten, die nicht Teil eines starken Bündnissystems sind und die sich, zu Recht oder zu Unrecht, einer besonderen Bedrohung ausgesetzt sehen, wie Pakistan gegenüber Indien, Indien gegenüber China oder China gegenüber den USA.

Den Wirklichkeits-Test hat das Argument der Sicherheit allerdings nicht immer bestanden. Pakistan und Indien haben Kriege gegeneinander geführt, obgleich beide über Kernwaffen verfügten. Selbst Afghanistan, wahrlich keine militärische Großmacht, hat Pakistan mehrfach angegriffen, ohne sich von dessen Atomwaffen beeindrucken zu lassen. Israel kann auf eine ganze Reihe von Aggressionen gegen sich zurückblicken, obwohl es bekanntermaßen über Atomwaffen verfügt.

Ein zweiter Grund, der Staaten nach Kernwaffen streben lässt, ist das Prestige, welches Atomstaaten in ihrer eigenen Wahrnehmung genießen. Man würde dann einem exklusiven Club angehören, der anfangs aus fünf Staaten bestand (USA, Sowjetunion, China, Frankreich, Großbritannien) und in den letzten Jahrzehnten um weitere vier Staaten (Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea) gewachsen ist. Indien hat immer wieder betont, wie ernst das Land etwa von den USA genommen würde, seitdem man über Nuklearwaffen verfügte. Auch für Frankreich war es in seinem Selbstverständnis als „Grande Nation" unvorstellbar, nicht mit den Insignien der nuklearen Macht ausgestattet zu sein.

Wirklich entscheidend ist aber das dritte Argument: dass Staaten durch den Kernwaffenbesitz einen größeren Handlungsspielraum gegenüber ihren nicht-nuklearen Nachbarn und Gegnern gewinnen würden. Die Fähigkeit zur nuklearen Vergeltung soll Nachbarn oder gegnerische Allianzen davon abhalten, militärisch zu intervenieren, um ein bestimmtes Verhalten zu erwirken. Auch steht die Möglichkeit im Raum, uneingeschränkt handeln und auch schwere Menschenrechtsverletzungen begehen zu können, ohne ein Eingreifen der Vereinten Nationen, eines stärkeren Staates oder einer militärischen Organisation befürchten zu müssen.

Im Falle des Ukraine-Krieges haben die russischen Kernwaffen und die entsprechenden Nukleardrohungen Moskaus einen Schutzschirm gebildet, unter dem Russland militärisch gegen seinen Nachbarn vorgehen konnte. Um diesen Punkt zu verdeutlichen, stelle man sich hypothetisch vor, Russland würde nicht über Atomwaffen verfügen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätten entweder die USA, die NATO oder eine Koalition der Willigen militärisch interveniert und Russland vermutlich klar besiegt. Ein Beispiel aus jüngster Vergangenheit zeigt diesen Zusammenhang noch einmal in besonderer Weise. Iran (Nicht-Nuklearstaat) wurde 2025 und 2026 von den USA und Israel mit massiven Bombenangriffen überzogen, während Nordkorea (Nuklearstaat) seit dem Koreakrieg nie wieder von den USA angegriffen wurde.

DILEMMATA DER ERWEITERTEN ABSCHRECKUNG

Ist die Logik der nuklearen Abschreckung schon in einem bilateralen System, in dem sich zwei Nuklearstaaten gegenüberstehen, widerspruchsvoll genug, so nimmt die Paradoxie-Schraube eine weitere Umdrehung, wenn es um den Nuklearschutz eines Atomwaffenstaates für seinen nicht-nuklearen Partner geht. Die USA haben von Anfang an ein Schutzversprechen für ihre europäischen und später auch asiatischen Verbündeten gegeben und erklärt, ihnen bei einem Angriff der Sowjetunion Hilfe leisten zu wollen. Amerika würde nicht nur mit seinen konventionellen, sondern auch mit seinen nuklearen Waffen für die Sicherheit der Partner einstehen. Die USA haben somit ihren eigenen nuklearen Schutzschirm auf das Gebiet der Verbündeten erweitert, die soge-

nannte erweiterte Abschreckung. An die sowjetische Führung richtete sich damit die Botschaft, dass sie auch dann mit nuklearer Vergeltung rechnen müsse, wenn sie „nur" einen amerikanischen Verbündeten angreifen würde. Ein rational agierender Kreml müsste entsprechend auf einen Angriff verzichten, und die Abschreckungsbotschaft hätte ihren Zweck erfüllt.

Für die USA hatte dieses Aufspannen des Atomschirms etwa über Westeuropa während des Kalten Krieges einen doppelten Vorteil. Zum einen schützte man seine Verbündeten und behielt die Kontrolle über ein Gebiet, das politisch, militärisch und wirtschaftlich von großer Bedeutung war. Zum anderen verhinderte man, dass Verbündete aus Furcht vor der sowjetischen Bedrohung ihre eigenen Kernwaffen entwickelten, um eine entsprechende Abschreckungsbotschaft an Moskau senden zu können. Hatte Washington die nuklearen Ambitionen Frankreichs und Großbritanniens noch unterstützt, da diese als die Siegermächte im Zweiten Weltkrieg galten und auch deshalb zu den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zählten, wollte man eine weitere Zunahme der Kernwaffenstaaten in jedem Fall verhindern. Mehr Atommächte hätte mehr nukleare Entscheider, mehr Gelegenheiten für Fehleinschätzungen oder Unfälle und damit für einen unbeabsichtigten Nuklearkrieg bedeutet.

Was auf den ersten Blick nachvollziehbar scheint, zeigt bei genauerem Hinschauen noch größere Widersprüche und Dilemmata. Denn bei der erweiterten Abschreckung stellt sich das Glaubwürdigkeitsproblem gleich in dreifacher Weise.

Wie glaubwürdig war es eigentlich, dass die USA etwa im Falle eines Angriffs auf die damalige Bundesrepublik Deutschland oder auf Norwegen eine Atomrakete in Richtung der Sowjetunion geschossen hätten – wohl wissend, dass dies zur sowjetischen nuklearen Vergeltung gegen amerikanisches Territorium hätte führen müssen? Wie wahrscheinlich war es, dass die amerikanische Regierung San Francisco oder Boston riskiert, um Bonn oder Oslo zu retten? Mehr noch, wie glaubwürdig war es, dass die europäischen Verbündeten an die Wirksamkeit des amerikanischen Atomschirms glaubten und sich auch ohne eigene Kernwaffen entsprechend sicher fühlten? Und drittens schließlich, wie wahrscheinlich war und ist es, dass Moskau an das amerikanische Versprechen für seine Bündnispartner glaubt und sich entsprechend abgeschreckt fühlt?

Diese drei Fragen zeigen, dass die nukleare Abschreckung geradezu zu einer Glaubensfrage wird, bei der es kaum mehr um Wissen geht. Klarheit hätte es nur in einem realen Krieg in Europa geben können, ein Szenario, dass die Europäer in jedem Fall verhindern wollten. Somit waren und sind die europäischen NATO-Mitglieder bis heute mit dem Zwiespalt konfrontiert, dass die von den USA bereitgestellte erweiterte nukleare Abschreckung einerseits Dreh- und Angelpunkt ihrer Sicherheit ist, andererseits aber immer das Element der Ungewissheit beinhaltet.

Der jeweilige Grad der Unsicherheit hing auch immer von den handelnden Personen ab. Schon Bundeskanzler Konrad Adenauer traute den Sicherheitszusagen von US-Präsident John F. Kennedy nicht über den Weg und sah sich in seiner Skepsis bestätigt, als die USA nicht willens waren, etwas gegen den Bau der Berliner Mauer im Jahr 1961 zu unternehmen. Ganz offensichtlich war Amerika doch nicht bereit, San Francisco zu riskieren, um Berlin zu retten. Helmut Schmidt hatte sich als Bundeskanzler mit dem US-Präsidenten Jimmy Carter überworfen, weil dieser anfangs nicht auf die sowjetische Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen ab Mitte der 1970er Jahre, den berühmten SS-20, in Europa reagieren wollte. In Schmidts Augen war den USA die erweiterte Abschreckung offenbar nicht wichtig genug, oder der „Erdnussfarmer aus Georgia"[04], wie Schmidt Carter abschätzig nannte, hätte das Problem schlicht nicht verstanden. Heute ist es das irrlichternde Agieren von Donald Trump, das die Europäer an den amerikanischen Schutzversprechen im Rahmen der NATO – ob nuklear oder konventionell – zweifeln lässt.[05]

Die USA waren sich der Zweifel ihrer Bündnispartner an der erweiterten Abschreckung von Anfang an bewusst. Um deren Befürchtungen zu mildern und um den Zusammenhalt der NATO zu wahren, wurden im Wesentlichen zwei politisch-militärische Maßnahmen ergriffen. Die ers-

04 R. Gerald Hughes, A Prickly Pair: Helmut Schmidt and Jimmy Carter, 26.4.2016, https://blog.oup.com/2016/04/helmut-schmidt-jimmy-carter/.

05 Vgl. Karl-Heinz Kamp, What if … die USA den Nuklearschirm über Europa aufkündigen?, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAP Policy Brief 4/2025, https://dgap.org/de/forschung/publikationen/what-if-die-usa-den-nuklearschirm-ueber-europa-aufkuendigen.

te beinhaltete die Stationierung von Kernwaffen auf dem Boden europäischer NATO-Staaten, wobei ein Teil dieser Waffen mit einem sogenannten Zweischlüssel-System ausgestattet wurde. Während die USA die Kontrolle über die Sprengköpfe behielten, wurden die Trägersysteme – wie Flugzeuge, Raketen oder Artilleriegeschütze – von den Verbündeten bereitgestellt. Im Konfliktfall würden beide „Schlüssel" zur Aktivierung einer einsatzfähigen Kernwaffe zusammengeführt.

Dieses System, das auch als „nukleare Teilhabe" bezeichnet wird, gilt bis heute für die auf deutschem Boden stationierten amerikanischen Atombomben. Sie würden im Einsatzfall von Piloten der Bundeswehr und mit deutschen Tornado-Flugzeugen (in Zukunft mit den von den USA gekauften F35-Bombern) ins Ziel geflogen. Allerdings steckt in diesem Verfahren auch viel Symbolik. Deutschland könnte im Extremfall den USA die Tornados für den Einsatz der Bomben verweigern, um deren Einsatz zu verhindern. Allerdings verfügen die USA über so viele Kernwaffen aller Arten, Stärken und Reichweiten, dass Washington einen Atomeinsatz zu jeder Zeit und gegen jedes denkbare Ziel befehlen kann, ohne von den Verbündeten abhängig zu sein.

Die zweite Maßnahme der USA zur Rückversicherung der NATO-Verbündeten firmiert unter dem Begriff „nukleare Mitsprache". Dies bedeutet nicht, dass die Verbündeten über einen Kernwaffeneinsatz mitentscheiden können. Eine solche Mitentscheidung oder ein europäisches Veto-Recht war nie eine Option, denn es würde die Abschreckung sogar schwächen. Ein Gegner könnte nämlich darauf spekulieren, dass man sich im Bündnis nicht einigt und er mit seinem Angriff ungestraft davonkommt. Stattdessen geht es darum, die Bedenken um Sicherheitsinteressen der Verbündeten ernst zu nehmen und sie in die amerikanischen Nuklearplanungen einzubeziehen. Diese Mitsprache existiert seit Mitte der 1960er Jahre und wird bis heute im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO praktiziert. In diesen NPG-Sitzungen, in denen alle Mitgliedstaaten stimmberechtigt sind – außer Frankreich, das sich gegen eine Teilnahme an der NPG entschieden hat –, informieren die USA ihre Verbündeten etwa über ihre nuklearen Zielplanungen und Einsatzgrundsätze. So viel Offenheit ist Washington anfangs nicht leichtgefallen, da solche Details in der Regel zu den am besten gehüteten Geheimnissen eines Nuklearstaats gehören. Auch haben die USA die Zusage gegeben, ihre NATO-Partner im Falle eines bevorstehenden Kernwaffeneinsatzes zu konsultieren. Allerdings steckt auch in diesem Zugeständnis ein Teil Symbolik, denn die USA haben die Konsultierung mit der Einschränkung versehen, dass „Zeit und Umstände" solche Vorab-Informationen erlauben müssen.

Der eher begrenzte Wert all dieser Rückversicherungsmaßnahmen ist mit dem Beginn der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps offensichtlich geworden. Trotz nuklearer Teilhabe und Mitsprache haben einige Äußerungen des Präsidenten, den weder die NATO noch die Abschreckungslogik zu interessieren scheint, dazu geführt, dass die Frage „Boston für Berlin?" wieder ganz oben auf der politischen Agenda steht.

Zeit also, sich erneut mit der Strategie der nuklearen Abschreckung zu befassen und sie den neuen Realitäten eines feindlichen Russlands, eines Vertrauensverlusts in die USA und eines atemberaubenden technischen Fortschritts anzupassen.

KARL-HEINZ KAMP
ist Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. (DGAP) in Berlin und war bis 2019 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS).

ESSAY

STÖRFAKTOR MENSCH

Kritische Anmerkungen zur Abschreckungslogik

Olaf L. Müller

If our little boy is beset by bullies,
we may teach him how to box,
but we do not give him
a razor to carry[01]

Im Streit über die atomare Abschreckung stehen sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber: auf der einen Seite die kühlen, rationalen Anhänger eines Abschreckungssystems, wie es sich im Kalten Krieg (1947–1989) herausgebildet hatte. Ihnen zufolge hat die atomare Abschreckung jahrzehntelang gut funktioniert, einen heißen Krieg zwischen dem kommunistischen Ostblock und dem freien Westen verhindert, ja wegen des kostspieligen Wettrüstens vielleicht sogar den Zusammenbruch des totalitären Sowjetimperiums herbeigeführt. Und dieselbe Abschreckung sei, so die Idee der Vertreter dieses Lagers weiter, auch heute das Mittel der Wahl.

Auf der anderen Seite stehen die Mahner: Sie sagen, dass die damalige atomare Abschreckung ein Spiel mit dem Feuer gewesen sei; dass die Gefahr einer Auslöschung der menschlichen Zivilisation durch einen Atomkrieg weiterhin nicht vernachlässigt werden dürfe, denn sie steige seit einigen Jahren wieder an. Und dass es trotz oder gerade wegen der amerikanischen Unzuverlässigkeit im NATO-Bündnis das Beste für Deutschland und Europa sei, sicherheitshalber vollständig auf atomare Abschreckung zu verzichten.

Zwischen diesen beiden Lagern findet sich wohl die Mehrheit der Zeitgenossen, die von dem Thema am liebsten gar nichts hören will. Und in der Tat ist es psychologisch nur zu verständlich, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, dass die Menschheit seit geraumer Zeit über technisch avancierte Mittel ihrer Selbstvernichtung verfügt, die anscheinend von einer überaus raffinierten, paradox anmutenden Logik in Schach gehalten werden. Eine derartige Haltung können wir uns jedoch spätestens seit der „Zeitenwende“ nicht mehr erlauben. Für die Sicherheit der nächsten Jahre müssen wir Entscheidungen von größter Tragweite treffen, und es stünde unseren Gemeinwesen gut zu Gesichte, wenn wir uns nach einer breit geführten Debatte wohlinformiert über die anstehenden Änderungen unserer Atomstrategie verständigten. Zu dieser – sich vielleicht doch noch entfaltenden – Debatte möchte ich einen gewagten Beitrag leisten. Meine hoffnungsfrohe und zugleich besorgte Botschaft lautet: Die Atomwaffen können und müssen weg.

DIE SPIELTHEORETISCHE VORHÖLLE

Wenden wir zunächst den Blick auf den pessimistischen Teil meiner Botschaft, den ich durch Rückblick auf historische Tatsachen ausführlich untermauern möchte.

Es hat in Nordamerika während des Kalten Kriegs eine eingeschworene Gemeinschaft hochversierter Wissenschaftler gegeben, die das amerikanische Denken zur Atomstrategie mit modernsten mathematischen Mitteln unterfüttert haben.[02] Ihr Einfluss auf die US-Nukleardoktrin war immens, und da diese Doktrin bis heute das Denken über Abschreckung beherrscht, lohnt sich ein kurzer Blick auf die Rationalität jener Mathematik.

Laut der damals boomenden Spieltheorie, die mit der ökonomischen Theorie der rationalen Entscheidung und dem Konzept des homo oeconomicus operiert, stehen sich im nuklearen Abschreckungssystem zwei rationale Akteure gegenüber, ganz wie in einem Spiel mit wohldefinierten Gewinnen beziehungsweise Verlusten als Folge sämtlicher Spielentscheidungen. Die Spieler maximieren unter Risiko ihr jeweiliges Eigeninteresse und gehen dabei davon aus, dass die Gegenseite genau derselben eigeninteressierten Rationalität folgt.

Im Lichte bestimmter Zusatzannahmen lässt sich dann ermitteln, welche Optionen für Nuklearschläge eine Atomsupermacht haben sollte, um die andere Atomsupermacht davon abzuhalten, einen nuklearen Erstschlag oder auch nur einen konventionellen Angriff zu wagen. Und man kann analysieren, unter welchen Bedingungen ein System zweier Atomsupermächte stabil ist, es also für keine der beiden Seiten rational ist, als erstes loszuschlagen.

Wenn jeder gleichermaßen imstande ist, den Gegner in einem ersten Angriff so umfassend zu zerstören, dass ihm keine militärischen Möglichkeiten zu einem Gegenangriff bleiben, dann ist das System instabil. In einer solchen Situation gewinnt derjenige, der als erster angreift, und so wäre es irrational, nicht anzugreifen und stattdessen zu riskieren, selber zum Opfer massiver Zerstörung zu werden. Das war die Situation in den 1950er Jahren, nachdem die Sowjets den Amerikanern im Wettrüsten mit Nuklearwaffen größter Sprengkraft nah genug auf die Fersen gekommen waren.

In dieser Lage haben die spieltheoretischen Stichwortgeber den Nuklearstrategen empfohlen, eine Zweitschlagkapazität aufzubauen: das heißt so viele Atomwaffen anzuschaffen, dass sie nach einem ersten massiven Angriff der Gegenseite immer noch genug Atomwaffen übrig hätten, um ihr nicht minder massive Schäden zufügen zu können. „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter", so das geflügelte Wort, mit dem damals eine solche Rationalität auf den Punkt gebracht wurde.

Nachdem man bei dieser Theorie der massiven Vergeltung angelangt war, wurde die Nukleardoktrin immer weiter verfeinert. Ich brauche auf die Einzelheiten – flexible Reaktion, Eskalationsdominanz, strategische Vagheit und so weiter – nicht einzugehen, treffen die Einwände gegen die skizzierte Abschreckungslogik doch bereits ihr Fundament.

Denn während sie auf starken Annahmen über die Rationalität der Entscheider beruht, hat sich recht eindeutig aus der empirischen Erforschung zum tatsächlichen Verhalten von Akteuren unter Risiko ergeben, dass diese Annahmen realitätsferne Idealisierungen sind. Echte Menschen aus Fleisch und Blut verhalten sich in realen Entscheidungssituationen ganz allgemein nicht so, wie jene Theorie erwartet.

Nun könnte man die Aussagekraft solcher Untersuchungen gerade für die Abschreckungslogik anzweifeln und die optimistische These einer erzieherischen Wirkung der Atomwaffengefahr aufstellen: Wer in der sehr speziellen Lage stecke, über ein Atomarsenal zu verfügen, wer also weltvernichtende Nuklearschläge auslösen könne, der erlerne und verinnerliche unter größtem Druck eine höhere Stufe an Rationalität, als sie außerhalb der Schaltzentren nuklearer Macht üblich ist. Kurz, wem die Entscheidung über das Schicksal der Menschheit obliegt, der wird doch wohl theoriegerecht mit seiner Verantwortung umgehen!

DIE SPIELER

Die beruhigende Überlegung vom Ende des vorigen Abschnitts ist abstrakt. Sie verliert an Überzeugungskraft, sobald wir den Blick auf die konkreten Menschen richten, die zeitgleich in Moskau und Washington de facto über Atomwaffen gebieten oder geboten haben.

Blicken wir zunächst kurz auf die beiden derzeitigen Präsidenten im Weißen Haus und im Kreml, also die Personen, von denen gegenwärtig das Wohl und Wehe der Menschheit abhängt. Während sich der eine hochgradig unberechenbar verhält, fragt man sich beim anderen, ob er völlig von Sinnen ist oder einem eiskalten rationalen Kalkül folgt, um seine amoralischen, mörderischen Ziele zu erreichen.

Insgesamt wird man bezweifeln dürfen, ob im Fall der Fälle das Wechselspiel zwischen diesen beiden überaus eigenen Charakteren wirklich diejenigen rationalen Muster aufweisen wird, die von den Abschreckungslogikern ersonnen worden sind.

Nichtsdestoweniger müssen wir das endgültige Urteil über Putin und Trump den künftigen Historikern überlassen. Erst wenn die Archive geöffnet werden, dürfte sich mit hinreichend guten Gründen ermitteln lassen, welche Handlungsdispositionen, welche Mischungen aus Rationalität und Irrationalität ihr tatsächliches wie hypothetisches Tun definiert haben und wozu sie in ganz bestimmten brenzligen Situationen fähig waren oder gewesen wären.

Selbst aus dieser abgeklärten Sicht freilich, gleichsam von oben, können wir keine Beruhigung

01 Norbert Wiener, The Armed Forces Are not Fit Almoners for Research, in: Bulletin of the Atomic Scientists 8/1947, S. 228.
02 Vgl. hier und im Folgenden Paul Erickson et al., How Reason Almost Lost Its Mind, Chicago 2013.

unserer Sorgen ziehen. Es bleibt dabei, dass es extrem gefährlich ist, solchen Leuten ein atomares Abschreckungssystem anzuvertrauen, das im Falle eines Fehlers unser aller Ende bedeuten könnte.

Um diesen Gesichtspunkt zu verstärken, möchte ich das Scheinwerferlicht auf zwei amerikanisch-sowjetische Duos aus den Geschichtsbüchern werfen und dabei zunächst ins gefährlichste Jahr des Kalten Kriegs (1983) und anschließend zur Kubakrise (1962) zurückgehen.

Beginnen wir mit Juri Andropow, dem Staatsoberhaupt der Sowjetunion vom Juni 1983 bis zu seinem Tod am 9. Februar 1984. Wie sich – erst Jahrzehnte nach seinem Tod – bei der Öffnung der Archive herausstellte, war er während seiner Amtszeit fest davon überzeugt, dass sein Gegenspieler Ronald Reagan (US-Präsident von 1981–1989) in nächster Zeit einen umfassenden Atomangriff ins Werk setzen werde.[03]

Kaum ein Mensch im Westen wäre im Traum auf die Idee gekommen, dass der Machthaber im Kreml tatsächlich einer dermaßen verrückten Fehleinschätzung unterliegen könnte. Andropows Vorstellungen lagen so weit außerhalb der Rationalitätsannahmen der Abschreckungslogik, dass all ihre durchkalkulierten Szenarien de facto obsolet waren – was fast keinem im Westen bewusst war.

Diese Konstellation war nicht nur extrem gefährlich und hätte – infolge eines sowjetischen Fehlalarms in der Nacht vom 26. auf den 27. September 1983 – beinahe zur Apokalypse geführt.[04] Mehr noch, sie offenbarte einen Fehler im Abschreckungsdenken des Westens: Die Sowjets operierten nicht in spieltheoretischen Szenarien. Sie hatten zwar exzellente Mathematiker, denen es aber nicht erlaubt war, an den Diskussionen über die Modelle der westlichen Spieltheorie teilzunehmen; die wurden wegen ihrer Verbindungen zur Idee des homo oeconomicus als bösartiger Irrweg des Erzfeindes wahrgenommen, waren also tabu.[05]

Das bedeutet: Die westliche Theorie der atomaren Abschreckung passte, wenn überhaupt, nur auf westliche Akteure; sie hätte also im besten Fall lediglich den Konflikt zwischen zwei westlichen Atommächten leiten können.

Aus alledem ergeben sich Zweifel daran, dass wir die heutigen atomaren Gegenspieler des Westens mit den Mitteln unserer Abschreckungslogik korrekt einzuschätzen vermögen. Vermutlich verstehen wir Putin nicht besser, als wir damals Andropow verstanden haben – von einem Kim Jong-un und einem Xi Jinping ganz zu schweigen. Wir müssen mit den bizzarsten Abweichungen von unseren Rationalitätsannahmen rechnen.

Auch die Oberbefehlshaber der US-Atommacht haben immer wieder schockierende Fehleinschätzungen an den Tag gelegt. Reagan beispielsweise war nach einem Jahr im Amt tatsächlich der Ansicht, dass man einmal abgefeuerte Interkontinentalraketen wieder zurückrufen könne.[06] Ihm war nicht klar, dass deren Abschuss auf den unumkehrbaren Weg in den apokalyptischen Abgrund hinauslief.

Selbst wenn die Oberbefehlshaber sehr genau informiert sind, bleiben die Risiken enorm. So hätte John F. Kennedy, der brillante junge Mann im Weißen Haus (1961–1963), wegen seiner Intelligenz geradezu ein Muster-Akteur für die Spieltheoretiker sein müssen. Doch ausgerechnet während seiner Amtszeit stand die menschliche Zivilisation kurz vor ihrer Auslöschung. Und zwar war sein Gegenspieler, Nikita Chruschtschow, das unüberlegte Risiko eingegangen, in aller Heimlichkeit atomare Mittelstreckenraketen auf Kuba zu stationieren.

Im Laufe der jäh eskalierenden Kubakrise wurden zahlreiche Fehler gemacht, die im Falle unwesentlich anderer zufälliger Umstände jeder für sich in den Atomkrieg hätten führen können.[07] Robert Kennedy, der Bruder des Präsidenten, konnte die Kubakrise als Kabinettsmitglied mitverfolgen; er schätzte im Nachhinein die Gesamtwahrscheinlichkeit für einen nuklearen Schlagabtausch auf fifty-fifty.

ZUR WIRKSAMKEIT DER ATOMAREN ABSCHRECKUNG

Typischerweise reagieren Anhänger der atomaren Abschreckung nicht beunruhigt auf die hier angeführten Tatsachen. Da es weder in den Jahren

03 Vgl. Georg Schild, 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, Paderborn 2013, S. 166.
04 Vgl. Olaf Müller, Atomkrieg. Eine Warnung, Stuttgart 2025, S. 49–54.
05 Vgl. Erickson et al. (Anm. 2), S. 17–21.
06 Beleg bei Annie Jacobsen, Nuclear War. A Scenario, New York 2024, S. 66.
07 Für die Einzelheiten siehe Serhii Plokhy, Nuclear Folly. A History of the Cuban Missile Crisis, New York 2021 sowie Müller (Anm. 4), S. 38–41.

des Kalten Kriegs noch danach zum Atomkrieg gekommen ist, sehen sie die Wirksamkeit der Abschreckung bestätigt, auf die wir uns auch weiterhin verlassen dürfen.

Hier haben wir es mit einer Kausalbehauptung zu tun. Stimmt sie? Behauptungen über kausale Verhältnisse lassen sich nicht schnurstracks aus Beobachtungen des tatsächlichen Geschehens ableiten. Wo Ursache und Wirkung walten sollen, muss ein innerer Nexus zwischen beiden Faktoren vorliegen, der bestenfalls in Form eines Wirkmechanismus, zumindest aber in Form statistisch belastbarer Zusammenhänge nachzuweisen ist.

Weil wir bei atomarer Abschreckung schwerlich auf ersteres hoffen dürfen, müssen wir mit statistischen Schätzungen vorliebnehmen. Welche Hürden eine solche Statistik passieren muss, bevor wir eine Kausalbehauptung aufzustellen vermögen, ist keine Frage wissenschaftlicher Objektivität; es hängt auch davon ab, wieviel auf dem Spiel steht. Hiermit kommt eine weitere Dimension dessen aufs Tapet, was in der These von der Wirksamkeit der atomaren Abschreckung mitschwingt: Diese Abschreckung hat, so die normativ-wertende Dimension der These, ein gravierendes Übel verhindert, nämlich einen militärischen Angriff – und sie leistete dies ohne allzu großes Risiko katastrophaler Nebenwirkungen.

Schauen wir einmal auf die Zahlen: In den 14682 Tagen zwischen dem Beginn der sowjetischen Nuklearbewaffnung am 29. August 1949 und dem Fall der Mauer am 9. November 1989 gab es mindestens 14 Tage, in denen das Überleben der Menschheit auf Messers Schneide stand – dreizehn Tage während der Kubakrise 1962 und mindestens während einer Nacht beim sowjetischen Fehlalarm im gefährlichsten Jahr des Kalten Krieges 1983.[08]

Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass an einem beliebigen Tag eine zivilisationsbedrohende Krise ausbricht, lag also im Kalten Krieg bei eins zu tausend. Wenn wir in einen neuen Kalten Krieg mit Russland eintreten, so könnte das tageweise Risiko dafür auf lange Sicht wieder in dieser Größenordnung liegen. Kann man bei einer solchen Wahrscheinlichkeit redlicherweise von einem geringen Risiko katastrophaler Nebenwirkungen sprechen? Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, sollten wir uns mit der Größenordnung der ermittelten Wahrscheinlichkeit nicht abfinden, wie ich meine.

EIN TABU, THATCHER, DIE FALKLAND-INSELN UND DIE BOMBE

Der bisherige Gedankengang betraf die Konfrontation zwischen zwei Atomsupermächten. Was wäre im Fall eines Konfliktes zwischen einer Atommacht und einem Staat, der sich nur konventionell verteidigen kann? Unter spieltheoretischer Betrachtung sieht das Bild für den atomaren Habenichts düster aus – es sei denn, er hätte eine verbündete Atommacht auf seiner Seite. Sonst muss er sich so gut wie jedem Erpressungsversuch durch die Atommacht beugen.

Es ist genau dieses Szenario, das die Anhänger einer europäischen Atomaufrüstung vor Augen haben und dessen Bearbeitung ihnen überaus dringlich erscheint, weil sie fürchten, dass die Amerikaner den atomaren Schutzschirm für Europa zuklappen könnten.

Nun gibt es derzeit neun Atommächte und knapp zweihundert Habenichtse. Wäre die spieltheoretische Analyse korrekt, so hätte es derartige Erpressungen längst geben müssen. Stattdessen hat sich nach Hiroshima und Nagasaki keine Atommacht mehr getraut, Atomwaffen militärisch einzusetzen.

Diese Tatsache ist einigermaßen verblüffend. Weil sie so verblüffend ist, hat einer der führenden Protagonisten der spieltheoretischen Analyse, Thomas Schelling, 2005 konsterniert festgestellt, dass sich während der Jahre des Kalten Krieges in den elaborierten rationalen Strategien für Atomwaffeneinsatz ein theoriewidriger Fremdkörper herausgebildet hat: ein Tabu über jedweden militärischen Einsatz von Atomwaffen.[09] Wie er darlegt, ist ein solches Tabu alles andere als selbstverständlich.

Das Tabu steht auf tönernen Füßen. Um das aufzuzeigen, springe ich ins Jahr 1982 zurück. 400 Kilometer östlich von Feuerland liegen im Atlan-

08 Über die Dauer der Kubakrise kann man streiten; ich orientiere mich an Bernd Greiner, Kuba-Krise. 13 Tage im Oktober. Analyse, Dokumente, Zeitzeugen, Nördlingen 1988.

09 Vgl. Thomas Schelling, An Astonishing Sixty Years. The Legacy of Hiroshima, Nobelpreis-Rede vom 8.12.2005, www.nobelprize.org/prizes/economic-sciences/2005/schelling/lecture.

tik die Falklandinseln, eine unbedeutende Inselgruppe nahe der Südspitze Südamerikas, die unter britischer Herrschaft steht. Nachdem argentinische Truppen die Inseln Anfang April 1982 überfallen hatten, setzten die Briten unverzüglich ihre Flotte in Marsch.

Wie sich Anfang der 2000er Jahre herausstellen sollte, waren einige dieser Kriegsschiffe mit Atomwaffen ausgerüstet. Nach einem Streit zwischen Außen- und Verteidigungsministerium hatte sich Großbritannien dagegen entschieden, die routinemäßig an Bord der Kriegsschiffe befindlichen Atomwaffen vor der Fahrt nach Übersee in einem zeitraubenden Prozess auszuladen; so kam es, dass Margaret Thatcher, die damalige Premierministerin, ihre Navy mit Dutzenden Atomwaffen an Bord schnurstracks ins Gebiet der Auseinandersetzung schickte.[10] Offenbar war der Befehl ergangen, sie nicht einzusetzen, aber vollständig vorhersehbar und aus der Ferne kontrollierbar war die Situation sicher nicht.

Der Krieg wurde mit konventionellen Mitteln ausgefochten, und es war klar, dass die Briten siegen würden. Aber sie hatten Schwierigkeiten. So wurde am 4. Mai 1982 die britische Sheffield von einem argentinischen Anti-Ship Missile getroffen; sie lief wenige Tage später auf Grund. Der Treffer ging auf das Konto einer damals hochmodernen Exocet-Rakete, die französischen Waffenlieferungen an Argentinien entstammte. Als sie davon erfuhr, sah Thatcher rot.

Und zwar soll sie in einem Telefonat mit dem französischen Präsidenten François Mitterand gedroht haben, im Falle weiterer versenkter Kriegsschiffe zum Atomschlag auf Argentinien auszuholen.[11] So jedenfalls gab Mitterrands Psychoanalytiker Ali Magoudi unter Eid ein Gespräch mit seinem Patienten wieder. Demzufolge soll sie von ihrem französischen Gegenpart die Preisgabe der Geheim-Codes verlangt haben, mit deren Hilfe ihre Truppen die französischen Raketen hätten unwirksam machen können.

Ob der Psychoanalytiker mit seiner Gesprächswiedergabe Recht hat, ist umstritten.[12] Und ob es im Fall der Fälle zum ärgsten gekommen wäre, wird von den meisten Experten bezweifelt. Vermutlich hätte Thatcher sich rechtzeitig eines Besseren besonnen, oder jemand hätte eingegriffen. Und doch bleibt die beunruhigende Tatsache bestehen, dass seinerzeit die reale Möglichkeit eines Atomschlags im Raum stehen konnte. Sie war nicht am wahrscheinlichsten, aber sie war da.

Wäre es dazu gekommen, so hätte dies keinen Weltuntergang, wohl aber das Ende des Tabus nach sich gezogen, das jahrzehntelang über jedwedem kriegerischen Atomwaffeneinsatz schwebte. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wäre ein atomarer Angriff auf Buenos Aires nicht die letzte Atombombenexplosion gewesen, mit der sich die Menschheit im Krieg konfrontiert gesehen hätte. Wir hätten unwiederbringlich das Zeitalter der Atomkriege, im Plural, betreten. Und genau das hätte auf lange Sicht die Wahrscheinlichkeit der Atom-Apokalypse erhöht.

Das Gesagte ist nicht allein von historischem Interesse. Wie wir heute wissen, hat Russland im Herbst 2022 recht konkrete Pläne für taktische Atomschläge auf dem ukrainischen Schlachtfeld entworfen. Einmal mehr stand die Menschheit vor dem Ende jenes so wertvollen Tabus.

AUSBLICK

Als die US-Geheimdienste von den zuletzt erwähnten russischen Planungen erfuhren, wich die amerikanische Regierung auf bemerkenswerte Weise von eben jenem atomaren Abschreckungsdenken ab, das den Kalten Krieg einst gekennzeichnet hatte. Sie drohte mit empfindlichen konventionellen – nicht-nuklearen – Vergeltungsschlägen gegen die Zentren der russischen Militärmacht. Dies konnte sie sich deshalb erlauben, weil ihre präzise Luftaufklärung und die Treffgenauigkeit ihrer Geschosse es anders als früher überflüssig machten, in einem größeren Radius so gigantische Verheerungen anzurichten, wie es Atomwaffen vermögen. Je genauer die Treffer,

10 Vgl. Richard Norton-Taylor, UK Deployed 31 Nuclear Weapons During Falklands War, Declassified UK, 3.1.2022, https://declassifieduk.org/uk-deployed-31-nuclear-weapons-during-falklands-war.

11 Siehe dazu und zum Folgenden Ali Magoudi, Mitterand auf der Couch. Ein psychoanalytisches Rendevouz mit dem französischen Staatspräsidenten, Gießen 2007, S. 39–41.

12 Zu Magoudis Schwur gegenüber seiner Verlegerin Meren Sell vgl. Jon Henley, Thatcher „threatened to nuke Argentina", 22.11.2005, www.theguardian.com/world/2005/nov/22/books.france.

desto weniger Sprengkraft braucht man zur Zerstörung des anvisierten Ziels.

So gesehen sind Atomwaffen infolge des technischen Fortschritts möglicherweise in Zukunft nicht mehr nötig. Der Westen hatte sie im Kalten Krieg unter anderem in Stellung gebracht, weil er sich außerstande sah, einem Einmarsch des Sowjetblocks in NATO-Länder konventionell die Stirn zu bieten.

Doch was ein konventioneller Territorialkrieg bedeutet, hat sich in jüngster Zeit stark verändert. Die Front in der Ukraine ist infolge der Innovationen der Drohnentechnik längst zum gläsernen Schlachtfeld geworden, und man kann sie nur noch unter größten Verlusten verschieben. Nach aktuellen Schätzungen müssen die Angreifer zehnmal so stark sein wie die Frontverteidiger, um vorrücken zu können.[13] Im Vergleich zur überholten Waffentechnik früherer Jahre hat sich dieser Faktor neuerdings verdreifacht – die Verteidiger haben also heute weit bessere Karten als noch vor wenigen Jahren.

Das bedeutet: Wer sich fortan gegen einen konventionellen Überfall zu wappnen wünscht, braucht lediglich die Fähigkeit, rasch ein gläsernes Schlachtfeld aufzubauen. Wenn man – um auf das genannte Beispiel zurückzukommen – bedenkt, dass Russland ökonomisch so stark ist wie Spanien, sollte die EU alleine imstande sein, diese Fähigkeit aufzubauen. Auch ohne eigene Atomwaffen und ohne jede Hilfe vom Großen Bruder aus Übersee ist es möglich, einem rationalen Aggressor klarzumachen, dass eine militärische Annexion von NATO-Territorium rational keine Aussicht auf Erfolg hätte.

Was aber, wenn sich Putin auf irrationale Weise verkalkuliert? Hundertprozentige Sicherheit davor gibt es nicht. Nur: Wenn er sich angesichts einer atomaren Aufrüstung Europas auf irrationale Weise verkalkulieren würde, dann hätte das weit katastrophalere Konsequenzen für unseren Kontinent.

Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa (SACEUR), Alexus Grynkewich, hat kürzlich eine Theorie des Sieges der NATO über Russland vorgestellt, die nuklearstrategisch in eine ähnliche Richtung weist wie die hier angestellten Überlegungen.[14] Er hält die NATO für so stark, dass sie auf einen konventionellen Angriff Russlands nicht in die atomare Eskalation gehen muss, anders als im Kalten Krieg; damit verzichtet die NATO zum ersten Mal in ihrer Geschichte auf den Ersteinsatz von Atomwaffen in Europa. Mehr noch, auch auf Nuklearschläge aus Russland soll es seitens der NATO keinen Aufstieg in der Eskalationsspirale geben. Das sind gute Nachrichten.

Atomwaffen sind ein Auslaufmodell und gehören auf den Müllhaufen der Geschichte. Nicht nur müssen wir das Tabu gegen ihren Einsatz mit aller Macht hochhalten, wir müssen es zu einem Tabu gegen ihren Besitz ausbauen.

OLAF L. MÜLLER
ist Professor für Wissenschaftstheorie an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2025 erschien bei Reclam sein Essay „Atomkrieg. Eine Warnung".

13 Die neuen Schätzungen beruhen auf der Tatsache, dass derzeit an der gläsernen Front durchschnittlich neun von zehn russische Soldaten bei einem Angriff auf die Linien der Ukrainer ausgeschaltet werden. Vgl. dazu Konrad Schuller, Ausharren in der Todeszone, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 20.4.2026, S. 3.

14 Vgl. Thomas Gutschker, Die „Theorie des Sieges" für die NATO, in: FAZ, 14.10.2026, S. 2.

APuZ zum Hören
bpb.de/apuz-podcast

Im Podcast nehmen wir Sie einmal im Monat mit zu unseren Expertinnen und Experten. Viel Hintergrundwissen kompakt in 30 Minuten.

Auf bpb.de und überall, wo es Podcasts gibt.

DAS DRITTE NUKLEARZEITALTER UND DIE GLOBALE ORDNUNG

Zu Status und Verbreitung von Atomwaffen im 21. Jahrhundert

Frank Sauer

Das internationale Staatensystem ist gegenwärtig von drei Entwicklungen gekennzeichnet.[01] Erstens sind die Ausübung militärischer Macht sowie die Androhung und Anwendung von Gewalt häufiger geworden – bewaffnete zwischenstaatliche Konflikte haben an Zahl und Dauer im letzten Jahrzehnt zugenommen.[02] Im Zuge dessen wird in das System der Vereinten Nationen sowie in diplomatische Konfliktregulierungsmechanismen und Rüstungskontrolle kaum noch politisches Kapital investiert, weshalb diese Institutionen an Bedeutung verlieren. Zweitens agieren inzwischen drei Nuklearmächte und ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats – China, Russland und die USA – offensiv revisionistisch. Sie fordern den Status quo sowohl regional in ihrer Peripherie als auch global heraus. Drittens nähert sich die liberale, regelgeleitete Weltordnung insgesamt in ihrer gewohnten Form dem Ende – primär, weil die Gründungs- und Schutzmacht dieser Ordnung, die USA, mit der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump selbst offen revisionistisch und illiberal agieren. Auf international angestrebte Standards, Normen und Regeln, aber auch auf Bündnisse wie die NATO, ist kein Verlass mehr.

Es überrascht nicht, dass in jüngerer Zeit wieder publikumswirksame Filme über Nuklearwaffen erscheinen. Mit Kathryn Bigelows „A House of Dynamite“ (2025) haben Millionen Menschen auf Netflix (wieder-)entdeckt, dass die Menschheit nach wie vor in einer Ära lebt, in der sie sich als Spezies gänzlich selbst auslöschen könnte.[03] Christopher Nolan wiederum erinnerte uns mit „Oppenheimer“ (2023) im Kino daran, wie eben dieses Nuklearzeitalter 1945 begann.

Der Grund für die wiedererstarkte popkulturelle Präsenz der Bombe ist, dass Nuklearwaffen nach drei Jahrzehnten vergleichsweise geringer Prominenz nun wieder vermehrt als Instrumente aggressiver Machtpolitik in Erscheinung treten. Putin droht allen mit Nuklearschlägen, die sich seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine in den Weg stellen. Donald Trump verkündet, dass „eine ganze Zivilisation heute Nacht sterben“[04] werde, wenn Iran sich seinem Willen nicht endlich beuge. China rüstet nach Jahrzehnten der Zurückhaltung im Eiltempo nuklear auf. Indien und Pakistan stehen sich nuklear bewaffnet unmittelbar gegenüber und führen weiterhin regelmäßig konventionelle Kriege gegeneinander. Nordkorea zeigt stolz Nuklearraketen interkontinentaler Reichweite auf seiner jährlichen Parade in Pjöngjang. Israels Arsenal prägt sämtliche Kalküle im unruhigen Nahen Osten stets im Hintergrund mit. Großbritannien und Frankreich rüsten ebenfalls auf und arbeiten daran, ihre Dispositive in einen breiteren sicherheitspolitischen Kontext in Europa zu rücken, in dem die Trump-Administration ein Abschreckungs-Vakuum hinterlassen hat.

Die in den 1990er Jahren aufgekeimte und in den 2000er Jahren verfolgte Hoffnung auf nukleare Abrüstung und die „globale Null“ ist längst verflogen. Nuklearwaffen behalten bis auf Weiteres auch im 21. Jahrhundert ihren Status als „absolute Waffen“[05] und ultimatives Machtmittel. Der Wissenschaftler Ankit Panda bezeichnete dementsprechend jüngst das aktuell entstehende Gefüge als neues, drittes Nuklearzeitalter – gefährlicher und komplexer als die bipolare Konfrontation des Kalten Krieges und weniger hoffnungsvoll als die Ära danach, gekennzeichnet von wiederkehrender Großmachtpolitik bei gleichzeitigem rasantem technologischem Wandel.[06]

Um die Charakteristika dieses dritten Nuklearzeitalters besser zu verstehen, müssen zunächst

die Veränderungen in den Arsenalen der Nuklearwaffenstaaten beleuchtet werden. Daraufhin gilt es, einen Blick auf die Krise der nuklearen Rüstungskontrolle zu werfen, um sich anschließend die Implikationen für die Praxis der nuklearen Abschreckung vor Augen zu führen.

TREND ZU MEHR NUKLEARWAFFEN

1986 erreichte der weltweite Nuklearwaffenbestand mit schätzungsweise 70 300 Nuklearsprengköpfen seinen Höchststand. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts begann in den 1990er Jahren ein drastisches Schrumpfen der weltweiten Arsenale. Anfang 2026 waren es nach Schätzungen der Federation of American Scientists noch etwa 12 200 – ein Rückgang um mehr als 80 Prozent.[07]

Doch dieser Abrüstungstrend bricht.[08] Seit einigen Jahren stehen alle Zeichen wieder auf Aufrüstung. Die Gesamtzahl sinkt aktuell nur noch, weil die USA und Russland ältere, aus den aktiven Arsenalen ausgemusterte Sprengköpfe zerlegen. Gleichzeitig wächst inzwischen der militärisch nutzbare Bestand weltweit. Alle insgesamt neun Atommächte – also die fünf laut dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) als offiziell deklarierten Atommächte Russland, USA, China, Frankreich und Großbritannien sowie die inoffiziellen Nuklearwaffenstaaten Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea – modernisieren Trägersysteme, Sprengköpfe und Produktionsanlagen und weiten ihre Bestände aus. Zugespitzt formuliert: Die Demontage zehrt nur noch den Schrottplatz des Kalten Krieges auf, während die aktiven Arsenale wieder wachsen.

Nuklearwaffen zu zählen ist eine Wissenschaft für sich. Es gilt zu unterscheiden zwischen strategischen und nicht-strategischen Sprengköpfen. Außerdem: Welche Sprengköpfe sind bereits ausgemustert, aber noch nicht demontiert? Welche sind wiederum Teil des aktiven Arsenals, aber nicht mit Trägersystemen verbunden? Es greifen zudem verschiedene Zählregeln, abhängig von der Art des Trägersystems, also etwa Bomber oder Interkontinentalrakete.

Mit rund 5420 Sprengköpfen verfügt Russland auch 2026 weiterhin über das größte Arsenal, die USA über 5042. Betrachtet man nur die militärisch relevanten Aktivbestände, die *deployed warheads*, sind es etwa 1796 beziehungsweise 1770. Zusammen halten diese beiden Staaten damit 83 Prozent aller Nuklearwaffen. Mit dem Wegfall der bilateralen Rüstungskontrolle und damit der vertraglich festgelegten Obergrenzen hegt nun nichts mehr ein neues nukleares Wettrüsten zwischen den USA und Russland ein.

Diese Aufrüstung wird sich zumindest in naher Zukunft noch nicht durch aufwachsende Gesamtarsenale in den USA und Russland manifestieren, weil für die Gefechtskopfproduktion in größerem Umfang in beiden Ländern aktuell die industrielle Infrastruktur fehlt. Durch *Uploading* aber lassen sich die aktiven, unmittelbar einsetzbaren Arsenale vergrößern. Uploading bezeichnet die Möglichkeit, vorhandene Träger mit zusätzlichen Sprengköpfen zu bestücken oder bislang ungenutzte Startvorrichtungen wieder zu aktivieren. Viele Interkontinental- und U-Boot-gestützte Raketen können nämlich mehrere unabhängig voneinander, auf verschiedene Ziele ausrichtbare Gefechtsköpfe tragen, sind aber aus vertraglichen Gründen nicht maximal beladen. Diese Maximalbeladung ist nun nach dem Ende von New START wieder möglich. Auch deaktivierte Startrohre in U-Booten, Reservegefechtsköpfe und leere Silos bilden Aufwuchspotenzial für die aktiven Arsenale.

China wiederum vergrößert sein Arsenal tatsächlich sehr rasch durch neue Sprengköpfe. Anfang 2026 hat China bereits Hunderte neue Raketen in drei großen neuen Silofeldern in der Wüste im Nordwesten des Landes stationiert. Sein ge-

01 Bei der Recherche und dem ersten Entwurf dieses Beitrags wurde ChatGPT 5.6 Sol genutzt.

02 Vgl. Easier to Start, Harder to Win, 28.5.2026, www.economist.com/interactive/essay/2026/05/28/the-dangerous-delusion-of-modern-warfare.

03 Vgl. Frank Sauer, Technologie und Kriegsführung: Zur Tödlichkeit von Waffen, in: Zeitschrift für Politik 2/2026, S. 149–162.

04 Vgl. David Gritten, Trump condemned over threat that Iran's „civilisation will die", 7.4.2026, www.bbc.com/news/articles/cwyk7xgkzvzo.

05 Vgl. Bernard Brodie (Hrsg.), The Absolute Weapon: Atomic Power and World Order, New York 1946.

06 Vgl. Ankit Panda, The New Nuclear Age. At the Precipice of Armageddon, Polity 2025.

07 Vgl. Federation of American Scientists, Status of World Nuclear Forces, 2026, https://fas.org/initiative/status-world-nuclear-forces.

08 Vgl. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Increasing Focus on Nuclear Weapons amid Heightened Escalation Risks – New SIPRI Yearbook Out Now, 8.6.2026, www.sipri.org/media/press-release/2026/increasing-focus-nuclear-weapons-amid-heightened-escalation-risks-new-sipri-yearbook-out-now.

wachsener Bestand von aktuell rund 620 Sprengköpfen liegt noch weit unter den russischen und amerikanischen Arsenalen; das Land baut jedoch schneller aus als jede andere Atommacht und könnte bis 2030 an Russland und die USA heranrücken. Die mit einem Sprint Chinas zur Parität einhergehenden Konsequenzen sind bereits in Washington spürbar. Wenn gemäß der Logik nuklearer Zielplanung jedes der rund 600 chinesischen Silos mit zwei Gefechtsköpfen belegt werden soll, um es im Ernstfall sicher zu vernichten, dann sind bereits 1200 Gefechtsköpfe des aktiven US-Arsenals nur für diese Aufgabe gebunden. Die chinesischen Silos saugen aus US-Sicht gleichsam Gefechtsköpfe auf wie ein Schwamm und erzeugen dadurch zusätzlichen Aufrüstungsdruck – das klassische Aktions-Reaktions-Schema des Rüstungswettlaufs.

Indien (circa 190 Sprengköpfe) und Pakistan (circa 170 Sprengköpfe) erweitern ihre Arsenale ebenfalls oder bereiten dies vor. Beide arbeiten an neuen Trägersystemen. Nordkorea hat inzwischen schätzungsweise 60 Gefechtsköpfe und macht stetig Fortschritte beim Ausbau seines Arsenals und vor allem bei der Entwicklung leistungsfähigerer Trägersysteme mit interkontinentaler Reichweite.

Das auf insgesamt 90 Sprengköpfe geschätzte israelische Arsenal bleibt das am schlechtesten gehütete Geheimnis der Welt, und Bautätigkeiten im nuklearen Forschungszentrum nahe der Stadt Dimona legen nahe, dass auch Israel Modernisierungen anstrebt.

Großbritannien hatte schon 2021 die Erhöhung seiner Arsenalobergrenze auf 260 bekanntgegeben – aktuell liegt der Gesamtbestand bei geschätzt 225. Frankreich hat 2026 die Vergrößerung seines rund 370 Sprengköpfe umfassenden Arsenals im Lichte der angespannten Sicherheitslage in Europa durch Russlands Aggressionen angekündigt, aber den Aufwuchs nicht näher beziffert.

Gemäß der Unterscheidung zwischen horizontaler und vertikaler Verbreitung von Nuklearwaffen verläuft das neue Wettrüsten also bisher vor allem vertikal: mehr Silos, neue Trägersysteme, modernisierte Sprengköpfe in den schon existierenden Nuklearwaffenstaaten. Horizontal würde sich die Bombe verbreiten, wenn ein weiterer, bisher nicht nuklearwaffenfähiger Staat Atomwaffen erwirbt. Seit Nordkoreas Aufstieg zur neunten Nuklearmacht im Jahr 2006 ist die Zahl der Besitzer nicht weiter gestiegen. Das ist einerseits ein Erfolg der Bemühungen um Nichtverbreitung. Andererseits dürfte Iran sich angesichts des aktuellen Kriegs künftig noch entschlossener um eine eigene nukleare Lebensversicherung bemühen. Und auch in Staaten wie Polen oder Südkorea hat eine rege Diskussion um eigene Nuklearwaffen begonnen, weil die nuklearen US-Sicherheitsgarantien unter Donald Trump weltweit erodieren.

KRISE DER RÜSTUNGSKONTROLLE

Am 5. Februar 2026 lief der Rüstungskontrollvertrag New START aus. Das 2010 geschlossene und 2021 um fünf Jahre verlängerte Abkommen begrenzte Russland und die USA jeweils auf 1550 aktive strategische Sprengköpfe (die oben genannten Zahlen für *deployed warheads* liegen aufgrund der zur Erhebung angewandten Zählregeln höher). Wichtiger als die Obergrenzen jedoch waren Transparenz und Vertrauensaufbau: Datenaustausch, Vorab-Meldungen und Inspektionen vor Ort etablierten ein geteiltes Bild der amerikanisch-russischen nuklearen Beziehungen.

Russland hatte seine Teilnahme an New START 2023 ausgesetzt, Inspektionen fanden schon zuvor aufgrund der weltweiten Covid-Pandemie nicht mehr statt. Vor Ablauf des Vertrags waren keine ernsthaften Bemühungen um eine Verlängerung oder einen Ersatz begonnen worden.

Mit dem Auslaufen gibt es nun erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert keine rechtsverbindlichen Obergrenzen für die strategischen Arsenale der beiden größten Atommächte. Das bedeutet, dass Entscheidungen über Aufwuchs von Arsenalen künftig ohne quantitative Leitplanken und ohne den Austausch von Informationen fallen.

Rüstungskontrolle hat bekanntlich den Zweck, Risiken einzuhegen. Sie erzeugt Vertrauen durch Regeln und das verifizierbare Einhalten von Absprachen, verlängert Entscheidungszeiten und macht das Verhalten des Gegners transparenter, was Fehlwahrnehmungen und Fehlentscheidungen vorbeugt. Entgegen landläufiger Annahme ist Rüstungskontrolle also keine Schönwetterveranstaltung unter Friedensbewegten, sondern komplementär zu nuklearer Abschreckung betriebene

Macht- und Interessenpolitik. Man betreibt Rüstungskontrolle nicht mit Freunden, weil es ein gutes Gefühl macht, sondern mit Feinden, weil man überleben will.

Eine neue bilaterale nukleare Rüstungskontrolle ist allerdings nicht in Sicht. Moskau und Washington bekennen sich zwar abstrakt zu weiterer Rüstungskontrolle, doch Putins Aggression und Trumps erratisches Verhalten erlauben keine substanziellen Verhandlungen.

Washington verlangt zudem ein moderneres trilaterales Format der nuklearen Rüstungskontrolle, das China einbezieht. Der Gedanke ist plausibel: Wenn Chinas Arsenal so rasant wächst und ein Gleichziehen absehbar ist, dann muss China ebenfalls mit Russland und den USA an einen Tisch. Doch Peking hat daran keinerlei Interesse und verweist darauf, dass sein militärischer Bestand nach wie vor nur einen Bruchteil der amerikanischen und russischen Bestände ausmacht. Trilaterale Abrüstungsverhandlungen lehnt das Land derzeit als „weder fair noch vernünftig“[09] ab.

Die globale, multilaterale Nichtverbreitungsordnung existiert derweil weiter. Ihr Fundament bleibt der 1970 in Kraft getretene NVV. Er beruht auf einem Handel: Die große Mehrheit der Staaten verzichtet auf Atomwaffen und akzeptiert Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation, im Gegenzug wird ihr die friedliche Nutzung der Kernenergie zugesichert. Die fünf im Vertrag anerkannten offiziellen Atommächte verpflichten sich zu nuklearer Abrüstung. Mit 191 Vertragsparteien ist der NVV weiterhin nahezu universell. Die vier inoffiziellen Nuklearwaffenstaaten aber haben den Vertrag nicht unterzeichnet: Indien, Israel und Pakistan gehören dem NVV nicht an, Nordkorea erklärte 2003 seinen Austritt.

Der NVV hat Historisches geleistet. Die in den 1960er Jahren verbreitete Befürchtung von dutzenden Atommächten ist nicht eingetreten. Südafrika demontierte sein Arsenal, Belarus, Kasachstan und die Ukraine gaben nach dem Zerfall der Sowjetunion die auf ihrem Gebiet stationierten Nuklearwaffen ab, und zahlreiche weitere Staaten beendeten Programme oder Ambitionen. Der NVV-Deal wackelt allerdings zusehends. Wenn Nichtatomwaffenstaaten dauerhaften Verzicht üben sollen, während Atommächte ihre Arsenale vergrößern und modernisieren, dann verliert die Ordnung an Legitimität. Dass die letzte NVV-Überprüfungskonferenz 2026 zum dritten Mal in Folge ohne gemeinsames Abschlussdokument endete, ist deshalb kein diplomatisches Missgeschick, sondern Ausdruck der Krise der nuklearen Nichtverbreitungsordnung.[10]

Der 2021 in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag strebt, anders als der NVV, ein generelles Verbot von Besitz, Stationierung und Einsatz von Nuklearwaffen an. Er bindet allerdings bisher nur 75 Vertragsstaaten, darunter keine einzige Atommacht und kein Staat, der in einem Arrangement der nuklearen Teilhabe inkludiert ist, also durch das Arsenal eines nuklearen Drittstaats von erweiterter Abschreckung profitiert. Der Atomwaffenverbotsvertrag wird somit bisweilen auch als zweischneidiges Unterfangen kritisiert. Einerseits verfolgt er ein erstrebenswertes Ziel. Da die Nuklearmächte sich ihm andererseits aber nie unterwerfen werden, läuft die lobenswerte Absicht, Nuklearwaffen generell zu ächten, Gefahr, am Ende den NVV zu unterminieren, weil Nichtatomwaffenstaaten diesen im Protest zugunsten des neuen Vertrags quittieren könnten.

ZUNEHMEND KOMPLIZIERTE NUKLEARE ABSCHRECKUNG

Auch im Kalten Krieg war die nukleare Ordnung nicht einfach.[11] Aber sie war zumindest um einen bipolaren Schwerpunkt herum organisiert. Die nuklearen Supermächte USA und Russland konnten durch rüstungskontrollpolitische Bemühungen die strategische Stabilität in ihren Beziehungen einigermaßen erfolgreich bewahren sowie gleichzeitig Einfluss auf die nuklearen Ambitionen Dritter ausüben.

09 Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, Regular Press Conference, 3.2.2026, www.fmprc.gov.cn/eng/xw/fyrbt/202602/t20260203_11850274.html.

10 Vgl. United Nations, 2026 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, www.un.org/en/conferences/treaty-on-the-non-proliferation-of-nuclear-weapons-npt-2026.

11 Vgl. Frank Sauer, Nukleare Abschreckung: Theorie, Grenzen und Kritik, 6.5.2022, www.bpb.de/508040; ders., Nuklearwaffen und internationale Politik: Bedeutung, Nichtgebrauch, Proliferation, in: ders./Luba von Hauff/Carlo Masala (Hrsg.), Handbuch Internationale Beziehungen, Wiesbaden 2024, S. 1203–1237.

Heute sind die globalen Abschreckungsbeziehungen komplizierter, was sowohl politische als auch technische Ursachen hat.

An der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO lässt sich der politische Vorher-Nachher-Vergleich gut festmachen. Das Arrangement, bei dem die USA in Europa stationierte US-Atomwaffen unter eigener Kontrolle halten, während europäische Verbündete – darunter Deutschland – die Trägerflugzeuge bereitstellen, teilt nicht nur Risiken, Verantwortung und politische Mitsprache bei der nuklearen Abschreckung. Es war vor allem aus US-Sicht stets Teil der globalen Ordnungs- und Nichtverbreitungspolitik. Durch die nukleare Teilhabe entfiel für Staaten wie Deutschland im Kalten Krieg der Anreiz, selbst Nuklearwaffenstaat zu werden.

Die Zweifel an den US-Nukleargarantien in Trumps zweiter Amtszeit führen nun zu Debatten über die europäische Rolle der französischen und britischen Nuklearwaffen und zu Reaktionen, mit denen etwa Frankreich durch eine Vorwärtsverschiebung seiner Abschreckung („dissuasion avancée“) Kompensation zu leisten versucht. In mehreren europäischen Staaten – wie etwa dem oben bereits genannten Polen, den baltischen und nordischen Staaten, aber zunehmend auch in Deutschland – halten sich zudem hartnäckig Überlegungen in Richtung einer „eigenen Bombe“.

Die USA müssen unterdessen weiterhin Russland und vermehrt China berücksichtigen. Russlands und Chinas enge militärische und technische Kooperation beeinflusst dabei die amerikanischen Planungen. China wiederum kalkuliert mit den USA, aber auch mit Indien; Indien wiederum mit Pakistan, aber auch China. Die relativ neue Nuklearmacht Nordkorea richtet seine Abschreckungsgebärden gegen die USA, aber auch gegen Südkorea und Japan, die wiederum ähnliche Trump-induzierte Zweifel umtreiben wie die Europäerinnen und Europäer.

Zu einer fragmentierteren politischen Landschaft kommt die zunehmende Verflechtung der konventionellen und der nuklearen Domäne durch neue Technologien.[12] Viele moderne Raketen und Marschflugkörper können konventionelle oder nukleare Sprengköpfe tragen – diese Sprengkopfambiguität kann im Konfliktfall zu Fehlwahrnehmungen und Panikreaktionen führen; Satelliten und Kommunikationsnetze dienen nuklearen wie konventionellen Missionen – ein Angriff kann als Vorbereitung eines nuklearen Entwaffnungsschlags missverstanden werden, selbst wenn er nur einem konventionellen Ziel gilt; Cyberoperationen eröffnen neue Angriffsvektoren; Technologien aus dem Feld der generativen künstlichen Intelligenz erweitern die Möglichkeiten zur weitreichenden Manipulation des Informationsraums und zur Täuschung.

In Russlands Nuklearprogramm verdichten sich beispielhaft die Krise der Rüstungskontrolle und die komplizierter werdende Abschreckung im Rahmen einer insgesamt konfliktiver werdenden Weltordnung. Ausdrücklich als asymmetrische Reaktion auf den amerikanischen Ausstieg aus dem ABM-Vertrag 2002 – der den USA und Russland den Aufbau strategischer Raketenabwehr verbot – entwickelt das Land seit Jahren eine Reihe neuer strategischer Trägersysteme: Awangard (dt. „Vorhut“) ist ein nuklear bestückbarer hyperschallschneller Gleitflugkörper, der Raketenabwehr durch Geschwindigkeit und Manövrierfähigkeit überwinden soll; Burewestnik (dt. „Sturmvogel“) ist ein nuklear angetriebener und nuklear bewaffneter Marschflugkörper mit praktisch unbegrenzter Reichweite und somit schwer vorhersehbarem Anflugpfad; Poseidon schließlich ist eine nuklear bewaffnete Unterwasserdrohne mit interkontinentaler Reichweite, die Raketenabwehr vollständig umgeht. Strategisch verfolgen alle drei dasselbe paranoide, aber aus Sicht der nuklearen Abschreckung plausible Ziel: die gesicherte russische Zweitschlagfähigkeit auch gegenüber einer künftig leistungsfähigeren amerikanischen Raketenabwehr zu erhalten.

WAS EINE INFORMIERTE ÖFFENTLICHKEIT WISSEN SOLLTE

Erstens ist es mitnichten so, dass ein neuer nuklearer Rüstungswettlauf droht. Vielmehr ist dieser schon längst im Gange.

Zweitens werden durch weggefallene Rüstungskontrollverträge und gestiegene Geheimhaltungsbedürfnisse (explizit angekündigt zum Beispiel von Großbritannien und Frankreich) die strategischen Arsenale zukünftig noch schwerer von außen abzuschätzen sein. Die Zahl der bisher nie von Rüstungskontrollverträgen erfassten

12 Vgl. James M. Acton, Escalation Through Entanglement: How the Vulnerability of Command-and-Control Systems Raises the Risks of an Inadvertent Nuclear War, in: International Security 1/2018, S. 56–99.

nicht-strategischen (vulgo: taktischen) Nuklearwaffen Russlands wird auch weiterhin nur grob zu beziffern sein.

Drittens ist „taktisch" kein Synonym für klein oder weniger verheerend. Die Bezeichnung leitet sich vor allem ex negativo daraus ab, dass strategische Waffen in der Vergangenheit rüstungskontrollpolitisch, etwa in New START, erfasst waren. Taktisch war demgemäß alles, was nicht der strategischen Rüstungskontrolle unterworfen war. Funktional wiederum lässt sich der Unterschied anhand der militärischen Aufgabe treffen: Strategische Waffen sollen vernichtende nukleare Erstschläge abschrecken; taktische Waffen sollen Effekte auf dem Gefechtsfeld haben. Strategische Waffen dienen der Vergeltungsdrohung, möglichst ohne sie je einsetzen zu müssen; taktische sollen hingegen im Zweifel einsetzbar sein. Deswegen können taktische Waffen geringere Sprengwirkung und Trägersysteme mit geringerer Reichweite aufweisen. Aber auch eine Waffe mit geringerer Sprengkraft kann eine Stadt verwüsten; und auch ihr Einsatz könnte eine Eskalationskette auslösen. Ein sauber begrenzbarer Nuklearkrieg bleibt kaum vorstellbar.

Viertens ist Abschreckung kein Naturgesetz, sondern menschengemacht. Mit dem Besitz von Nuklearwaffen entsteht Abschreckung nicht automatisch. Sie kann wirken, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind und politische Führungen katastrophale Vergeltung fürchten.[13] Sie kann aber auch scheitern, weil Menschen Absichten falsch verstehen, technische Fehler passieren oder unter Zeitdruck Fehlentscheidungen getroffen werden. Dass seit 1945 keine Atomwaffe im Krieg gezündet wurde, ist ein glücklicher historischer Befund, kein Beweis der Unfehlbarkeit nuklearer Abschreckungspolitik. Erweiterte Abschreckung wie im Rahmen der nuklearen Teilhabe ist dementsprechend auch kein Schutzschirm, denn es wird nichts durch Abwehrmaßnahmen geschützt. Es handelt sich vielmehr um eine Abschreckungsdrohung, die auch Dritte einbezieht, wodurch ihre Glaubwürdigkeit im Übrigen noch schwieriger herzustellen ist.

Fünftens ist Rüstungskontrolle nicht Abrüstung. Sie kann sogar kontrollierte Aufrüstung bedeuten. Entscheidend ist, dass Rüstungskontrolle Transparenz schafft sowie Kosten und Risiko eines unbeabsichtigten Krieges senkt.

Sechstens muss eine informierte Öffentlichkeit nicht jedes Trägersystem und jede Verästelung der nuklearen Abschreckungstheorie kennen. Aber sie sollte sehr wohl fragen können, welche Risiken eine bestimmte Strategie im Lichte einer Bedrohung mindert, welche sie erzeugt oder verstärkt und welche Annahmen der Strategie zugrunde liegen. Solche Kenntnisse, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts scheinbar überflüssig wurden und rasch vergessen waren, müssen nun wieder vermittelt werden, damit die demokratische Debatte auf der Grundlage eines gewissen Maßes an nuklearem IQ geführt werden kann. Es ist in diesem Rahmen durchaus vernünftig, die Bombe zu fürchten, aber blanke atomare Dauerpanik ist keine Diskussionsgrundlage und kein funktionierender politischer Handlungsmaßstab.

Das dritte Nuklearzeitalter bringt nicht deshalb Neues mit sich, weil die Menschheit mehr Sprengköpfe besitzt – sie besitzt nach wie vor sehr viel weniger als 1986. Neu ist, dass wieder wachsende Arsenale, der Kollaps der regelgeleiteten Weltordnung, technologische Beschleunigung und mehrere politisch rivalisierende und revisionistisch agierende Großmächte zugleich aufeinandertreffen. Die richtige Reaktion ist doppelte Nüchternheit: glaubwürdige Abschreckung dort entschlossen herstellen, wo nukleare Erpressung droht; beharrliches Drängen auf Transparenz und Begrenzung dort, wo Rüstungskontrolle Risiken (wieder) einhegen kann. Die Augen vor dem Geschehen zu verschließen ist jedenfalls keine Option, denn die vergangenen dreißig Jahre zeigen: Die Bombe verschwindet nicht, nur weil wir ihre Existenz eine Weile verdrängen konnten.

FRANK SAUER
ist Politikwissenschaftler und Forschungsleiter am Metis Institut für Strategie und Vorausschau der Universität der Bundeswehr München sowie Co-Host des Podcasts „Sicherheitshalber".

13 Vgl. Frank Sauer, Atomic Anxiety: Deterrence, Taboo and the Non-Use of U.S. Nuclear Weapons, Basingstoke 2015.

EUROPÄISCHE NUKLEARE SICHERHEIT: ES IST KOMPLIZIERT

Barbara Kunz

Noch vor wenigen Jahren war nukleare Abschreckung ein Thema, für das sich nur kleine Kreise von Experten interessierten. Deutschlands Aufgaben in der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO spielten in der öffentlichen Debatte so gut wie keine Rolle. Deutsche Politiker konnten sich über Jahre nicht einigen, wie – oder ob – der Tornado als nuklearfähiges Flugzeug der Luftwaffe bei Erreichen des Endes seiner Laufzeit ersetzt werden sollte. Wie in vielen anderen europäischen Ländern lag der Fokus der deutschen Nuklearpolitik auf Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle.

Seit der russischen Vollinvasion der Ukraine am 24. Februar 2022 haben sich die Dinge grundlegend geändert. Nukleare Abschreckung ist kein Tabuthema mehr. In seiner Zeitenwende-Rede nur drei Tage später kündigte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz den Kauf von amerikanischen F-35-Kampfjets für die nukleare Teilhabe an.[01] Mit dem (geplanten) Erwerb von konventionellen JASSM- und Tomahawk-Marschflugkörpern wird Deutschland zudem eigenständiger Akteur im nuklearen „Spiel“ in Europa, da diese Waffen potentiell Auswirkungen auf das nukleare Gleichgewicht haben. Sie können strategisch relevante Ziele in Russland zerstören und somit Russlands Zweitschlagfähigkeit beeinträchtigen.[02] Zudem beteiligt sich Deutschland an diversen anderen Initiativen zu Entwicklung und Erwerb solcher Waffen wie etwa ELSA (European Long-Range Strike Approach).

Die wahrscheinlich größte Bedrohung für Europa ist ebenfalls nuklear: Russlands sogenannte taktische Kernwaffen. Russland und Belarus behaupten, dass im Rahmen ihres Abkommens über die gemeinsame Nutzung von Nuklearwaffen aus dem Jahr 2023 solche Waffen in Belarus stationiert worden seien. Beobachter bezweifeln dies jedoch.[03] Inwieweit es zu Veränderungen bei den russischen Stationierungen gekommen ist, bleibt unklar. Bisher gibt es trotz der nuklearen Rhetorik aus Moskau keine Anzeichen dafür, dass Russlands nicht-strategische Sprengköpfe tatsächlich aus ihren Lagern geholt und für einen möglichen Einsatz stationiert wurden. Ungeachtet dieser Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen russischen Pläne steht fest, dass die Bedrohung nicht nur konventioneller Natur ist.

Diese angespannte Sicherheitslage fällt mit einer tiefen Krise der transatlantischen Beziehungen zusammen. Somit stellen sich weit mehr Fragen als nur die der Ausgestaltung der nuklearen Teilhabe in der NATO sowie der konventionellen Aufrüstung und Abschreckungsfähigkeit. Falls auf die USA kein Verlass mehr sein sollte, während Russland eine massive Bedrohung darstellt – braucht Europa eine eigene nukleare Abschreckung?

NUKLEARE TEILHABE UND SICHERHEITSGARANTIEN

Die nukleare Dimension europäischer Sicherheit ist heute mindestens so relevant wie im Kalten Krieg. Allerdings haben sich die geopolitischen und technologischen Vorzeichen grundlegend verändert. Die NATO ist heute ein ganz anderes Bündnis als vor 1990, mit wesentlich mehr Mitgliedern. Schon vor Donald Trump waren die sicherheitspolitischen Prioritäten der USA nicht mehr nur auf den transatlantischen Raum bezogen, wie etwa der sogenannte Pivot to Asia unter Barack Obama zeigt. Zudem stehen heute ganz andere Waffensysteme zur Verfügung, was sowohl die Reichweite als auch die Genauigkeit betrifft. Dies ist einerseits hilfreich in Abschreckungsstrategien, bedeutet jedoch auch, dass es wesentlich schwieriger geworden ist, Abschreckung so auszutarieren, dass ein größtmögliches Maß an Stabilität bewahrt werden kann.

Bislang musste sich Europa – und insbesondere Deutschland – kaum mit nuklearen Fragen und Abschreckung befassen. Dafür sorgten in erster

Linie die USA mit ihren Sicherheitsgarantien, die zudem den intellektuellen Rahmen zur Verfügung stellten, innerhalb dessen in der NATO über nukleare Abschreckung diskutiert wurde. Wichtig dabei ist, zunächst zwei Dinge zu unterscheiden: die nukleare Teilhabe einerseits und amerikanische Sicherheitsgarantien andererseits.

Die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO dient dem Zweck der erweiterten Abschreckung und existiert seit 1957. Konkret bedeutet dies, dass amerikanische Atomwaffen – gegenwärtig sogenannte B-61-Bomben – in fünf Mitgliedsländern stationiert sind: Niederlande, Belgien, Italien, Türkei und Deutschland. Sollte die NATO im Rahmen eines Konflikts einen Nukleareinsatz durchführen, würden die B-61-Waffen von Flugzeugen der Bündnispartner, den sogenannten DCAs (Dual Capable Aircraft, also konventionell wie nuklear nutzbare Flugzeuge), über den festgelegten Zielen abgeworfen. In Deutschland ist dies der Tornado, und zukünftig der F-35. Ein Nukleareinsatz kann jedoch erst durchgeführt werden, nachdem die Nukleare Planungsgruppe (NPG) der NATO konsensual ihre ausdrückliche politische Zustimmung erteilt hat und die Genehmigungen des US-Präsidenten und des britischen Premierministers vorliegen.[04] Den tatsächlichen militärischen Nutzen just jener B-61-Bomben kann man angesichts der vielen anderen – und im Falle eines Krieges vermutlich deutlich relevanteren – Alternativen im amerikanischen Arsenal durchaus kritisch hinterfragen. Jedoch hat die nukleare Teilhabe, jenseits der rein militärischen Dimension, noch zwei weitere wichtige Aspekte. Zum einen stellt sie eine starke politisch-symbolische Untermauerung des amerikanischen Engagements für Europas Sicherheit dar. Zum anderen darf man auch deren Beitrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht unterschätzen: Dank der amerikanischen Sicherheitsgarantien und der nuklearen Teilhabe schwanden für viele europäischen Staaten die Anreize, nach eigenen Nuklearwaffen zu streben.

Derzeit scheint es seitens der USA keine Überlegungen zu geben, die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO zu beenden. Sollten sich die transatlantischen Beziehungen jedoch weiter verschlechtern, ist auch ein solcher Schritt womöglich nicht auszuschließen. Zudem ist der Trend zum amerikanischen Rückzug bei den konventionellen Kräften deutlich.

Noch bedeutsamer als die nukleare Teilhabe aber sind die amerikanischen Sicherheitsgarantien. Diese sind von der nuklearen Teilhabe unabhängig. Aus diesem Grund gilt Artikel 5 des Nordatlantikvertrages nicht nur für die Mitgliedstaaten, die in die nukleare Teilhabe einbezogen sind, sondern für alle Bündnispartner: Ein Angriff auf einen oder mehrere gilt als Angriff auf alle. Auch wenn der Vertrag dies nicht ausdrücklich erwähnt, gelten die USA als der bedeutendste NATO-Mitgliedsstaat. Die NATO wird daher oft als Rahmenwerk für amerikanische Sicherheitsgarantien gesehen. Sicherheitsgarantien jedoch wirken nur dann, wenn sie glaubwürdig sind. Was in Verträgen und juristischen Dokumenten festgehalten ist, mag zwar wichtig sein, ist aber nicht unbedingt politisch entscheidend. Die Glaubwürdigkeit von Sicherheitsgarantien beruht auf zwei Faktoren: Fähigkeit und politischer Wille. Ein Staat, der einem anderen Staat Sicherheitsgarantien gewährt, muss zunächst über die militärischen Fähigkeiten verfügen, wirksam gegen einen Angreifer vorzugehen. Wenn von Anfang an klar ist, dass der Garant gegen den Angreifer keine Chance hat, geht die abschreckende Wirkung der Sicherheitsgarantien verloren. Militärische Fähigkeiten allein reichen jedoch nicht aus. Mindestens ebenso wichtig ist der politische Wille des Garanten, im Falle einer Sicherheitskrise angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Diese politische Unsicherheit ist seit Gründung der NATO 1949 ein zentrales Thema innerhalb des Bündnisses, insbesondere im Hinblick auf die nukleare Abschreckung: Würden die USA wirklich Boston

01 Olaf Scholz, Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz in der Sondersitzung zum Krieg in der Ukraine vor dem Deutschen Bundestag, Bulletin der Bundesregierung, 27.2.2022, www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2008580/b7348ec7b88380164f7873453c7b6758/25-2-bk-regerkl--data.pdf?download=1.

02 Vgl. Ryan Snyder, Assessing the Lethality of Conventional Weapons Against Strategic Missile Silos in the United States, Russia, and China, in: Science & Global Security 1–3/2024, S. 105–173.

03 Vgl. Hans Kristensen et al., Russian Nuclear Weapons, 2025, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 13.5.2025, https://thebulletin.org/premium/2025-05/russian-nuclear-weapons-2025/.

04 Vgl. NATO, NATO's Nuclear Sharing Arrangements, 4.2.2022, www.nato.int/content/dam/nato/legacy-wcm/media_pdf/2022/2/pdf/220204-factsheet-nuclear-sharing-arrangements_en.pdf.

für Berlin opfern? Charles de Gaulle beispielsweise hielt dies für so unwahrscheinlich, dass er den Bau einer eigenen, rein französischen Atombombe vorantrieb. Im Großen und Ganzen galten die Sicherheitsgarantien der USA jedoch während des gesamten Kalten Krieges als glaubwürdig, insbesondere was ihre konventionelle Untermauerung betraf. Dieses amerikanische Engagement ist natürlich nicht nur durch gemeinsame Werte zu erklären – die USA hatten auch schlicht ein klar definiertes Interesse daran, die Sowjetunion in Schach zu halten.

Was jahrzehntelang währte, hat sich seit der Rückkehr Donald J. Trumps in Weiße Haus 2025 geändert. Zusehends schwindet in Europa das Vertrauen in amerikanische Sicherheitsgarantien. Die Rhetorik von Trump selbst, aber auch von anderen Vertretern der US-Regierung wie Vizepräsident JD Vance oder Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium Elbridge Colby, führt dazu, dass sich viele ernsthaft fragen, ob nicht eine Alternative zu amerikanischen Sicherheitsgarantien vonnöten ist. Laute Kritik an der NATO und einzelnen Verbündeten, aber beispielsweise auch die offene Androhung von Gewalt in der Grönlandfrage seitens der USA, haben europäische Regierungen erschüttert.

GROßBRITANNIEN UND DIE NATO

Ob diese Sorgen berechtigt sind, ist derzeit schwer abzuschätzen. Die Signale aus Washington sind widersprüchlich. Klar ist, dass sich Europa in Bezug auf nukleare Abschreckung anders positionieren wird – mal mit amerikanischer Beteiligung, mal ohne. Derweil verändert sich die „nukleare Landschaft“ Europas bereits.[05] Zu diesen Veränderungen gehören die 2025 angekündigte Rückkehr einer luftgestützten Komponente nach Großbritannien im Rahmen der nuklearen Teilhabe in der NATO, für die die britische Regierung zudem zwölf F-35-Flugzeuge anschaffen wird. Zuletzt stützte sich Großbritanniens nukleare Teilhabe lediglich auf U-Boote. Zudem gibt es Berichte, laut derer wieder amerikanische Atomwaffen am Luftwaffenstützpunkt Lakenheath in Großbritannien stationiert wurden. Ebenso soll auch Deutschland sein Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Großbritannien bekundet haben, insbesondere im konventionellen Bereich. Dass dies einen Beitrag zur Finanzierung der nuklearen Abschreckung beinhalte, wurde jedoch von der Bundesregierung dementiert.[06]

Die „Financial Times“ wiederum berichtete im Juni 2026, dass die USA derzeit die Ausweitung der nuklearen Teilhabe mit anderen Verbündeten diskutierten. Diesen Medienberichten zufolge sind es Länder an der sogenannten NATO-Ostflanke, die Interesse an Stützpunkten mit nuklearfähigen Flugzeugen haben, darunter Polen und die baltischen Staaten.[07]

Allen diesen Maßnahmen und Ideen ist gemein, dass sie nicht unabhängig von den USA sind. Selbst wenn Großbritannien eigene Fähigkeiten entwickeln wollen sollte, dauert die Umsetzung Jahre. Sollten sich die transatlantischen Beziehungen weiter verschlechtern, stellt sich daher die Frage nach der Dauerhaftigkeit des amerikanischen Engagements und der Glaubwürdigkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien.

DER FRANZÖSISCHE VORSCHLAG

Die einzige unabhängige europäische Nuklearmacht ist Frankreich. Auch Frankreich investiert in seine nukleare Abschreckung und plant eine Vergrößerung seines Arsenals. Großbritannien und Frankreich haben zudem in ihrer Northwood-Erklärung von 2025 eine engere Zusammenarbeit in Nuklearfragen vereinbart.[08]

Am 2. März 2026 hat Präsident Macron zudem eine viel beachtete Rede zur nuklearen Abschreckung gehalten und darin erneut die europäische Dimension betont.[09] Reden des Präsidenten sind das Format, in dem üblicherweise einmal pro Amtszeit die öffentliche Version der französischen

05 Hans Kristensen, Nuclear Notebook: The Changing Nuclear Landscape in Europe, in: Bulletin of the Atomic Scientists 6/2025, S. 485–505.

06 Regierungspressekonferenz, 28.8.2026, www.bundesregierung.de/-2450896.

07 Vgl. Henry Foy/Amy Mackkinnon, US in Talks to Expand Nuclear Capable Deployments in Europe, 1.6.2026, www.ft.com/content/1a32ad0f-c8b3-4b91-a931-5dc053c6c214?syn-25a6b1a6=1.

08 Vgl. Prime Minister's Office, Pressemitteilung zur Northwood Declaration, 10.7.2025, www.gov.uk/government/news/northwood-declaration-10-july-2025-uk-france-joint-nuclear-statement.

09 Emmanuel Macron, Speech by the President of the Republic on France's nuclear deterrence, 2.3.2026, https://us.diplomatie.gouv.fr/en/speech-president-republic-frances-nuclear-deterrence.

Nukleardoktrin dargelegt wird (anders als etwa in den USA, wo dies in Form offizieller Dokumente geschieht). Macrons Rede muss daher im Zusammenhang mit früheren Reden zum Thema gesehen werden. Bereits im Februar 2020 forderte er in seiner ersten Rede zur französischen Nuklearpolitik die europäischen Verbündeten zu einem strategischen Dialog über die Rolle der nuklearen Abschreckung für die Sicherheit Europas und dessen kollektive Verteidigung auf. Damals stieß er jedoch auf geringes Interesse, und die kurz darauffolgende Corona-Pandemie trug sicherlich dazu bei, dass die Prioritäten der Partner anderswo lagen. Angesichts der verschlechterten Sicherheitslage und der Zweifel an amerikanischen Sicherheitsgarantien stehen die Dinge heute anders. Nun zeigen die europäischen Verbündeten Interesse an dem Angebot Frankreichs. Worin das Angebot allerdings genau besteht, bleibt jedoch zumindest öffentlich eher unklar. Fest steht, dass nukleare Teilhabe an französischen Atomwaffen nach amerikanischem Vorbild nicht zur Debatte steht. Auch wird weiterhin alleine der französische Präsident Entscheidungen über den Einsatz von Kernwaffen treffen. Angedacht ist aber beispielsweise die Beteiligung Verbündeter an Übungen.

Die aus europäischer Sicht wichtigste Ankündigung in Macrons Rede vom März ist das Konzept der „dissuasion avancée", das sich mit „Vorwärtsabschreckung" übersetzen lässt. Macron nannte diesbezüglich keine wesentlichen Details, doch geht es um die mögliche Stationierung von Rafale-Flugzeugen mit Nuklearfähigkeit auf dem Territorium der europäischen Verbündeten.[10] Derzeit ist bekannt, dass zehn Länder Gespräche mit Frankreich führen und eine Beteiligung an dieser vorverlegten Abschreckung in Betracht ziehen: das Vereinigte Königreich, Deutschland, Polen, die Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweden, Dänemark und Norwegen.

Ein weiterer Bestandteil des Vorschlages sind Konsultationen mit den Partnerländern, in denen Fragen der Nuklearpolitik, des Umgangs mit Eskalationen und der Kommunikation in Krisenfällen („nuclear signalling") erörtert werden sollen. Dies steht im Einklang mit dem seit langem von Frankreich verfolgten Ziel, sich für eine gemeinsame strategische Kultur in Europa einzusetzen. Geplant ist zudem eine besonders enge Zusammenarbeit mit Großbritannien – seit 2010 auf Grundlage der Lancaster House-Vereinbarungen, und nun vertieft infolge der Northwood Declaration – und Deutschland. Und schließlich veröffentlichten Frankreich und Deutschland am Tag der Rede vom 2. März eine Gemeinsame Erklärung von Präsident Macron und Bundeskanzler Merz, in der sie eine fortan engere deutsch-französische Kooperation in Abschreckungsfragen öffentlich machten.[11] Unter anderem wollen Paris und Berlin in einer Nuklear-Steuerungsgruppe zusammenarbeiten. Im Juli 2026 kam es erstmals zu einer gemeinsamen Übung, bei der nuklearfähige französische Rafale und deutsche Eurofighter in der Luft betankt wurden.[12]

Auch wenn es viel diskutiert wird: Wirklich revolutionär ist das französische Angebot nicht. Vielmehr könnte man die aus dem Vorschlag resultierende praktische Zusammenarbeit als Konkretisierung des langjährigen Diskurses in Paris interpretieren. Dass Frankreichs vitale Interessen und nukleare Abschreckung eine „europäische Dimension" haben, betonen französische Präsidenten seit Jahrzehnten. Dass im Falle eines Angriffs auf einen europäischen Verbündeten französische vitale Interessen unberührt blieben, war nie denkbar.

Macrons Angebote an seine Partner in Europa sind somit keine Abweichung von langjähriger Rhetorik. Sie stellen auch keinen Ersatz für amerikanische Sicherheitsgarantien dar, und vor allem sind sie kein nuklearer Schutzschirm. Außer Frage steht zudem, dass auch in Zukunft jegliche Entscheidungsgewalt ausschließlich beim französischen Präsidenten liegen wird.

KEINE GUTEN LÖSUNGEN

Der französische Vorschlag löst somit nicht das grundlegende Problem: Was tun, falls man sich nicht mehr auf amerikanische Sicherheitsgarantien verlassen kann? Angesichts der russischen Bedrohung, dem Anspruch das Abschreckungspotenzial gegenüber Russland zu erhöhen und der Rolle, die Kernwaffen in diesem Zusammenhang

10 Französisches Verteidigungsministerium (Ministère des Armées et des Anciens Combattants), La dissuasion avancée. Pour un XXIème siècle qui restera nucléaire, 2026, www.defense.gouv.fr/dissuasion-avancee-xxie-siecle-qui-restera-nucleaire.

11 Joint Declaration of President Macron and Chancellor Merz, 2.3.2026, www.bundesregierung.de/-2409268.

12 Bundesministerium der Verteidigung, Deutschland und Frankreich stärken strategische Zusammenarbeit, 17.7.2026, www.bmvg.de/de/presse/deutschland-frankreich-staerken-strategische-zusammenarbeit-6123362.

spielen, erscheint nukleare Abschreckung für Europa – trotz aller ethischen Bedenken angesichts der katastrophalen Folgen eines Kernwaffeneinsatzes – tatsächlich notwendig. Wie dies jedoch im europäischen Kontext gelingen kann, ist eine offene Frage, für die es keine guten Lösungen gibt.

Eine gesamteuropäische Lösung ist illusorisch. Die sogenannte „Eurobombe" taucht zwar immer wieder in der Debatte auf, doch umsetzbar ist die Idee kaum. Mit einer gemeinsamen europäischen nuklearen Abschreckung bräuchte Europa auch eine gemeinsame Nuklearpolitik, gemeinsame Kommunikation in Friedens- und Krisenzeiten, und vor allem einen Konsens über den möglichen Einsatz und seine Modalitäten. Im Krisenfall müssten Entscheidungen zudem mit äußerst kurzer Bedenkzeit gefasst werden, die sich in Minuten berechnet. Auch wenn sich Sicherheitspolitik in Europa seit 2022 rasant verändert hat, scheint es doch äußerst unwahrscheinlich, dass die europäischen Regierungen diesen Anforderungen gemeinsam gewachsen sind.

Auch eine rein deutsche Lösung wäre keine gute Idee. Etliche Hindernisse stehen der Entwicklung deutscher Kernwaffen im Weg, politisch wie rechtlich.[13] Aus gesamteuropäischer Sicht stellt sich zudem die Frage, wie sich ein nuklear bewaffnetes Deutschland auf das geopolitische Gleichgewicht auf dem Kontinent auswirken würde.

Und auch die vermeintlich naheliegendste Lösung – französische Sicherheitsgarantien – ist alles andere als unproblematisch. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Diskussion darüber zwar rein hypothetisch, Herausforderungen entstünden dabei aber aus militärischer wie aus politischer Sicht. Militärisch stellt sich die Frage, inwieweit Deutschland und die deutsche Öffentlichkeit die französische Nukleardoktrin mittragen können und wollen. Das vergleichsweise kleine Arsenal von derzeit rund 300 Sprengköpfen mag zwar auf den ersten Blick weniger bedrohlich aussehen als jene Russlands oder der USA. Allerdings erlaubt dieses kleine Arsenal Frankreich im Grunde nicht, kleinere Zwischenschritte hin zur totalen nuklearen Eskalation zu gehen, begrenzte Atomschläge sind kaum möglich.

13 Vgl. Ulrich Kühn (Hrsg.), Germany and Nuclear Weapons in the 21st Century. Atomic Zeitenwende?, London 2024, https://doi.org/10.4324/9781003341161.

Fundamentale Abhängigkeiten zwischen europäischen Ländern hätten sicherlich Auswirkungen auf sicherheitspolitische Dynamiken in Europa allgemein. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn einer der beiden europäischen Hauptakteure – Deutschland – für sein Überleben im Wesentlichen vom anderen – Frankreich – abhängig wäre. Unter den gegenwärtigen Umständen, in denen die Existenz der Bundesrepublik nicht grundsätzlich bedroht ist, mag diese Frage keine allzu große Rolle spielen. Sollten jedoch Szenarien Wirklichkeit werden, in denen das Überleben tatsächlich auf dem Spiel steht, könnten die altbekannten sicherheitspolitischen Inkompatibilitäten zwischen Deutschland und Frankreich vollends zutage treten. So stritten Deutschland und Frankreich zum Beispiel jahrelang über Antiterroreinsätze in Afrika, und auch gemeinsame Rüstungsprojekte – wie zuletzt das Kampfjet-Projekt FCAS – waren selten von Erfolg gekrönt. Auch passen die politischen Systeme schlecht zusammen: Parlamentsvorbehalt in Deutschland, sehr viel Entscheidungsgewalt beim Präsidenten in Frankreich. Entscheidungsfindung und gemeinsames Handeln stünden dann vor großen Herausforderungen. Natürlich lässt sich behaupten, dass derartige Szenarien äußerst unwahrscheinlich sind. Allerdings ist das im gegebenen Zusammenhang kein stichhaltiges Argument: Könnte das Überleben der Bundesrepublik niemals in existentielle Gefahr geraten, bräuchte man überhaupt nicht über nukleare Abschreckung nachzudenken.

Die Frage nach innereuropäischen Sicherheitsdynamiken stellt sich umso mehr in einer Zeit, in der nicht ausgeschlossen ist, dass nationalistische Kräfte an die Macht kommen – in Frankreich, Deutschland oder anderswo. Aber auch wenn Frankreich von einem gemäßigten beziehungsweise in einem europäischen Sinne handelnden Präsidenten regiert wird, ist die Frage, ob beispielsweise Deutschland eine solche Abhängigkeit – insbesondere ohne großes Mitspracherecht – auf Dauer akzeptieren würde. Das Verhältnis zu den USA ist natürlich ebenfalls von Abhängigkeit geprägt. Allerdings ist diese Beziehung derart asymmetrisch, dass die Abhängigkeit offenbar besser auszuhalten ist. Mit Frankreich sieht man sich jedoch auf Augenhöhe. Im absoluten Ernstfall das eigene Überleben von Paris abhängig zu machen, dürfte nicht jedem in Deutschland schmecken.

ÜBERGEORDNETE SICHERHEITSFRAGEN

Wenn es um nukleare Sicherheit geht, ist Abschreckung nicht der einzige Baustein. Deutschland und Europa haben weiterhin ein starkes Interesse daran, die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Dies gilt auch innerhalb Europas. Nichtverbreitung ist stets ein wichtiges Element der nuklearen Teilhabe nach amerikanischem Modell gewesen: Wenn man einen nuklearen Schutzschirm bietet, haben Verbündete keinen Grund mehr, eigene Atomwaffen zu entwickeln. Angesichts aktueller Debatten in Deutschland, Polen oder auch in den nordischen Ländern tritt dieser Aspekt nun wieder in den Vordergrund. Es ist anzunehmen, dass Macrons Angebot auch einen Versuch darstellt, die Verbreitung von Kernwaffen in Europa zu verhindern. Dass die französischen Vorschläge ausreichen, um Überlegungen über nationale Kernwaffenprogramme überflüssig zu machen, ist allerdings nicht sicher. Es ist davon auszugehen, dass das französische Angebot in vielen Hauptstädten zwar auf großes Interesse stößt, jedoch – zurecht – nicht als echte Sicherheitsgarantie aufgefasst wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist zudem, was nukleare Dynamiken in Westeuropa für das Abschreckungsverhältnis mit Russland bedeuten. Abschreckung geht unausweichlich mit einem Sicherheitsdilemma einher: Maßnahmen, die die NATO-Länder ergreifen, um die eigene Sicherheit zu erhöhen, werden in Russland als Bedrohung wahrgenommen (und umgekehrt). Ein Mehr an Abschreckung auf einer der beiden Seiten hat somit Auswirkungen auf die Sicherheitslage insgesamt. Eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in Nuklearfragen, oder gar die Ausweitung von Arsenalen oder eine größere Anzahl an Nuklearstaaten, dürfte die Sichtweise Russlands auf die militärischen Aktivitäten der atomar bewaffneten NATO-Mitglieder in der Region verändern – auch wenn die französischen und britischen Abschreckungsmittel für Moskau vorerst offenbar eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen.[14]

14 Zsofia Wolford et al., Evolving Russian Perceptions of the British and French Nuclear Deterrents, 22.7.2025, www.rand.org/pubs/research_reports/RRA3900-1.html.

ABSCHRECKUNG IST KOMPLEX

Russland abzuschrecken ist das gegenwärtige Ziel intensiverer Zusammenarbeit unter europäischen Staaten, wobei Moskau selbstredend keine Mitsprache haben kann. Dennoch hätte eine veränderte Sichtweise in Russland auf beispielsweise die französischen Kernwaffen und entsprechende Gegenreaktionen, sowie eine veränderte russische Bedrohungswahrnehmung, unweigerlich Auswirkungen auf das Sicherheitsumfeld Europas. Diese Auswirkungen gilt es genau zu untersuchen und in die eigene Analyse zu integrieren.

Wie Europa Russland am besten abschrecken kann, ist daher keine einfach zu beantwortende Frage. Die nukleare Abschreckung spielt dabei eine wichtige Rolle. Eine Wunderlösung sind Kernwaffen jedoch auf keinen Fall. Veränderungen in der nuklearen Landschaft Europas können sich durchaus auch negativ auf die Sicherheitslage auswirken. Dies gilt es genau zu bedenken.

In schwierigen Zeiten, in denen Dialog mit Russland kaum möglich ist oder keine Option darstellt, muss das Ziel Stabilität lauten. Die beste Lösung für Europa ist daher diejenige, die am wenigsten negative Auswirkungen auf das nukleare Gleichgewicht hat. Dies gilt zunächst ganz allgemein für Dynamiken, die ein Wettrüsten befeuern und somit Instabilität befördern. Die Bewahrung des nuklearen Gleichgewichts ist jedoch auch in konkreten militärischen Krisensituationen mit nuklearem Eskalationspotenzial essentiell, da andernfalls eine der beiden Seiten keinen anderen Ausweg mehr sehen oder sich von einem erstarkenden Ungleichgewicht Vorteile versprechen könnte. Keine dieser gefährlichen Dynamiken lässt sich vollends kontrollieren. Eine stabile Lage, in der keine Seite einen Anreiz zum Erwerb neuer Waffen oder zum Einsatz von Kernwaffen hat, ist daher ein hohes Gut. Strategische Stabilität leichtfertig aufs Spiel zu setzen, wäre ein großer Fehler. Sie zu bewahren sollte gerade in sicherheitspolitisch schwierigen Zeiten das wichtigste Ziel sein.

BARBARA KUNZ
leitet die Programmabteilung am Schwedischen Institut für Internationale Beziehungen in Stockholm. Sie arbeitet zu Fragen europäischer und transatlantischer Sicherheit sowie zu Abschreckung.

DER IRAN-KRIEG UND DIE NUKLEARE ORDNUNG

Eine nichtverbreitungspolitische Katastrophe

Oliver Meier

Der Krieg zwischen Israel, den USA und Iran hat vielfältige nukleare Facetten. Die Atomwaffenbesitzer Israel und USA haben die Angriffe auf den Nichtatomwaffenstaat Iran im Juni 2025 und seit Februar 2026 damit begründet, eine iranische Atomwaffe verhindern zu wollen. Die Angriffe wurden begleitet von nuklearen Drohgebärden des amerikanischen Präsidenten Donald Trump und von iranischen Überlegungen, eigene Atomwaffen zu entwickeln. Nuklearanlagen in Iran und Israel waren Angriffsziele der Kriegsparteien.[01]

Welche Auswirkungen haben die israelisch-amerikanischen Angriffe auf das iranische Atomprogramm und das Streben Irans nach Atomwaffen? Wie hat der Krieg die Sicht wichtiger Regionalstaaten auf Atomwaffen und die nukleare Abschreckung verändert? Und welche Folgen haben die Angriffe für internationale Bemühungen um die Kontrolle von Atomwaffen?

Da der militärische Konflikt aktuell andauert, bleiben wichtige Fragen offen. Als Zwischenbilanz lässt sich jedoch der Schluss ziehen, dass der Krieg am Golf eine nachhaltige Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm zusätzlich erschwert hat und Proliferation, also die weitere Verbreitung von Atomwaffen, langfristig befördert.

Dieser vorläufige Befund bestätigt wissenschaftliche Forschungsergebnisse zur „Counterproliferation", also Versuchen, Nuklearprogramme durch den Einsatz militärischer Gewalt zu stoppen.[02] Solche Militäraktionen waren äußerst selten erfolgreich: Von neun seit dem Zweiten Weltkrieg durchgeführten Counterproliferation-Aktionen hat einzig der israelische Angriff auf einen im Bau befindlichen syrischen Schwerwasserreaktor 2007 militärische Nuklearaktivitäten dauerhaft beendet.[03]

Eine Zwischenbilanz des aktuellen Krieges offenbart dieselben, bereits in der Forschung identifizierten Gründe für das Scheitern bisheriger Counterproliferation-Militäraktionen: die fehlende Legitimität der Angriffe, mangelnde Informationen über strategische Ziele, der Verlust von Wissen über den Verbleib von Nuklearexpertise und -technologie in der Folge von Angriffen, immense Folgekosten und politische Verhärtungen im angegriffenen Land. All dies führte in der Vergangenheit in der Regel dazu, dass die angestrebten nichtverbreitungspolitischen Ziele verfehlt wurden. Vielmehr kam es oft zu gegenläufigen Effekten, die Nichtverbreitungsbemühungen unterminierten und der Verbreitung von Atomwaffen Vorschub leisteten.

Vor dem Hintergrund der seit Ende Februar andauernden Blockade der Straße von Hormus und der geografischen Ausweitung des Iran-Krieges ist das ursprünglich im Zentrum stehende Problem der Kontrolle des iranischen Atomprogramms in den Hintergrund gerückt. Was aber können Deutschland und Europa im Angesicht dieser Gemengelage tun, um die Nukleardiplomatie mit Iran wieder zu beleben und zu einer einvernehmlichen Regelung zu führen, die die Proliferation von Atomwaffen dauerhaft verhindert?

ZWEIFELHAFTE BEGRÜNDUNG DER ANGRIFFE

Israel hat seinen Angriff auf Iran am 13. Juni 2025 mit einer unmittelbaren Bedrohung des Landes durch das iranische Atomprogramm begründet und in der Folge des sogenannten Zwölftagekriegs neben militärischen Zielen und Infrastruktureinrichtungen auch eine Reihe iranischer Atomanlagen bombardiert.[04]

Die USA griffen am 22. Juni 2025 in den Konflikt ein und führten massive Luftschlägen gegen drei iranische Atomanlagen durch (Operation „Midnight Hammer"). Sie rechtfertigten die Angriffe mit dem Recht auf Selbstverteidigung, um sich selbst und Israel vor einer nuklearen Bedrohung durch Iran zu schützen.[05] Ähnlich war auch

die Begründung für die während der Operation „Epic Fury“ (Ende Februar bis Anfang Mai 2026) erfolgten Luftschläge.[06] Es habe eine „unmittelbare und gegenwärtige Gefahr“ („immediate and present danger“) für die Existenz des Staates Israel bestanden, die durch die Angriffe abgewendet wurde.[07] Die USA führen weiterhin militärische Operationen gegen Iran durch, wenn auch in geringerer Intensität.

Diese Argumentation ist nicht schlüssig. Es gab keine belastbaren Belege, dass Iran zum Zeitpunkt der Angriffe ein aktives Nuklearwaffenprogramm besaß, geschweige denn bereits über solche Waffen verfügte.

Im Mai 2025, also kurz vor Beginn des Zwölftagekriegs, hatte der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Rafael Grossi, in einem umfassenden Bericht über das iranische Atomprogramm festgestellt, dass die Wiener Behörde keine glaubwürdigen Hinweise auf ein geheimes, strukturiertes militärisches iranisches Nuklearwaffenprogramm habe.[08]

Die IAEO stellte allerdings eine Reihe kritischer Fragen bezüglich iranischer Nuklearaktivitäten und des Verbleibs von Spaltmaterial an vier Atomanlagen. Diese Fragen bezogen sich auf verdächtige Aktivitäten Anfang der 2000er Jahre. Gleichzeitig hatte die IAEO bereits 2015 festgestellt, dass Iran sein militärisches Programm 2003 weitgehend eingestellt hatte, auch wenn einzelne, mit der Atomwaffenforschung im Zusammenhang stehende Aktivitäten möglicherweise bis 2009 weitergingen.[09]

ENDE DER NUKLEARKONTROLLEN

Donald Trump erklärte 2018 den Austritt aus der 2015 abgeschlossenen Wiener Atomvereinbarung (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA[10]), fortan hielten die USA sich nicht mehr daran. Ab 2019 schränkte Teheran dann die Umsetzung der IAEO-Kontrollen sukzessive ein. Iran verletzte damit seine „Safeguardspflichten“ zur Offenlegung seiner Nuklearaktivitäten, wie der IAEO-Gouverneursrat im Juni 2025 erneut feststellte.[11] Neben dem nur noch eingeschränkten Zugang befanden sich zu diesem Zeitpunkt zumindest einige Atomanlagen, wie die Anreicherungsanlage in Fordow und ein Schwerwasserreaktor in Arak sowie Uranbestände, weiter unter IAEO-Kontrolle.[12]

Aus Sicherheitsgründen zog die IAEO ihre Inspektoren mit Beginn des Zwölftagekriegs dann ab. Die IAEO konnte seitdem zwar den Leichtwasserreaktor in Bushehr wieder inspizieren, die angegriffenen Atomanlagen jedoch nicht. Am 2. Juli 2025 unterzeichnete der iranische Präsident ein Gesetz, das die weitere Zusammenarbeit Teherans mit der IAEO untersagte.[13] So hat die internationale Gemeinschaft seit den Angriffen nur noch einen sehr beschränkten Einblick in das iranische Atomprogramm.

01 Vgl. Azadeh Zamirirad, Irans Nukleardoktrin im Wandel. Von kalkulierter Latenz zu kalkulierter Ambiguität, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 54/2026, https://doi.org/10.18449/2026A54.

02 David M. Allison/Tyler Bowen, Counterproductive Counterproliferation? Evaluating Kinetic Attacks on Nascent Nuclear Programs, in Stephen Herzog/Giles David Arceneaux/Ariel F. W. Petrovics (Hrsg.), Atomic Backfires, Cambridge MA–London 2025; Martin B. Malin, The Effectiveness and Legitimacy of the Use of Force to Prevent Proliferation, in: Oliver Meier/Christopher Daase (Hrsg.), Arms Control in the 21st Century: Between Coercion and Cooperation, London 2012, S. 81–122.

03 Es bleibt unklar, ob die Militäraktion oder der 2011 begonnene Bürgerkrieg letztendlich zum Ende des syrischen Atomprogramms führten.

04 Ameneh Mehvar, Q&A | Twelve Days That Shook the Region: Inside the Iran-Israel War', 4.7.2025, https://acleddata.com/qa/qa-twelve-days-shook-region-inside-iran-israel-war.

05 Letter Dated 27 June 2025 from the Chargé d'affaires a.i. of the United States Mission to the United Nations Addressed to the President of the Security Council UN-Doc. S/2025/426.

06 Letter Dated 10 March 2026 from the Permanent Representative of the United States of America to the United Nations Addressed to the President of the Security Council UN-Doc. S/2026/161.

07 Reed D. Rubinstein, Operation Epic Fury and International Law, United States Department of State, 21.4.2026, www.state.gov/releases/office-of-the-legal-adviser/2026/04/operation-epic-fury-and-international-law.

08 IAEA Board of Governors, NPT Safeguards Agreement with the Islamic Republic of Iran, GOV/2025/25, 31.5.2025, Absatz 79.

09 ders., Final Assessment on Past and Present Outstanding Issues Regarding Iran's Nuclear Programme, GOV/2015/68, 2.12.2015, Absätze 84–85.

10 2015 unterzeichneten die USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Iran den Joint Comprehensive Plan of Action. Iran verpflichtete sich, für einen bestimmten Zeitraum sein Nuklearprogramm stark einzuschränken und intensiv überwachen zu lassen, umgekehrt wurden Sanktionen gelockert.

11 IAEA Board of Governors, NPT Safeguards Agreement with the Islamic Republic of Iran, GOV/2025/38, 12.6.2025.

12 ders., Verification and Monitoring in the Islamic Republic of Iran in Light of United Nations Security Council Resolution 2231 (2015), GOV/2025/24, 31.5.2025.

13 Vgl. Mostafa Salem, Iran's President Approves Law Suspending Cooperation with UN Nuclear Watchdog, 2.7.2025, www.cnn.com/2025/07/02/middleeast/iran-suspending-cooperation-iaea-intl.

ZERSTÖRUNG IRANISCHER ATOMANLAGEN

„Iran will never have a nuclear weapon" war das oft wiederholte Kriegsziel Donald Trumps. Unklar blieb, ob der amerikanische Präsident dieses Ziel durch Zerstörung iranischer Fähigkeiten zum Atombombenbau und/oder eine politische Abkehr Teherans vom Atomprogramm erreichen wollte.

Bisher hat Teheran zweimal rechtsverbindlich auf den Atomwaffenbesitz verzichtet. 1970 ratifizierte Teheran den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) als Nichtatomwaffenstaat und verpflichtete sich damit, „Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben".[14] Im JCPoA, den der UN-Sicherheitsrat 2015 in seine Resolution 2231 übernahm, bekräftigte Iran, „dass es unter keinen Umständen jemals Kernwaffen anstreben, entwickeln oder erwerben wird."[15]

Nun legten Israel und die USA vor Beginn des Zwölftagekriegs keine Belege vor, dass Teheran diesen Verpflichtungen zuwidergehandelt hatte. Ihre Angriffe verfehlten aber das Ziel, das iranische Atomprogramm so zu schädigen, dass Iran objektiv nicht mehr in der Lage wäre, Aktivitäten zur Entwicklung einer Atombombe aufzunehmen.

Iran hatte bereits vor dem Krieg begonnen, Teile seines Atomprogramms vor Angriffen zu schützen. Nach Sabotageangriffen auf die Anreicherungsanlage Natanz 2020 und 2021 hatte Teheran den Bau einer neuen, tief unter der Erde gelegenen Nuklearanlage beschleunigt. Über diese Einrichtung (Kūh-e Kolang Gaz Lā, meist mit „Pickaxe Mountain" bezeichnet) ist wenig bekannt, auch weil sie internationalen Inspektoren bisher verschlossen blieb. Irans Spaltmaterial und Technologie zur Urananreicherung könnte sich also in Pickaxe Mountain befinden.[16]

Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht dabei der Verbleib von rund 450 kg auf 60 Prozent angereichertem Uran. Diese Menge reicht aus, um acht bis zwölf Atomsprengköpfe herzustellen. Eine weitere Anreicherung auf 90 Prozent würde nur wenige Wochen in Anspruch nehmen, wenn geeignete Anlagen vorhanden sind. Iran behauptet, das Material liege unzugänglich in einer zerstörten Anlage. Die IAEO konnte dies aber bisher nicht überprüfen, und so bleibt das hochangereicherte Material einer der iranischen Trümpfe in Verhandlungen mit den USA.

MOWING THE GRASS

Aber hat der Krieg das iranische Atomprogramm zumindest so weit zurückgeworfen, dass Teheran nun maßgeblich länger brauchen würde, um in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen? Die israelische Kriegsstrategie zielt genau darauf ab und wird gelegentlich mit der Analogie des „Rasenmähens" („mowing the grass") beschrieben.[17]

Der JCPoA war darauf angelegt, die sogenannte Ausbruchszeit des Iran – definiert als der Zeitraum, den Iran für die Herstellung von Spaltmaterial für mindestens eine Atomwaffe bräuchte – von zwei Monaten auf mindestens zwölf zu verlängern.[18] Dieses Ziel war Anfang 2017 erreicht.[19] Nachdem Iran in der Folge des US-Austritts aus dem JCPoA seine Anreicherungskapazitäten wieder hochfuhr, verkürzte sich die Ausbruchszeit wieder.

Bereits vor dem Juni 2025 soll Israel iranische Atomwissenschaftler getötet und Nukleareinrichtungen sabotiert haben, allerdings ohne dass dies erkennbar zu Verzögerungen im iranischen Atomprogramm geführt hätte.[20]

US-Geheimdienste sollen nach dem Zwölftagekrieg zu dem Schluss gekommen sein, dass Iran nun bis zu einem Jahr brauchen würde, um genug Uran für eine Atomwaffe anzureichern. Berichten zufol-

14 Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, Artikel 2.

15 UN-Doc. S/RES/2231, www.un.org/Depts/german/sr/sr_15/sr2231.pdf.

16 The U.S. War on Iran: New and Lingering Nuclear Risks, Arms Control Association, Issue Briefs 4/2026, www.armscontrol.org/issue-briefs/2026-03/us-war-iran-new-and-lingering-nuclear-risks; Joseph Rodgers/Douglas Comstock/Joseph S. Bermudez Jr., New Satellite Imagery Analysis Reveals an Uptick in 2026 Construction Activity at Pickaxe Mountain, 9.9.2026, www.csis.org/analysis/satellite-imagery-pickaxe-mountain.

17 Zwei israelische Akademiker hatten das Konzept 2013 für den Umgang mit ideologisch verhärteten, nicht-staatlichen Akteuren entwickelt. Efraim Inbar/Eitan Shamir, „Mowing the Grass": Israel's Strategy for Protracted Intractable Conflict, in: Journal of Strategic Studies 1/2014, S. 65–90.

18 European Union, Nuclear Agreement – JCPOA, European External Action Service, 9.8.2026, www.eeas.europa.eu/eeas/nuclear-agreement-%E2%80%93-jcpoa_en.

19 Secretary Moniz Statement on Anniversary of JCPOA Implementation Day, IAEA Announcement of Centrifuge Removal from Fordow, 16.1.2017, www.iranwatch.org/library/governments/united-states/executive-branch/department-energy/secretary-moniz-statement-anniversary-jcpoa-implementation-day-iaea-announcement.

20 Vgl. Allison/Bowen, (Anm. 2), S. 26.

ge habe sich die Ausbruchszeit durch die Angriffe ab Februar 2026 aber nicht weiter verlängert.[21]

Die iranische Ausbruchszeit scheint also nach den militärischen Angriffen Israels und der USA genauso so lang zu sein, wie sie es vor dem US-Austritt aus dem JCPoA 2018 war.

VON HARDLINERN ZU SUPERHARDLINERN

Den USA ging es in dem Krieg auch um einen politischen Wandel in Teheran. Im Zuge ihrer (gemeinsamen) Militäroperationen töteten die USA und Israel große Teile der iranischen Führung durch gezielte Luftschläge, darunter auch den Obersten Führer Ajatollah Ali Chamenei. In seiner Rede zum Beginn der Operation „Epic Fury" am 28. Februar 2026 forderte der US-Präsident das iranische Volk auf, die Regierung nach dem Ende des Kriegs zu übernehmen („When we are finished, take over your government, it will be yours to take").[22]

Die mit einem „regime change" zusammenhängenden Ziele blieben unklar. Israel und die USA scheiterten etwa mit Plänen, den früheren iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadineschad im Laufe des Kriegs als Regierungschef zu installieren.[23] Ahmadineschad hatte in seiner Amtszeit (2005–2013) nicht nur die iranische Opposition brutal unterdrückt, sondern war auch ein nuklearer Hardliner gewesen, der Verhandlungen mit den USA ablehnte. Mit einem möglichen Plan, Iran von einem Streben nach Atomwaffen durch politischen Wandel abzubringen, passte dieser Plan also ebenso wenig zusammen wie mit der Demokratieförderung.

Die Ausschaltung großer Teile der iranischen Führung hatte hingegen zwei kontraproduktive Effekte auf die Nukleardiplomatie: Zum einen verhärtete sich die iranische Nuklearpolitik weiter. Modschtaba Chamenei wurde im März 2026 zum neuen Führer Irans ernannt – er und wichtige Gefolgsleute sollen einer iranischen Atombombe gegenüber allerdings offener eingestellt sein, als die vorherige Führung unter seinem Vater.[24]

Zum anderen erschwerten die amerikanischen Angriffe die Nukleardiplomatie praktisch. Überlebende iranische Regierungsvertreter fürchteten in der Folge des Krieges ebenfalls umgebracht zu werden, sollten sie ihren Aufenthaltsort offenbaren. Die USA hatten deshalb Schwierigkeiten, überhaupt iranische Ansprechpartner zu finden und wandten sich sogar an die kurdische Führung im Irak, um Gesprächskanäle zu den iranischen Revolutionsgarden herzustellen.[25]

DIPLOMATIE UNTER KRIEGSBEDINGUNGEN

Was bleibt, ist eine grundsätzliche Skepsis Irans gegenüber Verhandlungen mit den USA, weil die israelischen und amerikanischen Angriffe kurz nach beziehungsweise während laufender Gespräche stattfanden. Teheran fühlte sich durch Washington getäuscht.

Nur zwei Tage vor Beginn der Operation „Epic Fury", am 26. Februar 2026, hatten Iran und die USA Nuklearverhandlungen in Genf beendet und unter Vermittlung Omans weitere technische Verhandlungen für die Folgewoche vereinbart.[26] Als klar wurde, dass ein Krieg drohte, wandte sich der omanische Außenminister Badr Albusaidi am 27. Februar in einem dramatischen Appell an die Öffentlichkeit und argumentierte, dass nach seiner Einschätzung ein Friedensabkommen in Reichweite sei.[27] Am nächsten Tag begann die Operation „Epic Fury".

Teheran beschuldigte Washington in der Folge immer wieder, Verhandlungen nur geführt zu haben, um deren vermeintliches Scheitern als Vorwand für Militärschläge zu nutzen. Die Nuklear-

21 Vgl. Gram Slattery et al., EXCLUSIVE: US Intelligence Indicates Limited New Damage to Iran's Nuclear Program, Sources Say, 4.5.2026, www.reuters.com/world/middle-east/us-intelligence-indicates-limited-new-damage-irans-nuclear-program-sources-say-2026-05-04.

22 Zachary B. Wolf, Donald Trump's Iran Attacks Speech, Annotated, 28.2.2026, www.cnn.com/2026/02/28/politics/donald-trump-iran-attacks-speech.

23 Vgl. Mark Mazzetti et al., Early War Goal Was to Install Hard Line Former President as Iran's Leader, 19.5.2026, www.nytimes.com/2026/05/19/us/politics/iran-israel-us-leader-ahmadinejad.html.

24 Vgl. Julian E. Barnes, Iran's New Leader Is More Open to Pursuing a Nuclear Weapon, U.S. Intelligence Says, 24.7.2026, www.nytimes.com/2026/07/24/us/politics/iran-nuclear-weapon.html.

25 Vgl. Barak Ravid, Scoop, Inside Trump's Secret Backchannel to Iran's Revolutionary Guard, 16.8.2026, www.axios.com/2026/08/16/iran-backchannel-trump-gabbard-barzani-war.

26 Vgl. Foreign Ministry of the Sultanate of Oman, Minister Says Significant Progress in US–Iran Negotiations, 26.2.2026, www.fm.gov.om/en/37995/.

27 Vgl. Full Transcript: Omani Foreign Minister Badr Albusaidi Tells „Face the Nation" a U.S.-Iran Deal Is „within Our Reach", 27.2.2026, www.cbsnews.com/news/full-transcript-omani-foreign-minister-badr-albusaidi/.

diplomatie zwischen den USA und Iran kam nur langsam und unter Vermittlung Pakistans und anderer Drittstaaten wieder in Gang. Die am 17. Juni 2026 ausgehandelte Rahmenvereinbarung von Islamabad vertagte alle nuklearen Fragen auf einen späteren Zeitpunkt und erwies sich ohnehin als so vage, dass der vereinbarte Waffenstillstand schnell hinfällig war.[28] Verhandlungen über eine Beilegung des Nuklearstreits sind seitdem nicht in Sicht.

REGIONALE PROLIFERATION

Der Krieg gegen Iran veränderte auch die regionale Sicherheitslage und beeinflusst die Wahrnehmung von Atomwaffen und der nuklearen Abschreckung im Nahen und Mittleren Osten.

Die amerikanischen Angriffe auf Iran, ebenso wie die iranischen Gegenangriffe auf Golfstaaten und Israel haben dazu geführt, dass wichtige Regionalstaaten amerikanischen Sicherheitsgarantien immer weniger vertrauen. Diese suchen Sicherheit nun vermehrt allein oder untereinander und eruieren dabei auch nukleare Kooperationen.

So unterschrieben Mitte September 2025 Vertreter Pakistans und Saudi-Arabiens in Riad ein bilaterales Verteidigungsbündnis. Dies enthielt zwar keine nukleare Beistandsklausel. Allerdings sprach der pakistanische Verteidigungsminister am Tag der Unterzeichnung davon, dass im Rahmen der Vereinbarung Saudi-Arabien nukleare Fähigkeiten „zur Verfügung gestellt" würden.[29] Pakistan besitzt schätzungsweise rund 170 nukleare Sprengköpfe.

Im August 2026 schlossen Pakistan, Saudi-Arabien und die Türkei den trilateralen Mekka-Pakt. Das Abkommen enthält eine nur vage formulierte Beistandsklausel, und es ist unklar, ob der Pakt eine nukleare Dimension hat – die regionale Sicherheitspolitik nimmt damit aber eine weitere neue Kontur an.

Am 22. Juli 2026 verkündete US-Präsident Trump zudem den Abschluss eines Abkommens mit Saudi-Arabien über die Lieferung von Nuklearanlagen und -technologie zur zivilen Nutzung. Die Vereinbarung enthält schwächere Auflagen in Bezug auf IAEO-Inspektionen als vergleichbare Vereinbarungen mit anderen Golfstaaten. Es soll Saudi-Arabien auch die Urananreicherung bis zu einem Grad von 20 Prozent erlauben.

SCHWÄCHUNG GLOBALER KONTROLLEN

Über die regionale Sicherheitslage hinaus hat der Krieg gegen Iran Wirkungen und schädigt globale Bemühungen zur Kontrolle von Atomwaffen. Proliferationskandidaten werden den Krieg gegen Iran sicher aufmerksam beobachten. Einerseits, weil er mit der Begründung begonnen wurde, eine iranische Atombombe zu verhindern und andererseits, weil Iran damit gescheitert war, seinen Status als latente Atommacht in politisches Kapital umzumünzen und sich so vor Angriffen zu schützen. Sie dürften zu zwei Schlüssen gelangen: Wenn man Atomwaffen anstrebt, ist es, erstens, besser so lange wie möglich im Geheimen zu agieren und, zweitens, die Latenzphase zwischen dem Beschluss zur Entwicklung einer Atomwaffe und dem Atomwaffenbesitz möglichst kurz zu halten.[30]

Entwicklungen dieser Art würden die internationale Atomwaffenkontrolle konterkarieren. Die IAEO etwa setzt darauf, die Verbreitung von Atomwaffen durch mehr Transparenz und eine Verlängerung der Ausbruchszeit zu verhindern.

Der Krieg gegen den Iran hat auch direkte Auswirkungen auf die multilaterale Nichtverbreitungsdiplomatie. Selbst vor nuklearen Erpressungsversuchen der USA bot das Atomprogramm keinen Schutz. Immer wieder bedrohte Trump den Iran zumindest implizit nuklear.[31] Am 7. April 2026 etwa postete der amerikanische Präsident auf seiner Plattform Truth Social, dass in der folgenden Nacht „eine ganze Zivilisation sterben werde",[32] sollte der Iran keinem Deal zustimmen.

Die Überprüfungskonferenz des NVV im April und Mai 2026 fand daher im Schatten nu-

28 Vgl. Azadeh Zamirirad, Von Teheran ausmanövriert – Washingtons „Friedensvereinbarung" ist teuer erkauft, SWP, Berlin 19.6.2026, www.swp-berlin.org/publikation/von-teheran-ausmanoevriert-washingtons-friedensvereinbarung-ist-teuer-erkauft.

29 Kelsey Davenport, Pakistan Extends Nuclear Deterrence to Saudi Arabia, October 2025, www.armscontrol.org/act/2025-10/news-briefs/pakistan-extends-nuclear-deterrence-saudi-arabia. Vgl. Saeed Shah et al., Saudi Pact Puts Pakistan's Nuclear Umbrella into Middle East Security Picture, 19.9.2025, www.reuters.com/business/aerospace-defense/saudi-pact-puts-pakistans-nuclear-umbrella-into-middle-east-security-picture-2025-09-19.

30 Vgl. Nicole Grajewski/Ankit Panda, The Stunning Failure of Iranian Deterrence, 19.3.2026. www.foreignaffairs.com/iran/stunning-failure-iranian-deterrence.

31 Vgl. Pervez Hoodbhoy, Will Trump Nuke Iran?, 10.4.2026, https://thebulletin.org/2026/04/will-trump-nuke-iran.

32 Jack Kennedy, Why Trump's Nuclear Blackmail of Iran Failed Spectacularly, 7.7.2026, https://thebulletin.org/2026/07/why-trumps-nuclear-blackmail-of-iran-failed-spectacularly.

klearer Drohungen Russlands (gegen die Ukraine) und der USA (gegen Iran) statt. Die Konferenz scheiterte vornehmlich an der Frage des Umgangs mit den Angriffen auf Iran. Am Ende war nur jener Absatz strittig, in dem die Vertragsparteien von Iran eine „zügige Einhaltung seiner Verpflichtungen" durch eine „vollständige, zeitnahe und wirksame Umsetzung" der IAEO-Sicherungsmaßnahmen forderten.[33] Die USA wollten auf diese Formulierung nicht verzichten, während Iran nicht bereit war dies zu akzeptieren – und im Gegenzug eine klare Verurteilung der amerikanischen Angriffe forderte.[34]

Auch die IAEO geht geschwächt aus der Auseinandersetzung hervor. Sie musste in der Folge der Angriffe Inspektoren aus Iran abziehen und konnte seitdem den Verbleib jener spaltfähigen Materialien nicht verifizieren, die zur Herstellung von Atomwaffen besonders geeignet sind.

Am 9. September 2026 forderte der IAEO-Gouverneursrat Iran erneut auf, seine Verpflichtungen im Hinblick auf die Kontrolle seines Atomprogramms zu erfüllen und überwies den Fall – erstmalig seit 2006 – zur weiteren Beratung an den UN-Sicherheitsrat. Damit gestand die IAEO das eigene Scheitern bei der Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm ein.[35] Daraufhin brachte das iranische Parlament unter Hinweis auf die IAEO-Entscheidung am 20. September ein Dringlichkeitsgesetz auf den Weg, das den Austritt Irans aus dem NVV zum Ziel hat.[36]

DEUTSCHLAND, EUROPA UND DAS IRANISCHE ATOMPROGRAMM

Der Krieg gegen Iran, begonnen mit der zweifelhaften Begründung, die Welt vor einer unmittelbaren Bedrohung durch iranische Atomwaffen schützen zu müssen, hat dazu geführt, dass die iranische Führung einer nuklearen Bewaffnung vermutlich offener gegenübersteht. Gleichzeitig ist die Einhegung solcher Ambitionen massiv erschwert. Irans Nachbarn rüsten sich für eine Zeit, in der sie ihre Sicherheit stärker selbst gewährleisten müssen und erwägen dabei auch nukleare Optionen. Proliferationskandidaten dürften den Schluss ziehen, dass die Abschreckung durch den Besitz von Nuklearwaffen wirksamer ist, als Versuche, Interventionen durch die Drohung mit dem Atomwaffenerwerb zu verhindern.

Diese Entwicklungen sind weder im deutschen noch europäischen Interesse. Momentan aber verfolgen Deutschland und die Europäer den Konflikt nur von der Seitenlinie.

Grundsätzlich hat Europa Mittel, um wieder am Verhandlungstisch zu sitzen. Frankreich und Großbritannien sind Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, der etwa eine Aufhebung der gegen Iran verhängten UN-Sanktionen beschließen könnte – als Anreiz, Iran wieder zu Verhandlungen zu bringen. Ein europäischer Beitrag zur Absicherung eines Waffenstillstands an der Straße von Hormus wiederum könnte als Hebel genutzt werden, um auf eine Regelung zum iranischen Atomprogramm Einfluss zu nehmen.

Langfristig muss es das Ziel Europas bleiben, durch eine Regelung das Vertrauen in die friedlichen Absichten hinter dem iranischen Nuklearprogramm wiederherzustellen. Das kann nachhaltig nur im Rahmen von internationalen Regeln und Verfahren erfolgen. Sogenannte Abrüstungskriege hingegen, die das Waffenpotenzial (insbesondere von Massenvernichtungswaffen) eines anderen Staates zerstören sollen, verhindern die nukleare Proliferation nicht, sondern befördern das Streben nach Atomwaffen.

33 2026 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Implementation of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons for Its Twelfth Review Cycle, UN-Doc. NPT/CONF.2026/CRP.4, https://reachingcriticalwill.org/images/documents/Disarmament-fora/npt/revcon2026/documents/CRP4-corrected.pdf.

34 Vgl. Oliver Meier, Out of the Ashes: How to Re-energize the NPT, in: Arms Control Today, October 2026, S. 6–11.

35 IAEA Board of Governors, Implementation of the NPT Safeguards Agreement and Relevant Provisions of United Nations Security Council Resolutions in the Islamic Republic of Iran, GOV/2026/61, 9.9.2026.

36 Iranian Lawmakers Push for NPT Withdrawal, Submit Bill to Parliament's Presiding Board, 20.9.2026, www.presstv.co.uk/Detail/2026/09/20/776678/Iran-lawmakers-NPT-withdrawal.

OLIVER MEIER
leitet das Programm für nukleare und multilaterale Abrüstung beim European Leadership Network in London.

WARUM WURDE DEUTSCHLAND NICHT ATOMMACHT?

Andreas Lutsch

Vor etwa 70 Jahren, am 18. Dezember 1956, tagte der Bundesverteidigungsrat unter Vorsitz von Bundeskanzler Konrad Adenauer im Bundeskanzleramt in Bonn. Dieser Kabinettsausschuss der Bundesregierung war Vorläufer des Bundessicherheitsrates, dessen Aufgaben 2025 vom Nationalen Sicherheitsrat übernommen wurden. Wie stets erfolgte die Beratung auch Ende 1956 unter Geheimhaltung. Laut Kurzprotokoll wies der Kanzler darauf hin, dass „die Entscheidung" über den Einsatz von Kernwaffen zur Verteidigung Europas „praktisch allein vom Präsidenten der USA" abhänge und dass die „Fortschritte in der Entwicklung der Atomwaffen (…) die politische und militärische Situation Europas grundlegend verändert" hätten. „Ziel der deutschen Politik müsse es daher sein, ebenfalls in den Besitz nuklearer Waffen zu gelangen."[01]

Bekanntermaßen besitzt Deutschland bis heute keine eigenen Nuklearwaffen. Wie ist das zu erklären? Hierzu ist ein Blick auf Entwicklungen der vergangenen Jahre aufschlussreich, die historisch eingebettet werden müssen. Denn Deutschlands Status und Position in der nuklearen Weltordnung sind das Produkt historischer Umstände und Entwicklungen. Die späten Jahre der Kanzlerschaft Konrad Adenauers ragen durch eine besondere Ambivalenz heraus: Es ist bis heute umstritten, ob die damaligen Bundesregierungen und Adenauer selbst beabsichtigten, die Bundesrepublik zur Atommacht zu machen. Die Sowjetunion und andere kommunistische Staaten versuchten mit aktiven Maßnahmen, die deutsche Regierung, namentlich Konrad Adenauer und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, sowie die Bundeswehrführung zu diskreditieren. Neben fadenscheinigen Hinweisen auf angebliche Kontinuitäten zwischen Bonner Politik und Nationalsozialismus sollte der Verdacht genährt werden, die Regierung in Bonn strebe nach Kernwaffen und sei eine Gefahr für den Weltfrieden.[02]

„ZEITENWENDE" UND NUKLEARE ABSCHRECKUNG

Betrachtet man die Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre, so scheint klar zu sein: Für keinen Kanzler und für keine Bundesregierung kam es infrage, Kernwaffen für Deutschland anzustreben. Bundeskanzler Olaf Scholz, der nach Russlands direktem Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 eine „Zeitenwende" ausrief, erklärte die Idee, Kernwaffen für die Bundeswehr zu produzieren, für „völlig absurd".[03] Kontext dieser Äußerung waren öffentliche Diskussionen im Jahr 2024 in Erwartung einer möglichen Wiederwahl Donald Trumps und damit verbundener Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen. Würden die USA aus der NATO austreten oder sie ruhen lassen? Wie verlässlich wären die nuklearen Schutzzusagen der USA dann noch? Oder würden die Veränderungen weniger einschneidend, als von vielen befürchtet? Die Medienberichterstattung sorgte für ein großes Echo im In- und Ausland. Mittlerweile werde in Deutschland, so war im „Wall Street Journal" Ende Februar 2024 zu lesen, sogar die nukleare Dimension der eigenen Sicherheit so offen wie nie zuvor diskutiert, bis hin zur Frage: „Do we need nuclear weapons?"[04]

Speziell in den Jahren 2024 bis 2026 veränderten sich Debattenlinien beiderseits des Atlantiks. Dabei ergaben sich nur begrenzt Wechselwirkungen zwischen Diskussionen über nukleare Sicherheit in Europa und im Westpazifik. Stimmen aus Südkorea und Japan, die eigene Nuklearstreitkräfte forderten, wurden mitunter in Europa rezipiert.[05] Innerhalb der Strategic Community der USA lehnte die Mehrheit die Verbreitung von Kernwaffen weiterhin ab. Aber es wurde Teil der Mainstreamdebatte, ob die USA eine eigenständige Nuklearbewaffnung ausgewählter US-Verbündeter unter Umständen dulden oder unterstützen würden.[06] In Europa wurden Ex-

pertendebatten über potenzielle Veränderungen im westlichen System der nuklearen Abschreckung aktiver, verwiesen aber in Anbetracht der Bedrohung durch Russland mehrheitlich auf die zentrale Rolle der USA, die zumindest mittelfristig nicht annähernd gleichwertig zu ersetzen sei.[07] Punktuellen Versuchen zum Trotz, eine öffentliche Debatte über nationale nukleare Aufrüstung anzufachen,[08] erschien eine nationale Nuklearbewaffnung nur sehr wenigen öffentlichen Stimmen als erstrebenswert. Anderen erschien sie als letzte Rückfalloption, falls sich bevorzugte Ansätze – darunter der Status quo oder eine irgendwie gestärkte Rolle französischer Nuklearstreitkräfte – als unzureichend oder nicht umsetzbar erweisen würden. Wieder andere sahen sie als schädliche bis gefährliche Idee, die unter keinen Umständen erwogen werden dürfe. Manche dieser Diskussionen waren anfällig für Hysterie, Alarmismus, Dramatisierung, Wunschdenken und Mangel an militärischem Sachverstand.[09] Ein Hang zum Provinzialismus zeigte sich, wenn US-Interessen an der US-Weltmachtposition unterschätzt wurden.

Inmitten politischer Turbulenzen in den transatlantischen Beziehungen infolge der erneuten Amtsübernahme Trumps nahm der spätere Bundeskanzler Friedrich Merz noch am Abend der Bundestagswahl 2025 bemerkenswert Stellung: Es „wird absolute Priorität haben, so schnell wie möglich Europa so zu stärken, dass wir Schritt für Schritt auch wirklich Unabhängigkeit erreichen von den USA“.[10] Als Bundeskanzler sprach sich Friedrich Merz wie sein Vorgänger Scholz für eine möglichst dauerhafte Sicherheitskooperation mit den USA im Rahmen der NATO aus, in der europäische Partner viel stärkere Beiträge als zuvor leisten müssten. Zur euro-amerikanischen Sicherheitskooperation gehört vor allem auch der Erhalt der erweiterten nuklearen Abschreckung der USA zugunsten Europas und ein modernisierter Beitrag Deutschlands im Rahmen der nuklearen Teilhabe in der NATO. Hierzu beschafft Deutschland F-35A Lightning II Tarnkappen-Kampfflugzeuge vom US-Hersteller Lockheed Martin. Die Regierung Merz gab drei weitere Ziele aus: Erstens soll die Bundeswehr zur „konventionell stärksten Armee Europas“ ausgebaut werden.[11] Zweitens soll der Bundesnachrichtendienst zu einem Geheimdienst werden. Drittens werde mit Frankreich und Großbritannien geprüft, inwiefern deren Nuklearstreitkräfte stärker als bislang die erweiterte nukleare Abschreckung der USA im Rahmen der NATO ergänzen könnten.[12] Den Referenzrahmen der Diskussion mit Frankreich bildet das französische Konzept der dissuasion avancée („vorgelagerte Abschreckung“).[13] Bei alledem stellte Bundeskanzler Merz wiederholt klar: „Ich möchte nicht, dass Deutschland über eine eigenständige atomare Bewaffnung nach-

01 Kurzprotokoll, 18. Sitzung Bundesverteidigungsrat (BVR), 18.12.1956, Bundesarchiv (BArch) Koblenz, B 136, Bd. 52625.

02 Vgl. David E. Murphy/Sergei A. Kondrashev/George Bailey, Battleground Berlin. CIA vs. KGB in the Cold War, New Haven–London 1997, S. 312f., S. 371. Unklar sei, inwiefern die Überzeugung, die Bonner Regierung wolle Westdeutschland zur Atommacht machen, die geheime Berichterstattung des sowjetischen Geheimdienstes KGB prägte, der von Berlin-Karlshorst aus zur Unterrichtung der Regierung in Moskau über seine Spionage gegen die Regierung in Bonn berichtete. Solche Berichte seien oft bis zur „Verwirrung“ mehrdeutig gewesen, die vermutlich auch teilweise beabsichtigt gewesen sei. Denn die in der politischen Rhetorik und aktiven Maßnahmen der Sowjetunion behauptete Linie – „NATO would eventually give the FRG nuclear capability“ – sollte durch alle möglichen Anhaltspunkte gestützt werden. Vgl. ebd., S. 390.

03 Scholz lehnt deutsche Atomwaffen ab, 24.7.2024, www.faz.net/19876925.html.

04 Bertrand Benoit/Bojan Pancevski, Germans Debate the Once-Unthinkable: Do We Need Nuclear Weapons?, 27.2.2024, www.wsj.com/world/europe/germans-debatethe-once-unthinkable-do-we-need-nuclear-weapons-13fa7e68.

05 Vgl. u.a. Emmanuelle Maitre, Towards a South Korean Nuclear Weapon? Political and Strategic Considerations, Fondation pour la Recherche stratégique, 18.7.2025.

06 Vgl. Astrid Chevreuil, Friendly Proliferation. Assessing U.S. Perceptions on Proliferation Among Allies and Partners, Center for Strategic and International Studies, Juni 2026.

07 Vgl. u.a. Tobias Bunde et al., Mind the Deterrence Gap: Assessing Europe's Nuclear Options. Report of the European Nuclear Study Group, München–Berlin–St. Gallen, Februar 2026.

08 Vgl. u.a. Reinhard Müller, Die Fesseln des Zwei-plus-vier-Vertrags, 24.3.2025, www.faz.net/110375172; Konrad Schuller, Brauchen wir die Bombe?, 4.1.2026, www.faz.net/110812729.

09 Vgl. Michael Rühle/Hans Rühle, 50 Jahre danach: Schweigen im Lande von Clausewitz, 8.3.2024, www.cicero.de/aussenpolitik/debatte-uber-sicherheitspolitik-clausewitz-ukraine-israel.

10 ZDF heute, Runde der Spitzenkandidaten zum Ausgang der Bundestagswahl, 23.2.2025, Min. 39:19–39:28.

11 Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zur neuen Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag, 14.5.2025, www.bundesregierung.de/-2347888.

12 Vgl. u.a. Joint Declaration of President Macron and Chancellor Merz, 2.3.2026, www.bundesregierung.de/-2409268.

13 Vgl. Speech by the President of the Republic on France's Nuclear Deterrence, 2.3.2026, www.elysee.fr/front/pdf/elysee-module-26067-en.pdf.

denkt."[14] In der NATO – auch auf den Gipfeltreffen in Den Haag (2025) und Ankara (2026) – bestätigten die USA ihr Interesse an einer durch stärkere europäische Beiträge reformierten Verteidigungsgemeinschaft sowie ihre Zusicherung, die nuklearen Schutzzusagen der USA für die NATO zu erhalten. Im Einklang mit der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2025 will die Regierung Trump eine „balanciertere, effektivere und widerstandsfähigere Allianz" erreichen, in der die europäischen Verbündeten die „primäre Verantwortung für ihre eigene konventionelle Verteidigung" tragen, während die USA die erweiterte nukleare Abschreckung gewähren und begrenztere Beiträge als zuvor zur konventionellen Verteidigung leisten.[15]

Es ist nicht unbedingt selbsterklärend, wie sich Deutschland inmitten der „Zeitenwende" zur nuklearen Abschreckung positioniert hat. Auf den ersten Blick, der bekanntermaßen trügen kann – könnte nämlich der strategische Anreiz für Deutschland, Atommacht zu werden, als ziemlich groß erscheinen. Die Atommacht Russland wird die Hauptbedrohung für die euro-atlantische Sicherheitsordnung bleiben, zumal sie Staatsgrenzen mit Gewalt verschoben und ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine mit nuklearer Abschreckung abgeschirmt hat. Dieser machtpolitische Missbrauch von Kernwaffen hat einen Teil der Bedingungen zerstört, unter denen Nichtkernwaffenstaaten historisch bereit waren, auf Kernwaffen zu verzichten. Zudem ist trotz zahlloser Absichtsbekundungen von nuklearer Abrüstung seitens der Atommächte nicht auszugehen. Die dynamische nukleare Aufrüstung Chinas macht es für die USA schwieriger, nukleare Schutzzusagen glaubwürdig erscheinen zu lassen. Im Unterschied zu Russland steht Deutschland als Status-quo-Macht für die Unverletzlichkeit von Staatsgrenzen ein. Die Ukraine erfährt in ihrem Freiheitskampf starke Unterstützung von Deutschland, ohne dass Deutschland oder irgendein anderer westlicher Staat Kriegspartei war, ist oder werden will. Ohne Deutschland wäre eine Verteidigung gegen eine militärische Aggression gegen die NATO-Ostflanke unmöglich. Als logistische „Drehscheibe" auf dem europäischen Kontinent wäre Deutschland schon bei einem begrenzten Verteidigungskrieg unmittelbar betroffen. Großbritannien und Frankreich wiederum unterhalten Nuklearstreitkräfte, um sich vor den schlimmsten Auswüchsen eines Krieges möglichst lange abschirmen zu können. Wie der Ukrainekrieg zeigt, ist die Gefahr nicht auszuschließen, dass sich Russland und die USA in einer begrenzten Auseinandersetzung gegen die Interessen europäischer Staaten abstimmen könnten. Ein besonderer Anreiz zu kooperativer Konflikteindämmung entsteht beiden Großmächten aus der wechselseitigen nuklearen Abschreckung. Mit rund 86 Mrd. Euro Verteidigungsetat im Jahr 2025 betrug der deutsche Anteil rund 20 Prozent aller Ausgaben für Verteidigung in der EU (418 Mrd.) und lag im Direktvergleich vor Frankreich (68 Mrd.) und Großbritannien (rund 73 Mrd.).[16] Die Tendenz ist steigend. Gemessen am geschätzten nominalen Bruttoinlandsprodukt 2026 ist die Volkswirtschaft Deutschlands die drittgrößte der Erde (nach den USA und China) und ungefähr doppelt so groß wie die Russlands. Wahrscheinlich ist Deutschland längst auch der wichtigste Partner der USA in Europa.

Trotz alledem lässt Deutschland auch inmitten der „Zeitenwende" weiterhin strategische Zurückhaltung in Bezug auf nukleare Abschreckung walten. Wenn man verstehen will, warum Deutschland weiterhin auf eigene Kernwaffen verzichtet, muss man diese jüngsten Entwicklungen in eine historische Perspektive einbetten. Deutschlands Status und Position in der nuklearen Weltordnung waren und sind nämlich keine Naturgegebenheiten oder Zwangsläufigkeiten, sondern das Produkt historischer Umstände. Von deren Ewigkeitsbestand kann man kaum ausgehen, wenn man annimmt, dass Veränderung die wichtigste Konstante der Geschichte ist.

WAS GIBT ES DA NOCH ZU ERKLÄREN?

Dass die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg keine Atommacht wurde, scheint einfach zu erklären. Deutschland wurde

14 Podcast „Machtwechsel", Der Kanzler im Interview, 18.2.2026, Min. 08:30–09:15, https://machtwechsel.podigee.io/236-machtwechsel-im-interview-mit-bundeskanzler-friedrich-merz.

15 Remarks by Under Secretary of War for Policy Elbridge Colby at the NATO Defense Ministerial, 12.2.2026, www.war.gov/News/Speeches/Speech/Article/4404801.

16 Vgl. u.a. SIPRI Military Expenditure Database, 1949–2025, www.sipri.org/databases/milex.

besiegt, kapitulierte bedingungslos, wurde entwaffnet, besetzt und geteilt. Nach dem Holocaust an den Juden Europas und einem rassenideologischen Vernichtungskrieg, der alleine in der Sowjetunion 27 Millionen Menschen das Leben kostete, wog die Schuld so schwer, dass die Idee der Besitzes von „Massenvernichtungswaffen" verpönt und praktisch irrelevant war. Bevor die Bundesrepublik als NATO-Mitglied Streitkräfte aufstellen durfte, wurde in den Pariser Verträgen von 1954/55 völkerrechtlich geregelt, dass Westdeutschland keine Kernwaffen im eigenen Gebiet produzieren durfte. Zudem agierten die USA dauerhaft als nukleare Schutzmacht der NATO. Damit war der Bedrohung durch die Sowjetunion genug entgegengesetzt. Großbritannien und Frankreich produzierten und kontrollierten Kernwaffen. Als Siegermächte des Zweiten Weltkrieges konnten beide aber nicht mit Westdeutschland verglichen werden. Hätte eine deutsche Regierung versucht, Kernwaffen zu erlangen, wäre das auf massiven Widerstand gestoßen und hätte die europäische Integration, die NATO und die deutsch-amerikanischen Beziehungen zerstört – und vielleicht sogar ein gemeinsames Vorgehen der alten Weltkriegskoalition gegen Westdeutschland hervorgerufen. Und natürlich war keine der drei Westmächte bereit, irgendeinem anderen Verbündeten Kernwaffen zu überlassen, schon gar nicht Deutschland. Durch den Beitritt zu anderen Verträgen, insbesondere zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968, bestätigte die Bundesrepublik ihren Nuklearverzicht einmal mehr. Im Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 verzichtete das wiedervereinigte Deutschland völkerrechtlich „auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen".[17] Diese vertraglichen Regelungen gelten bis heute.

Das alles ist leicht nachzuvollziehen, ergibt intuitiv Sinn und mag im Wesentlichen selbsterklärend sein. Doch ist es das auch?

Wer so denkt, geht von zu starken Überzeugungen aus, die „auf einem sicheren Fundament" ruhen: „unserer beinahe unbegrenzten Fähigkeit, die eigene Unwissenheit zu ignorieren".[18] Denn es ist allzu leicht, die reale Tiefe eines Sachverhalts zu unterschätzen und das eigene Verständnis des Sachverhalts zu überschätzen.[19] Obendrein ist es bei Fragen der internationalen Sicherheit besonders herausfordernd, zu deuten, warum etwas nicht geschah. Denn die Suche nach der Kausalität für Absenz, so wichtig diese Bemühung ist, führt nicht zu sicheren Ergebnissen. Aber mindestens Einschätzungen zu den Gründen sind möglich, auch wenn diese unterschiedlich belastbar sein mögen. Die Befassung mit der historischen Frage, warum Deutschland nicht Atommacht wurde, kann zudem dadurch erschwert werden, dass moralische oder ideologische Prägungen, intuitive Plausibilitätsvorstellungen und populäre Geschichtsbilder die Perspektive verunklaren. In einem anderen Extrem gehen Beobachter von rigiden Annahmen aus (etwa: „Adenauer wollte Kernwaffen für Deutschland"). Infolgedessen wittern sie Verschwörung, Täuschung und Tarnung („Deutschlands damalige Beteuerungen waren nicht glaubhafter als die des Iran heute") und machen sich dafür empfänglich, selbst bei massiver Dissonanz zu qualitativ hochwertigen Belegen an ihrer Überzeugung festzuhalten, dass die Deutschen in den frühen 1960er Jahren „nach der Bombe" strebten.

Was man wissen kann, hängt stark davon ab, wie präzise und tiefgründig die interessierenden Sachverhalte betrachtet werden können. Der Umgang mit Belegen ist jedoch schwieriger, als vielen bewusst ist. Das gilt in besonderem Maße für sicherheitsrelevante Themen, in denen Geheimhaltung eine Rolle spielt. Mittlerweile steht die Erforschung der Frage, warum Deutschland nicht Atommacht wurde, auf soliderer Quellengrundlage als jemals zuvor. Die seinerzeit streng geheimen Akten, die Adenauer nach seiner Kanzlerschaft im wörtlichen Sinne mit nach Hause nahm und die den „Tresorbestand" bei der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf bilden, wurden mittlerweile vollständig offengelegt. Zuvor hatte im Wesentlichen nur ein Wissenschaftler, Hans-Peter Schwarz, die sicherheitsrechtliche Befugnis und Genehmigung, nuklearpolitisch relevante Informationen aus dem „Tresorbestand" aus-

17 Vertrag vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, www.auswaertiges-amt.de/240218-240218.

18 Daniel Kahneman, Schnelles Denken, langsames Denken, München 2012, S. 249.

19 Vgl. Steven Sloman/Philip Fernbach, The Knowledge Illusion. The Myth of Individual Thought and the Power of Collective Wisdom, New York 2017.

zuwerten.[20] Zudem sind für die Ära Adenauer mittlerweile fast alle Sitzungsprotokolle des Bundesverteidigungsrates öffentlich zugänglich, daneben umfangreiche Überlieferungen ehemaliger Verschlusssachen des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums der Verteidigung und verschiedener ausländischer Regierungsstellen insbesondere aus Großbritannien, den USA, Italien und Frankreich.

Diese maßgeblich verbesserte Quellengrundlage war ein wesentlicher Antrieb für ein internationales Forschungsprojekt zu der Frage, warum die Bundesrepublik Deutschland nicht Atommacht wurde.[21] Inwiefern trugen Entscheidungen und Entwicklungen der ausgehenden 1950er und frühen 1960er Jahre zu diesem historischen Ergebnis bei? Wie nahmen Verbündete und Rivalen die Absichten der Adenauer-Regierung wahr?

DIE DEUTSCHE NUKLEARE FRAGE IN DER SPÄTEN ÄRA ADENAUER

Auch zur Regierungszeit Konrad Adenauers hat Deutschland nahezu sicher nicht beabsichtigt, proaktiv – also ohne Veranlassung etwa durch die USA – Atommacht zu werden. Allerdings haben die Regierungen unter Adenauer durchaus Voraussetzungen dafür zu schaffen versucht, dass Deutschland mittel- oder langfristig Atommacht werden könnte, *falls* eine zukünftige Bundesregierung dies anstreben sollte – etwa angesichts einer drastisch verschlechterten gesamtstrategischen Lage.

Die zugängliche Überlieferung lässt es mittlerweile zu, die entsprechenden strategischen Kalkulationen und Positionierungen der Bundesregierung präziser zu erforschen. Adenauers persönliche Haltung bleibt schwer zu deuten. Für ihn war es offenbar eine Abwägungsfrage, die er nie frei von Ambivalenz oder vielleicht gar Zwiespältigkeit betrachtete. Adenauer war zu keiner Zeit bereit, eine Revision des völkerrechtlichen Verbots von 1954/55 konkret anzustrengen, wonach es Deutschland verboten war, ABC-Waffen im eigenen Gebiet zu produzieren.[22] Andererseits sah er den nicht-nuklearen Status der Bundesrepublik zu keiner Zeit als endgültig an, bestand auf einer „gleichberechtigten Behandlung Deutschlands“[23] und lehnte eine „Diskriminierung der Bundesrepublik bei der Ausstattung der NATO-Streitkräfte mit Atomwaffen“[24] ab.

Höchst spannungsgeladen war diese Gemengelage zum Jahreswechsel 1962/63, nachdem die US-Regierung unter Präsident John F. Kennedy einen Politikwechsel vollzogen hatte: Ein angloamerikanisches Gipfeltreffen in Nassau (Bahamas) erbrachte nämlich die US-Konzession an Großbritannien, seegestützte Mittelstreckenraketen aus US-Produktion für die unabhängige britische Nuklearstreitmacht erwerben zu können. Infolgedessen wurden strategische U-Boote mit – aus US-Produktion stammenden – Raketen mit britischen Nukleargefechtsköpfen zum Kern von Großbritanniens Nuklearstreitmacht. Noch im 21. Jahrhundert gelten zentrale Parameter der Nassauer Konzeption für die Modernisierung der britischen Nuklearstreitkräfte fort: Großbritannien produziert Kernwaffen und U-Boote selbst, bezieht die passenden Raketen aber von den USA. Ende 1962 legte die US-Regierung Wert darauf, dass Adenauer persönlich über die Ergebnisse des angloamerikanischen Treffens vom US-Botschafter informiert wurde, bevor das entsprechende Kommuniqué veröffentlicht wurde.[25] Adenauers Bewertung des Nassauer Gipfels war nicht ausschließlich negativ, aber in der Gesamttendenz sehr kritisch: „Nach dem Briefe Kennedys wird ein solches Angebot der Bundesrepublik nicht gemacht. Die Bundesrepublik hat schon jetzt das stärkste Potential an konventionellen Waffen. Von ihr wird ständig eine Erhöhung ihrer Truppenzahl verlangt. Militärisch scheint mir das (…) wertlos. Der ‚Atom-

20 Vgl. insbesondere Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986; ders., Adenauer: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991.

21 Vgl. Andreas Lutsch et al. (Hrsg.), The German Nuclear Question. An International History, 1955–1963, Berlin 2027.

22 Vgl. Dominik Geppert/Holger Löttel, Adenauer und die Kernwaffen. Neue Antworten auf alte Probleme, in: Historische Zeitschrift 2/2025, S. 346–385.

23 So Adenauer im BVR am 17.2.1961 gemäß Aufzeichnung Carstens, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, B 130, Bd. 1587A.

24 Hierauf sei „in der weiteren Aussprache“ zum Thema „Ausstattung der NATO mit Atomwaffen (…) hingewiesen“ worden. Vgl. Kurzprotokoll BVR-Sitzung, 17.2.1961, BArch, B 136, Bd. 52629.

25 Vgl. Telegramm Ball, UDEL Nassau, an Rusk, 20.12.1962, John F. Kennedy Presidential Library (JFKL), National Security Files (NSF), Regional Security (RS), Box 228, NATO, weapons, Nassau, Basic documents, 12/19/62–2/7/63.

klub' wird geschaffen, aber ohne die Bundesrepublik. Diese wird dadurch eine Macht 3. Ranges. (…) Übrigens ist die seinerzeit von mir gegebene Zusicherung jederzeit widerrufbar, da für sie wie für alle völkerrechtlichen Erklärungen die clausula rebus sic stantibus gilt."[26] Anfang 1963 teilte Bundesaußenminister Gerhard Schröder dem US-Botschafter mit, die „nukleare Dominanz" der USA sei für Deutschland „leicht akzeptabel", eine langfristige Diskriminierung Westdeutschlands im Vergleich zu anderen europäischen NATO-Partnern hingegen nicht.[27] Insbesondere angesichts dieser Art von Bewertung in Bonn, die zu dem Zeitpunkt längst fest etabliert war, unterbreitete die Regierung Kennedy Anfang 1963 den Vorschlag einer „Multilateralen Atomstreitmacht" in der NATO, der allerdings zu nichts führte.

Im Unterschied zur eingangs erwähnten Interpretation wäre es zu einfach, wenn man zu dem Schluss käme, dass sich die Frage einer nationalen Nuklearstreitmacht prinzipiell nicht gestellt hat. Eine weitere konkurrierende Interpretation ist nahezu sicher falsch, auch wenn sie vor allem in der US-amerikanischen Forschung des 21. Jahrhunderts einflussreich wurde. Diese besagt, dass die Bundesrepublik ursprünglich Atommacht werden wollte, aber eine Kehrtwende wegen der Erkenntnis vollzog, dass sie nicht Atommacht werden konnte. Diese Interpretation gibt es in einigen Permutationen, etwa der, Adenauer und seine Regierungen hätten den Kurs eingeschlagen, nationale Nuklearstreitkräfte für die Bundesrepublik zu erlangen, seien hiervon aber wirksam durch Druck- und Zwangsmaßnahmen der USA unter Präsident John F. Kennedy und dessen Nachfolger abgebracht worden, welche – je nach Lesart – tatsächliche, angedrohte oder befürchtete Maßnahmen gewesen seien. So oder so erscheint dabei eine postulierte Oppositionshaltung der USA als entscheidender Faktor, um zu erklären, warum die deutsche Regierung ihren Kurs angeblich umkehrte und Deutschland nicht Atommacht wurde.

Diese konkurrierenden Interpretationen unterstreichen die Komplexität der Problematik und zeigen, dass es weder Naturgegebenheit noch Zwangsläufigkeit, sondern das Ergebnis kontingenter historischer Umstände, Entwicklungen und Entscheidungen war, dass Deutschland nicht Atommacht wurde.

Eine markante Entscheidung, die der Forschung bis vor Kurzem unbekannt war und aufgrund von Aktenfreigaben erstmals erkennbar wurde, trafen die Spitzen der Bundesregierung in einer Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 17. Juli 1962: Für den „weiteren Aufbau der Bundeswehr" für die 1960er Jahre und darüber hinaus wurde „die Konzeption der abgestuften Abschreckung gebilligt", deren erstes Prinzip lautete: „Keine Beteiligung am strategischen Deterrent, jedoch Beteiligung an einer integrierten Mittelstreckenraketen-Streitmacht unter SACEUR".[28]

Das war eine förmliche und explizite Entscheidung gegen eine nationale Nuklearstreitmacht zur Abschreckung (*deterrence*). Als solche ist sie die einzige, die in den Akten nachweisbar ist: Die Bundesrepublik sollte nicht an der Seite der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu einem unabhängigen Entscheidungszentrum mit nationalen strategischen Nuklearstreitkräften gemacht werden.

Diese Entscheidung, „keine Beteiligung am strategischen Deterrent" anzustreben, stand in einem schon in der Formulierung erkennbaren unmittelbaren Zusammenhang mit der Entscheidung, die Bundeswehr an einer sogenannten NATO-MRBM-Streitmacht zu beteiligen, wie es damals hieß. Unter dem integrierten Oberbefehl des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) der NATO – also gerade nicht unter exklusiver nationaler Kontrolle teilnehmender Verbündeter – sollten hunderte mobile Mittelstreckenraketen („Medium Range Ballistic Missiles", MRBM) mit Nuklearsprengköpfen zur See und zu Lande eingeführt werden, um bestimmten militärischen Zielen ein Abschreckungspotenzial entgegenzusetzen, vor allem zeitkritischen Zielen wie den nuklearen Mittelstreckenraketen in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion. Was die von der Adenauer-Regierung angestrebte deutsche „Beteiligung" anging, so lauteten zentrale deutsche Präferenzen im Sommer 1962: Im Rahmen bilateraler nuklearer Teilhabe mit der Bundesmarine und der Luftwaffe soll-

26 Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Hs. Aufz. o. A. [Adenauer], n. d., III/45.

27 Vgl. Telegramm Dowling an Rusk, 7. 1. 1963, JFKL, PP, NSF, RS, Box 226A, NATO, weapons, cables, Germany 3/61–9/63.

28 Anlage zu: Kurzprotokoll, 4. Sitzung des BVR, 17. 7. 1962, BArch, B 136, Bd. 58609.

ten die Nukleargefechtsköpfe der MRBM US-Eigentum und im Gewahrsam der US-Streitkräfte bleiben.[29] Der deutsche Anteil sollte bei rund 100 Stück MRBM-Abschussvorrichtungen liegen.[30] „(…) 2/3 sollten zur See basiert, 1/3 auf Land basiert sein".[31] Und seebasierte MRBM sollten auf U-Booten mit Nuklearantrieb verfügbar sein.[32] Diese Präferenzen bedeuteten, dass bei entsprechender Umsetzung beiläufig auch der Grad an strategischer Latenz Westdeutschlands mit Blick auf potenzielle nationale Nuklearstreitkräfte stark erhöht worden wäre – und dies zwar nicht ohne Beeinflussung, wohl aber ohne Präjudizierung der fundamentalen politischen Frage, ob eine zukünftige Bundesregierung unter Umständen eine „Beteiligung am strategischen Deterrent" anstreben wollen oder umsetzen können würde. Man muss sich hierfür insbesondere folgende Parameter von U-Booten mit MRBM vor Augen halten: Atomantrieb, lange Tauchdauer, hohe Überlebensfähigkeit (zumal angesichts der Dominanz der NATO in Atlantik und Mittelmeer), Flexibilität des Einsatzraums, Wirksamkeit und Feuerkraft der MRBM.

Eine NATO-MRBM-Streitmacht wurde tatsächlich nie errichtet. Schon angesichts der Positionierung der Adenauer-Regierung in der Frage stellten sich den Verbündeten Deutschlands auch Jahre später noch profunde Fragen: Was, wenn keine NATO-MRBM-Streitmacht aufgebaut oder keine ausreichende Alternative in der NATO gefunden würde? „Can the West Germans then be expected to embark on a program to acquire, through their own efforts, a nuclear capacity of their own? This is the key question to the Atlantic nuclear problem (…)."[33]

SCHLUSS

Es war stets – und ist bis heute – ein fundamentales Element der nuklearen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, auf eine nationale Nuklearbewaffnung zu verzichten. Zum Schutz gegen nukleare und andere Bedrohungen setzte Deutschland stets auf die erweiterte nukleare Abschreckung der USA im Rahmen der NATO. Die Frage, warum Deutschland nicht Atommacht wurde, ist scheinbar einfach, erweist sich aber bei näherer Betrachtung als komplexes Problem. Vor allem die Jahre der Kanzlerschaft Konrad Adenauers sind hierbei in höchstem Maße relevant, ist doch bis heute umstritten, was die damaligen Bundesregierungen im Hinblick auf den Status und die Position Deutschlands in der nuklearen Weltordnung und im westlichen System der nuklearen Abschreckung beabsichtigten. Die beste Einschätzung lautet allerdings, dass Deutschland auch in der Adenauer-Zeit nahezu sicher nicht proaktiv beabsichtigt hat, Atommacht zu werden. Die hohe Prägekraft der Entwicklungen dieser Zeit zeigt sich noch heute in der „Zeitenwende".

29 Vgl. u. a. Protokoll Gespräch McNamara, Nitze, Strauß, Athen, 3. 5. 1962, National Archives and Records Administration, College Park, MD, RG 200-MNR, Box 133, MemCons with Germany I-II, Vol. I, Sect. 1.

30 Aufz. Chef FüB (Gen. Schnez), Die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik, Vortrag beim Militärpolitischen Kolloquium AA-BMVg, Bad Münstereifel, 1./2. 6. 1962, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, B 130, Bd. 1988A.

31 Kurzprotokoll, 4. Sitzung des BVR, 17. 7. 1962, BArch, B 136, Bd. 58609.

32 Das erste US-amerikanische Raketen-U-Boot mit Nuklearantrieb, die „USS George Washington" (SSBN-598), enthielt 16 Rohre für POLARIS-Mittelstreckenraketen (SLBM). Legt man diesen Standard zugrunde, entsprach die deutsche Präferenz (Stand Sommer 1962) für Deutschlands SSBN-Anteil an einer NATO-MRBM-Streitmacht vier U-Booten mit 64 Rohren für POLARIS-SLBM. Aktuell verfügen Großbritannien und Frankreich jeweils – unter nationaler Kontrolle – über vier SSBN mit jeweils 16 Rohren für SLBM.

33 Aufz. REU-15, Bureau of Intelligence and Research, US-Außenministerium, 13. 4. 1965, NARA, RG 59, Records of the Special Assistant to the Secretary of State for MLF Negotiations, Box 24.

ANDREAS LUTSCH
ist Professor für Intelligence Analysis an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HSB) in Berlin.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30. Oktober 2026

REDAKTION
Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Heinrich (verantwortlich für diese Ausgabe)
Sascha Kneip
Baran Korkmaz
Johannes Piepenbrink
Peer Morten Pröve (Volontär)
Isabel Röder
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
DAS**PARLAMENT** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ
Nächste Ausgabe
47–48/2026, 14. November 2026

1990ER JAHRE

bpb:

APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz